

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnementspreis: vierteljährlich 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit Illustration 10 Pf. Postabonnementspreis 1,10 Mk. pro Monat. Eingetragene in die Post-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich. Ausland 2 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Ungarn, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

**Die Insertions-Gebühren**  
 Beträgt für die sechsgehaltene Anzeigenzeile oder deren Raum 50 Pf. für politische und gesellschaftliche Berichts- und Besprechungszettel 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (steilgedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Stellenanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphische Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.  
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Dienstag, den 19. Oktober 1909.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.  
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

## Der Schnaps in der Armee.

Man schreibt uns:  
 Eine altpreussische Tradition lautet dahin, daß der Schnaps eine für die Armee sehr wohlthätige Einrichtung sei, weil er in der Schlacht und im Gefecht Mut verleihe und die Kräfte beruhige. Er gilt sozusagen als der Vater von Heldenthaten. Eine Anekdote, von der wir allerdings nicht wissen, ob sie auf Wahrheit beruht, erzählt, daß einmal ein preussischer Hauptmann und ein preussischer Feldwebel, die der gleichen Kompagnie angehörten, sich in der nämlichen Schlacht das Eisene Kreuz I. Klasse erworben hätten und der Feldwebel, als er die Auszeichnung zum erstenmal trug, zum Hauptmann sagte: „Eigentlich, Herr Hauptmann, war ich bei der Feindsicht total besoffen.“ Vor auf der Hauptmann lakonisch antwortete: „Na und ich erst!“ Wir können uns auch an ein Gespräch zwischen einem bayerischen Militärarzt und ein paar preussischen Offizieren erinnern, das in der bewußten Hinsicht sehr lehrreich war. Der Arzt verpönte den Schnaps und meinte, er gehöre überhaupt aus den Kantinen entfernt. Aber die preussischen Offiziere nahmen sich des Schnapses liebend an verteidigten ihn wie eine Löwin ihr Junges.

Als ich seinerzeit in Lothringen bei einem bayerischen Regiment stand, fiel mir während der ersten Manöver, die ich dort mitmachte, ein kleines Fäßchen auf, das unter jedem preussischen Kantinenwagen baumelte. Als ich mich nach dem Inhalt dieses Fäßchens erkundigte, wurde mir die Antwort, daß sie Schnaps enthielten. Ich war sehr überrascht, weil in der bayerischen Armee die Soldaten namentlich zur Sommerszeit vor dem Schnapsgenuss eindringlich gewarnt wurden und ihnen das Mitführen von Schnaps in den Feldflaschen direkt verboten war.

Aber nicht nur an den preussischen Soldaten fiel mir die Vorliebe für den Schnaps auf, sondern auch an nicht wenigen preussischen Offizieren. Ich habe hier einmal etwas Charakteristisches erlebt. Vier Jahre wohnte ich in einem Hause, in dem abgesehen von mir noch drei untergeordnete bayerische Offiziere ihren Wigwam aufgeschlagen hatten. In diesem Hause roch es niemals nach Schnaps. Im fünften Jahre wechselte ich die Wohnung und kam dadurch in ein Haus, in dem zwei preussische Leutnants wohnten und siehe, durch diese „Hallen“ zog sehr häufig ein starker Duft von Rum, Cognac und ähnlichen Getränken. Die vertilgten Quantitäten scheinen demnach nicht klein gewesen zu sein.

Wir müssen hier auch darauf hinweisen, daß vor einigen Jahren sogar eine Schrift erschienen ist, in der die Recepte der im Offizierskasino eines preussischen militärischen Instituts erfundenen Wovolen in „poetischer“ Form veröffentlicht wurden. So viel wir uns erinnern können, handelte es sich um das Offizierskasino der preussischen Feldartillerieschießschule. Eines der Recepte hießt uns noch teilweise im Gedächtnis. Es ging mit den Worten an: „In eine Flasche Portwein heiß, eine Flasche Arrak geuß.“

Dieses Recept stellt zweifellos den höheren Alkoholismus vor. Der Gedanke, Portwein und Arrak zu mischen, ist gewiß ein Produkt der vorgeschrittenen Sauskunft.

Nun richtet aber der Schnaps auch in der Armee einen großen Schaden an. Bei den Mannschaften ist er häufig die Ursache von Verfehlungen gegen die Disziplin, die bekanntlich scharf bestraft werden. Gar mancher Soldat ist wegen einiger unbedachter Worte, die er im Schnapsrausch zu einem Vorgesetzten sprach, auf Jahre ins Gefängnis, nach Umständen sogar ins Zuchthaus gewandert. In den Fällen, in denen zwei oder mehrere Soldaten mit einem Unteroffizier im Rausch in ein Wirtshaus- oder Strahengeräusch geraten, sind ihnen mindestens 5 Jahre Zuchthaus gewiß. Der § 49 des Militärstrafgesetzbuches bestimmt sogar ausdrücklich, daß selbstverschuldete Trunkenheit des Täters bei Handlungen gegen die militärische Unterordnung keinen Strafmilderungsgrund bildet.

Es ist hier auch zu bedenken, daß ein Schnapsrausch viel schneller zustande kommt, als ein Bierrausch und auch viel billiger ist. Mit 60 Pf. kann sich ein Mann, der an Bier gewöhnt ist, nicht einmal einen Schwips antrinken, denn er erhält auch in Bayern dafür nur 2/3 Liter Bier. Legt er die nämliche Summe in Schnaps an, so kann er einen Mordrausch davontreiben.

Ferner ruft der Schnapsgenuss während der heißen Jahreszeit sehr leicht Nihilslage hervor. Hier ist der Schnaps besonders gefährlich, weil ihn der Mann während des Marches selbst dann bei sich tragen kann, wenn die Vorgesetzten damit nicht einverstanden sind. Einen Viertel Liter Schnaps kann er bequem in der Hosentasche oder sonstwo verbergen. Hier aber kann er auf den March nicht verzichten, weil es erstens warm würde und zweitens in der gewünschten Quantität gar nicht unterzubringen wäre.

Wie der Schnaps auch im Offizierskorps sehr viel Unheil sät, ist ebenfalls genau zu beobachten, wenn man seine Augen aufmachen will. Hört man von einem Pistolenschuß zwischen Offizieren, so kann man sicher sein, daß es entweder durch eine „Eheirung“ oder durch einen Schnapsrausch verursacht wurde. Der Schnapsrausch

stimmt auch Leute, die ihre Gefühle sonst ziemlich gut im Zaum haben, sehr erregt, und daher hat er Offiziere schon so weit gebracht, daß sie gegen Kameraden tötlich wurden. Die Folge war stets ein schweres Pistolenduell. Auf diese Weise ist vor ein paar Jahren der preussische Leutnant Blaskowich wenige Wochen vor seiner Hochzeit ums Leben gekommen. Auch das „Nörtinger Drama“, bei dem ein schweres Duell nur dadurch verhindert wurde, daß ein Oberleutnant den Hauptmann, der gegen seinen Bruder tötlich geworden war, kurzerhand niederschoss, ist auf das Konto von eifrigen Gläsern Schnaps zu setzen, die der Hauptmann am Abend des Kaiserjüngers genossen hatte.

Auch hier ist ein Vergleich mit Bayern lehrreich. Offiziere, die gegen einen Kameraden tötlich wurden, sind in der bayerischen Armee unbekannte Erscheinungen, weil im bayerischen Offizierskorps der gewohnheitsmäßige Schnapsgenuss nicht heimisch ist.

Die vom Parteitage in Leipzig erlassene Aufforderung zum Schnapsboykott ist also eine Maßnahme, für die der oberste Kriegsherr und der preussische Kriegsminister der Sozialdemokratie danken müssen. In den Reihen der Offiziere wird der Appell des Parteitages freilich keinen Widerhall finden, aber bei vielen Soldaten wird er hoffentlich fruchten. Und den jungen Männern, die noch in diesem Monat als Rekruten in die Kasernen treten werden, rufen wir zu: Daß auch in bunten Rock die Hände vom Schnaps, denn hier kann er Euch noch viel gefährlicher werden als im Zivilleben.

## Zum Wahlkampf.

### Der Freisinn auf dem Lügenpfad.

Die „Freisinnige Zeitung“, bekanntlich das verlogenste Blatt Deutschlands, liest ihren Lesern am Sonntag in drei Spalten so breite bewusste Unwahrheiten auf, daß dies edle Organ der Pflicht und Konfession selbst den Reichsverband in den Schatten stellen dürfte. Unter der Ueberschrift „Unter falscher Flagge“ wird den Berliner Sozialdemokraten vorgeworfen, daß sie in der Agitation für die Landtagswahlen ihr Programm vorzüglich in der Tasche behalten und ganz und gar mit dem liberalen Kalbe zu pflügen suchen. Ganz abgesehen davon, daß die Sozialdemokraten ja mehr als hinreichend bekannt sein müßten, wollten sie sich eines so unangenehmen Mittels bedienen, ist es natürlich purer Unsinn, diesen Vorwurf gegen uns zu erheben. Wenn irgendeine Partei offen ihre programmatischen Forderungen darlegt, dann ist es die Sozialdemokratie. Daß daneben im politischen Tageskampf bestimmte Gegenwartsforderungen an die erste Stelle gerückt werden, ist für eine politische Partei selbstverständlich, und wenn schließlich die Sozialdemokratie auch solche Forderungen propagiert, die im Grunde genommen liberale Forderungen sind, so erklärt sich das sehr einfach daraus, daß die Liberalen zur Verwirklichung ihres Programms nichts tun, ja daß sie sogar gegen ihre eigenen Prinzipien handeln.

Im übrigen tißt der Artikel teilweise alte, längst widerlegte Behauptungen über die Sozialdemokratie auf, Lügen, deren sich selbst die Seidlinge des Reichsverbandes nicht mehr bedienen. Aber auch, soweit es sich um aktuelle Fragen handelt, stoßen wir überall auf das gleiche Niveau stiltlicher Verlogenheit und Verlogenheit. So macht der Artikelschreiber uns einen Vorwurf daraus, daß wir in unseren Flugblättern auf die Wodpolitik anspielen, obwohl wir wissen müßten, daß die Konserwativen von vornherein jede Ausdehnung des Wodverhältnisses auf den preussischen Landtag mit Entschiedenheit zurückgewiesen haben. Gewiß, das wissen wir, das haben wir ja selbst geschrieben, nur haben wir hinzugefügt, daß das Wodverhältnis insofern auf die preussische Politik abgefärbt hat, als die Freisinnigen, anstatt die Reaktion zu bekämpfen, liebevoll um die Gunst der Konserwativen gebuhlt haben. Man kann eben nicht gleichzeitig im Reichstage mit den Konserwativen gemeinsame Sache machen und im Landtage den Konserwativen energisch entgegenreten.

Eine weitere Lüge ist es, wenn in dem Artikel behauptet wird, die Freisinnigen hätten die indirekten Steuern im Reich nicht bewilligen wollen. Der Artikelschreiber gibt ja selbst zu, daß die Freisinnigen nur deshalb gegen die Reichsfinanzreform gestimmt haben, weil es ihnen nicht gelang, einen erheblichen Teil der neuen Belastung auf die trogphigen Schultern in Gestalt von direkten Steuern zu legen. Aber daß sie bereit waren, alle das Volk belastenden indirekten Steuern, wie Verbrauchsteuer, Tabaksteuer usw. zu bewilligen, das geht aus den Akten des Reichstags unzweifelhaft hervor.

Ebenso un wahr ist die Darstellung des Artikels, die sich auf das Verhalten des Freisinn zu den Steuerzuschlägen in Preußen bezieht. Die Herren suchen sich damit herauszureden, daß nur die freisinnigen Mitglieder der Budgetkommission für die härtere Heranziehung der Einkommen von 1200 M. gewesen seien, daß aber die Fraktion dazu keine Stellung genommen habe. Mit Verlaub. In Wirklichkeit verhält es sich so, daß die Freisinnigen auch im Plenum zusammen mit den übrigen bürgerlichen Parteien diese geringen Einkommen belasten wollten und daß sie sich förmlich deshalb entschuldigt haben, weil sie ihren Antrag auf Freilassung der Einkommen bis zu 3000 M. von höheren Steuern überhaupt einbrachten. Nur deshalb, weil die Konserwativen in einem anderen Punkte das Steuerkompromiß durchbrachen, hielten sich auch die Freisinnigen, wie Abg. Gylling

am 19. Februar im Abgeordnetenhaus erklärte, berechtigt, entgegen dem Kompromiß einen anderen Standpunkt einzunehmen wie in der Kommission. Und noch deutlicher äußerte sich Abg. Dr. Pachtke:

„Wenn nun ein wesentlicher Punkt dieser Voraussetzungen entfällt, dann schaffen Sie für die andere Seite die Freiheit, auch ihrerseits wiederum Bedenken in den Vordergrund zu rücken, die sie nur einstweilen mit Rücksicht auf die Zwangslage, in der man sich befand, zurückgestellt hatte. Das ist der Grund, weshalb wir jetzt mit unserem Antrag kommen, die Einkommensteuerrufen von 1200 bis 3000 Mark wieder herauszulassen.“

Also hübsch bei der Wahrheit bleiben, auch wenn sie noch so bitter schmeckt!

Wir verstehen es, daß die Freisinnigen angesichts der traurigen Rolle, die sie im politischen Leben spielen, und in der Voraussicht, daß ihnen ihr frecher Mandatsraub nichts nützt, zu so dummen Lügen ihre Zuflucht nehmen. Noch mehr aber wird ihre Kampfesweise durch eine andere Notiz in derselben Nummer charakterisiert, worin sich zur Dummheit die Gemeinheit gesellt. Höhnisch wird darauf hingewiesen, daß es in Preußen noch ein Paar besser geworden sei, obwohl wir seit 1 1/2 Jahren ja auch Sozialdemokraten im preussischen Landtage haben. Das schreibt das Blatt, dessen Hintermänner es rund heraus abgelehnt haben, sozialdemokratische Anträge auch nur zu unterzeichnen, damit sie überhaupt zur Verhandlung kommen! Das schreibt das Blatt, dessen Hintermänner den sozialdemokratischen Abgeordneten den Kampf gegen die Reaktion in jeder Weise erschwert, dessen Hintermänner das halbe Duzend Sozialdemokraten im Landtage gezwungen haben, ein gut Teil ihrer Zeit auf die Abwehr der Angriffe des Freisinn zu verwenden, der vom ersten Tage des Eintritts von Sozialdemokraten in den Landtag kein anderes Ziel im Auge hatte, als die verhassten Eindringlinge zu entfernen!

Ein Pfu! der Gesellschaft, die sich solcher Mittel bedient. Am 26. Oktober wird dieser Lügenbrut die verdiente Antwort zuteil werden!

## Urwählerbemögelung und Kompromißkandidatur im 12. Berliner Landtagswahlkreise.

Angeblieh sollen sich die Verhandlungen wegen eines allgemeinen bürgerlichen Reichsmaschlandidaten zerklüftet haben; Tatsache ist, daß die Entscheidung nur mit Rücksicht auf die Bemögelung der Urwähler verschoben ist bis nach dem 26. Oktober (Urwahl), weil man befürchtet, daß bei Proklamierung eines Reichsmaschlandidaten vor der Urwahl ein großer Teil der bürgerlichen Wähler überhaupt nicht zur Wahl geht.

Wenn die Urwähler dann nicht mehr in Frage kommen, kann man sich mit den Wahlmännern leichter auf einen Sammelurwählerkandidaten verständigen, ohne auf die Urwähler Rücksicht zu nehmen. Das heißt mit anderen Worten: die Urwähler sollen über den Köffel barbiert und nur als Stimmvieh benutzt werden. Ob sie sich das gefallen lassen, wird der 26. Oktober zeigen.

Wir halten die Wähler doch für intelligenter, als sie von ihren Draht- und Kullenziehern eingeschätzt werden. Sie dürften den Herren dadurch einen dicken Strich durch die Rechnung machen, daß sie bei der Urwahl den Wahlmännern der Sozialdemokratie ihre Stimme geben, um so sicher zu sein, daß ein Abgeordneter gewählt wird, der den Junkern und Junkerrechtchen die Wahrheit zu sagen versteht, anstatt nachher einen Abgeordneten in das Junkerparlament einziehen zu sehen, der von den Drahtziehern ausgeklobelt worden ist.

## Zur Situation in Baden.

Aus Baden wird uns geschrieben:  
 Wenn nicht alle Anzeichen trügen, so wird unsere Partei auf Kosten des Zentrums erhebliche Erfolge erzielen. Auch im badischen Oberland, wo unsere Bewegung noch schwach ist, haben wir durchweg gutbesuchte Versammlungen bei vorzüglicher Stimmung der Teilnehmer zu verzeichnen, während das dort herrschende Zentrum ganz offenkundig an Boden verliert. Es soll damit die Zentrumsgefahr keineswegs verkannt werden. Denn jetzt, in der durch den Steuerraubung geschaffenen kritischen Situation, zeigt sich, daß das Zentrum mit seiner vorläufigen Organisation die Schwierigkeiten viel leichter als die Nationalliberalen zu überwinden vermag. Denn dem Zentrum steht die katholische Geistlichkeit bis auf den letzten Mann zur Wahlarbeit zur Verfügung. Und was das heißt, ersieht man daraus, daß in den 1600 Gemeinden des badischen Landes 1200 katholische und nur 450 evangelische Geistliche amtieren. Also schon der Zahl nach haben die katholischen Geistlichen einen viel größeren Einfluß als ihre evangelischen Kollegen. Dann kommt aber auch noch hinzu, daß die katholische Geistlichkeit sich in viel höherem Maße politisch betätigt, als die evangelische und daß sie geschlossen und für eine Partei eintritt, während die evangelischen ihre Kräfte zwischen Konserwativen und Nationalliberalen zerpfüttern.

Stehen die Nationalliberalen also an Lichtigkeit in der Organisation gegen das Zentrum stark zurück, so genießen sie als Ausgleich allorts die Unterstützung der Staats- und der durch das Dreiklassenwahlrecht von ihnen beherrschten Gemeindebehörden. Der Amtmann ist eine gewichtige poli-



Die nationalliberale Jugend.

In Jena hielt Sonnabend, den 18. Oktober, der Reichsverband nationalliberaler Jugendvereine eine Vertreterversammlung ab. Es ging ziemlich lebhaft zu, insbesondere wurde heftig gegen die Klausein-Mannheim in der nationalliberalen Partei opponiert und dringend verlangt, daß alle Klausein beiseite gelassen und mit Eifer auf die liberale Einigung, eventuell auch auf den Anschluß an die Sozialdemokratie hingearbeitet werde.

Dr. Klausen-Mannheim meinte, in Baden gingen die Liberalen nicht nur miteinander, sondern auch mit der Sozialdemokratie zusammen. Unter stürmischem Beifall prophezeite er, daß bei den diesjährigen Landtagswahlen der Großblock wahrscheinlich wieder in Erscheinung treten werde.

Die Rede wurde mit stürmischem Beifall aufgenommen. — Der Verbandsvorsitzende Dr. Fischer rät, erst einmal den Liberalismus zu einigen und dann zu erörtern, welche Stellung der Liberalismus zur Sozialdemokratie einnimmt.

Die Heffen beantragten, den Fall Hehl und Oriola zu besprechen und die Düsseldorf wollten haben, der Vertretertag solle ansprechen, daß ein Mitglied der nationalliberalen Partei des Reichstages nicht angehören kann, ohne Mitglied der Fraktion zu sein.

Eine Neuregelung der Wohnungsgeldzuschüsse für Preußen.

Die bekanntlich im Frühjahr nur provisorisch erfolgt war, ist, so meldet eine Korrespondenz, regierungsseitig damals zugestanden worden. Die Neuregelung wird die vom Reichstage bewilligten Sätze für das Reich für Preußen zugrunde legen, doch sieht noch nicht fest, wann die betreffende Vorlage dem Landtage zugehen wird.

Der bayerisch-russische Auslieferungsvertrag.

Der gegen den russischen Auslieferungsvertrag gerichtete Beschluß des bayerischen Landtags hat in Petersburg starke Aufregung hervorgerufen. Eine radikale Zeitung, die „Nowoje Russk“ fordert auf, die diplomatischen Beziehungen mit Bayern abzubauen.

Der Fall Mirski.

Kürzlich lobte das „Berliner Tageblatt“ den Beschluß der bayerischen Abgeordnetenkammer, von der Regierung die Kündigung des bayerisch-russischen Auslieferungsvertrages zu verlangen. Der Artikel stellt fest, daß die Regierung und die Polizei von Preußen jahrzehntelang „Revolutionäre“ den russischen Denkern in die Hände geliefert habe und fügt hinzu, daß „es in der letzten Zeit etwas besser geworden zu sein scheint“.

würde. Das ist denn auch geschehen. Die „Zeit am Montag“ hat herausgefunden, daß weder die offizielle Vertretung der Berliner sozialdemokratischen Partei noch der „Vorwärts“ auf der Höhe gefanden haben, denn letzterer habe nur die Führung in dieser hochwichtigen Angelegenheit vom „Berliner Tageblatt“ wegnehmen lassen, das unter Führung Theodor Wolffs eine glänzende Kampagne geführt hätte, und zwar hätten wir, meint die „Zeit am Montag“, nur deshalb vor der Irreführung der Volkzentration und ihrer Ausnutzung zur Schärung eines räufeligen Personalstultus gewarnt, weil Ferrer wohl ein redlicher Volksfreund, ein Kämpfer von trefflichem Charakter, ein gütiger, warmerherziger Mensch gewesen sei, der Anspruch auf die höchsten Ehrungen habe — aber kein Sozialdemokrat.

Es ist richtig; wir haben nicht die kleinen in Paris über Ferrer und seine Töchter fabrizierten sentimentalen Notizen gebracht — ganz einfach deshalb nicht, weil sie teils unrichtig waren, teils gar nichts mit der Sache zu tun hatten. Wir haben auch nicht Ferrer als großen Wissenschaftler, Volksfreund, Volksführer und Menschenfreund gepriesen — darum nicht, weil ihm diese Bezeichnungen nach unserer Auffassung eben nicht zukommen. Er hat gegen den Merkantilismus gekämpft und die „moderne Schule“ in Barcelona gegründet; aber ein Mann, der die Wissenschaft bereichert hat, war er entschieden nicht, und noch viel weniger ein Politiker, dem wir Verehrung zollen müssen.

Nicht, weil Ferrer ein so gütiger, warmerherziger Mensch oder Volksfreund war, ist das auf Montjuich praktizierte Kriegsgerichtsverfahren verdammenwert, sondern weil es aller rechtlichen Garantien ermangelte, weil es die Willkür an die Stelle des Rechts setzte. Dem ganzen Verfahren, dem in Barcelona herrschenden Schreckenssystem gilt der Kampf, hatten doch noch über 1000 Personen der Aburteilung durch das Kriegsgericht oder vielmehr durch die Kriegsgerichte, denn um die Massenurteilungen schneller betreiben zu können, sind jetzt mehrere Kriegsgerichtshöfe eingerichtet, die so schnell arbeiten sollen, daß womöglich zu Beginn des neuen Jahres die ganze Sache erledigt ist.

Neue Opfer.

Die spanische Regierung verlangt nach neuen Opfern. Der Justizminister legte im Senat einen Gesetzentwurf betreffend die Abänderung des Verfahrens bei Strafverfolgung von Deputierten und Senatoren vor. Der Antrag richtet sich gegen den republikanischen Führer, Senator und Deputierten Sol y Ortega, gegen den als angeblich überführten Anstifter des vergeblichen Versuches der Brandstiftung am Jesuitenloster in Barcelona gelegentlich des Aufzuges, von der Willkürjustiz ein Strafverfahren eingeleitet worden ist.

Der Fall Ferrer in den Cortes.

Der Barcelonaer Justizmord an Ferrer hat im spanischen Senat wie in der Deputiertenkammer zu mehreren Interpellationen geführt. In Beantwortung einer Anfrage des Demokraten Diaz Moren erklärte sich der Minister des Reichens damit einverstanden, dem Senat die amtlichen Telegramme mitzuteilen, welche ihm aus fremden Städten über die letzten Ereignisse zugegangen, und brachte sie zur Verlesung. Im Anschluß daran erklärte der Minister, die Regierung werde keinerlei Einmischung in ihr Tun und Lassen dulden.

Diaz Moren griff darauf die Politik der Regierung an und erklärte, die Kundgebungen des Auslandes seien durch das Verhalten der spanischen Regierung veranlaßt. Diese Erklärung tief Värmiszenen hervor. Der Minister des Reichens erwiderte, kein guter Patriot dürfe den Wärdchen Glauben schenken, die im Ausland die Ansicht erweckt hätten, daß man in Spanien jemanden wegen seiner Ideen verurteile. Das sei ganz und gar unrichtig. Der Republikaner Odon de Buen erklärte, die Regierung hätte zurücktreten sollen. Sie hätte es in ihrer Macht gehabt, die Besudelung der spanischen Flagge im Auslande zu vermeiden.

Auch in der Deputiertenkammer kam Ferrers Erschließung zur Sprache. Maura antwortete auf die Anfragen der republikanischen Deputierten, die Regierung widme ihre ganze Aufmerksamkeit der Lage in Barcelona, wo sie nach wie vor das Gesetz zur Anwendung bringen werde. Der Ministerpräsident fügte hinzu: „Es scheint, daß die ausländischen Protestkundgebungen uns das Recht abspreschen, die Urheber der Wirren von Barcelona zu bestrafen. Die spanische Regierung ist ruhig und wartet. Die Affen Ferrer werden der Kammer unterbreitet werden. Ein diesem verwandtes Element ist jeder, der Kundgebungen schürt, in welchen man mit der völligen Unkenntnis des Rechtsinns Spaniens und seiner Gesetze prunkt.“ Die Regierungspartei spendete dem Ministerpräsidenten lebhaften Beifall.

Einige deutsche liberale Blätter veröffentlichen folgenden Protest.

Die Unterzeichneten glauben sich mit allen selbständigen Deutschen einig in der Empörung über den an Ferrer verübten Justizmord. Wir halten die Kulturgemeinschaft aller freien Völker, gleichgültig welcher Klasse, welchen Berufes, welcher Richtung, für illusorisch, wenn sich nicht alle zu einem einmütigen Protest gegen die Willkür spanischer Willkür erheben. Wir bitten jeden unserer Landsleute, der unserer Meinung ist, sich uns anzuschließen. Diese Kundgebung wird mit den Namensunterschriften den geeigneten Stellen in Madrid übermittelt werden.

Die Verlagsbuchhandlung S. Fischer, Berlin W. 57 ist erbtig, die Unterzeichneten entgegenzunehmen. Luis Brentano. Richard Dehmel. Ernst Haedel. Verhart Hauptmann. Max Liebermann. Julius Meier-Graefe.

Wilde Persönlichkeit, sein Einfluß ist bei Wahlen vielfach entscheidend. Und wenn nun trotzdem die Nationalliberalen mit Bittern und Jagen in den Wahlkampf ziehen, so, weil sie aus Erfahrung wissen, daß sie sich auf der absteigenden Linie befinden und es mit ihrer Herrlichkeit im ehemaligen „liberalen Musterlande“ zu Ende geht. Der Mangel an Geschlossenheit der liberalen Gruppen hemmt ihre Tatkraft im Wahlkampf nicht unwesentlich. Einer inneren Herzensneigung folgend, und um den Anschluß nach rechts nicht zu verpassen, ist der liberale Block für die Hauptwahl nicht wieder erneuert, sondern es ist den örtlichen Organisationen überlassen worden, ob sie mit den anderen liberalen Gruppen einen gemeinsamen Kandidaten aufstellen. Der Zweck ist, einige Demokraten, namentlich den weit linksstehenden bisherigen Vertreter für Konstanz, Rechtsanwalt Benedey, abzugeben. Nicht unmöglich ist aber auch, daß der Fraktionschef der Nationalliberalen, der Mannheimer Landtagsdirektor Oskircher, auf der Strecke bleibt. Die Freijünglinge haben ihm einen Kandidaten entgegengestellt, der aller Voraussicht nach auch die Stimmen des Zentrums erhält und dessen Sieg somit sehr wahrscheinlich ist. Die Unterstützung des freijünglichen Kandidaten wäre die Antwort des Zentrums auf die von dem liberalen Parteiführer gegen die Zulassung der Männerklöster in Baden gehaltenen Rede.

Für die Arbeitsfähigkeit des Parlaments.

Wien, 17. Oktober. (Eig. Ber.) Wie in den Tagen des Wahlrechtskampfes ist heute die Arbeiterschaft von Wien in Massen aufmarschiert, um für die Arbeitsfähigkeit des Parlaments zu demonstrieren. Von jenem denkwürdigen 28. November 1906 abgesehen, da die Viertelmillion beim Parlamente vorüberzog und damit das Schicksal der Wahlreform entschied, hat es in Wien keine Demonstration gegeben, die an Maß und Größe der heutigen Demonstration gleichkommt. In dichten Rängen kamen die Arbeiter von den Sammelmassen der Bezirke zum Rathaus. Jedem Bezirk wurde eine Standard vorangetragen mit dem Namen des Bezirks. Um 10 Uhr sollte die Versammlung in der Volkshalle des Rathauses beginnen. Um 10 Uhr kamen aber schon die ersten Ränge aus dem dem Rathaus zunächst liegenden Bezirken an, und jenseit die Zeit fort, um so dichter wurden die Massen auf dem Riesenplatze, der sich zwischen dem Rathaus, dem Parlamente, der Universität und dem Burgtheater ausdehnt. Nur ein ganz kleiner Bruchteil der Arbeiter fand in der Volkshalle Platz. An die 70 000 Arbeiter standen draußen auf dem großen Platze, wo dann rasch ebenfalls Versammlungen improvisiert wurden.

Der Versammlung präsidierten die Genossen Bernstorfer und Hueber. Abg. Bernstorfer erinnerte in seiner Begrüßungsansprache an die großen Aufgaben des Parlaments: vor allem die Sozialversicherung und Maßregeln gegen die Lebensmittelerhöhung. Dann verwies er auf die wachsende Macht des Merkantilismus und gedachte dabei der Einrichtung Ferrers, des Geldes. Diese Worte gaben den Anlaß zu einer stürmischen Kundgebung gegen die spanische Regierung. Die Versammlung brach in die Rufe aus: Hoch Ferrer! Nieder mit den Mörder! Nieder mit den Jesuiten! Die Rufe wurden bis hinaus auf die Straße gehört und weckten dort ein stürmisches Echo.

Das Referat erstattete Adler: Wenn man in Oesterreich so langsam vorwärts kommen möchte, so gibt es einen Trost und eine Hoffnung, worin man einen Ausweg sieht aus der Wirnis, so gibt es einen Blick, der uns den Weg zeigt, das ist der Blick da hinaus! Hier ist die Zukunft der Völker Oesterreichs, hier ist der Weg, der gegangen werden muß, wenn wir nicht im Sumpfe erstickten wollen. Das Proletariat hat erlitten, was wir an politischer Freiheit haben; das bürgerliche Lebenslitz haben wir uns selbst in blutigem Ringen erlitten. Dann setzte er auseinander, daß das Parlament, das geschaffen wurde aus der Kraft des Proletariats und aus der Not des Staates eine Deute zu werden droht der gewissenlosen Politiker und der unfähigen Regierung. Die Regierung beschränkt sich darauf, ihre Hände in Unschuld zu waschen — ohne daß diese darum sauber würden. (Beifall.) Wir stehen wieder vor neuen Kämpfen. Die Sozialdemokraten im Parlamente, so groß ihre Zahl auch ist, bilden doch nur eine Minorität. Werden Sie nicht unruhig, Genossen, in den Zeiten die uns bevorstehen, sondern harren Sie des Momentes, wenn Sie gerufen werden. Aber dann kommen Sie, sowie Sie heute gekommen sind und treten Sie mit und ein gegen die rasche Regierung, für die Pflicht des Parlamentes, für das Recht des Parlamentes und vor allem für die Arbeit des Parlamentes.

Dann wurde einstimmig und unter großer Begeisterung eine Resolution angenommen, in der es u. a. heißt: „Die Arbeiterschaft fordert die Regierung Wienert auf, abzutreten, wenn sie unfähig ist, das Parlament zu erster Arbeit zu führen, und sie bürdet den bürgerlichen Parteien die volle Verantwortung auf, wenn sie die Volksovertretung hindern, ihre Pflicht zu erfüllen; sie erklärt, daß sie alle Parteien und alle Abgeordneten, die unter solchen Vorwänden immer das Parlament an fruchtbringender sozialer Arbeit hindern, die das Parlament durch frivole Obstruktion lähmen, als Feinde des Volkes betrachten und behandeln wird.“

Vor dem Rathaus wurden von drei Stellen aus Reden gehalten. Dort sprachen die Abgg. Schummeier, Ellenbogen, Neumann, Glöckel, Winarsky, dann die Genossinnen Popp und Woschek.

Um 11 Uhr begann der Abmarsch. Wieder sammelten sich die Bezirke zu ihren Standarden. Es wurde 12 Uhr, bis der Platz geräumt war. Am Parlamente vorbei zogen die Massen, wo sie stürmische Rufe gegen die Regierung wie gegen die Obstruktionisten ausbrachten. Hinter dem Parlamente bog sie zur Bellariastraße ab, wo sie sich dann nach allen Himmelsrichtungen zerstreuten.

Zur selben Zeit hatten auch die Deutschnationalen eine Demonstration auf der Ringstraße. Sie demonstrieren für die Sanktionierung der „Der Holisto“, des Landtagsbeschlusses, der die deutsche Sprache als alleinige Unterrichtssprache an allen Schulen in Wien und Niederösterreich festsetzt. Die jungen Herren — meist Studenten, Gymnasialisten, Handlungslehrlinge — benahmen sich hinter dem Volkseifer, der ihre Demonstration von den Arbeitern abschloß, sehr provokierend, so daß die Arbeiter einige Male die Polizeifelle sprengten, um die Anaben über das Anze zu legen. Nur dem Eingreifen unserer Vertrauensmänner hatten diese es zu danken, daß sie ungezügelt blieben. Gegenüber der Riesendemonstration der Arbeiterschaft nahm sich die nationale Demonstration — im ganzen dürften es 6000 Personen gewesen sein — besonders zwerghaft aus.

Auch in der Provinz fanden heute und in den letzten Tagen überall Massenkundgebungen der Arbeiterschaft gegen die Obstruktion und gegen die Regierung statt.

Das Schreckenssystem in Spanien.

Als wir in dem gegen das Merkale spanische Schreckensregiment gerichteten Artikel unserer Sonntagsnummer zwar dem für seine Anschauungen mit Ruhe und Festigkeit in den Tod gegangenen Ferrer unsere Sympathie aussprachen, und aber dagegen verwahrten, daß die Entrüstung gegen den spanischen Merkantilismus von uns zur Entfaltung eines sentimentalen Ferrerkultus benutzt werde, wußten wir genau, daß jene Presse, der politische Grundzüge als unnützer Ballast erscheinen und die in dem Fall Ferrer nichts anderes sieht, als eine günstige Gelegenheit zur Sensationsmacherei, und die offene Warnung sehr verargen



unseren Genossen im Landtage den russendienstwilligen Minister zur Rechenschaft zu ziehen.

### Der Zwangsarbeitsnachweis des Zeichenverbandes.

Die Vorstandesitzung der vier Bergarbeiterverbände beschloß in ihrer heutigen Sitzung eine Eingabe an die Zeichenverwaltung, in der die Aufhebung des Beschlusses betr. die Einführung des Zwangsarbeitsnachweises gefordert wird. Gleichzeitig soll in Anbetracht der ersten Lage eine Eingabe an das königliche Oberbergamt und an den Minister für Handel und Gewerbe gerichtet werden, worin diese Instanzen um ihre Vermittelung ersucht werden. Die weiter in dieser Sache zu unternehmenden Schritte sollen einer später stattfindenden Vorstandskonferenz vorbehalten bleiben, die einberufen werden soll, nachdem die Antworten des Zeichenverbandes und der anderen Instanzen eingegangen sind.

### Nationalliberale in Opposition.

In Eisenach hat der bisherige nationalliberale Vizepräsident Paasche einen Vortrag über die politische Lage gehalten und dabei den Wunsch geäußert, die nationalliberale Partei möchte in ihr Programm die Forderung aufnehmen, künftig keinerlei indirekte Steuern zu bewilligen. Er charakterisierte die von den Nationalliberalen mitgemachte, frühere sogenannte „keine Finanzreform“ und insbesondere die Fahrkartensteuer als verkehrsfördernd im höchsten Maße und sprach sich in schärfster Weise auch gegen die jüngste Finanzreform aus. Von der preussischen Regierung verlange er eine verständige Reform. — Lange wird dieser Oppositionsmut der Nationalliberalen nicht vorhalten.

### Unternehmerterrorismus.

Die Scharfmacher lieben es, sich über den „Koalitionswang“ zu entrüsten, um die Polizei, Rechtsprechung und Gesetzgebung aufzuspielen gegen die Gewerkschaften. Sicherlich gibt es einen Koalitionswang, aber er wird nicht von den Arbeitern, sondern von den Scharfmachern ausgeht. Ein neues Beispiel von Unternehmerterrorismus bringt der „Grundstein“ bei. In seiner Nummer vom 16. Oktober schreibt er:

Durch Androhung und Durchführung des wirtschaftlichen Boykotts, durch Entziehung von Arbeit und Material sollen alle baugeverblühten Unternehmer in das Berliner Bauunternehmerkartell hineingetrieben oder zur Aufgabe des Geschäftes gezwungen werden. Alle Mitglieder des Verbandes der Baugeschäfte von Berlin und den Vororten sollen sich folgendes zur Regel machen: 1. Jeder Kopienanschlag, jede Offerte muß mit der Kartellmarke versehen sein, die Ihnen angezeigt, daß die betreffende Firma dem Kartell zugehört. 2. Bezieht die Kartellmarke, so möchten wir Ihnen empfehlen, immer erst im Mitgliederverzeichnis nachzusehen, ob die Firma dem betreffenden Verbande angehört, ehe Sie sich mit ihr in geschäftliche Verbindungen einlassen. 3. Monieren Sie das Fehlen der Kartellmarke; denn es die Pflicht der Firmen, die Ihnen Offerten machen, sich als Kartellangehörige zu legitimieren; tun Sie das nicht, so haben Sie sich die etwaigen Folgen selbst zuzuschreiben.

4. Offerten von Firmen, die dem Arbeitgeberverband Ihres Gewerdes nicht angehören, werden zurückgeschickt und die hier beiliegende Karte als Begründung für die Ablehnung beigelegt. Solche Karten erhalten Sie in jeder Anzahl kostenlos durch unser Geschäftsamt und es ist zu wünschen, daß jedes Geschäft einige Karten zur Verfügung hat.

5. Können Sie nicht anders, setzen Sie sich aus irgend welchen Gründen genötigt, mit Firmen wegen einer Vergebung eines Auftrages in Beziehung zu treten, die nicht dem Kartell angehören, dann stellen Sie dieselben ruhig vor die Alternative:

Entweder Eintritt in den Arbeitgeberverband oder keinen Auftrag.

Beschäfte gegen diese „Regel“ sollen in jedem Falle dem Vorstand gemeldet werden. Ferner werden die Mitglieder dringend gebeten, das Mitgliederverzeichnis daraufhin nachzusehen, ob irgendein befreundeter oder bekannter Kollege dem Verbande noch nicht angehört, und auf diesen bei jeder Gelegenheit solange einzuwirken, bis er seinen Beitritt erklärt hat. Das Geschäftsamt des Verbandes ist bereit, mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln eine solche Agitation zu unterstützen.

Der Zwang, die PreSSION, die Androhung der Auslieferung entspringt natürlich keinen idealen Motiven. Die Auftraggeber sollen geschäftigt werden. Die Kartelle machen den Mitgliedern Vorschriften über Preisstellungen und sonstige Lieferbedingungen. Und besonders die Kommunen bilden das Objekt der Kartell-Profitmacherei. Ein Vorgang aus den letzten Tagen als Beweis dafür: In der Baukommission der Stadt Pichlerberg wurden vom Delegierten Mitteilungen gemacht über Verhandlungen mit Unternehmern wegen Übernahme von Straßenausbauarbeiten. In einem Falle war eine von der Stadt geforderte und sonst allgemein übliche Verpflichtung von dem Unternehmer abgelehnt worden. Nicht mit Gründen kalkulatorischer Natur, nicht aus direkt geschäftlichen Erwägungen, sondern einzig und allein darum, weil keine Organisation das bezieht für die Stadt bedeutet die Verbandsanweisung eine Mehrausgabe von zirka 5000 M.

### Steuerfreiheit des Königs und der Prinzen. — Existenzminimum.

München, 16. Oktober. (Fig. Ver.) Das Haus der Abgeordneten befindet sich in der Spezialdebatte des Einkommensteuer-Gesetzentwurfes. Allgemeines Interesse beanspruchen besonders die Neben und Befehle zu den in der Ueberschrift genannten Themen.

Der König und die Königin haben nach bisherigem geltenden Rechte und Beschränkungen, die Prinzen und Prinzessinnen beschränkte Steuerfreiheit. Gesetzentwurf und Ausschlußbeschluss wollen diesen Zustand beibehalten. Die sozialdemokratische Fraktion stellt den Antrag auf Aufhebung der höchsten und allerhöchsten Steuerprivilegien. Genosse Dr. v. Haller begründete denselben in einer sehr scharfen und an interessanten Konstatierungen reichen Rede: In der Geschichte Bayerns gab es zwei Zeitperioden, wo König und Prinzen ein merkwürdig klares Verständnis für ihre Bürgerpflichten hatten und Steuern zahlten. Es waren die Zeiten des Völkerrwachsens am Anfang und in der Mitte des vorigen Jahrhunderts. Es hat sogar, ein achtziges Weltwunder, einmal einen bayerischen Finanzminister gegeben, der von seinem Könige verlangte, daß er Steuern zahle. Aber nicht nur, daß der König von direkten Steuern vollständig frei ist, er erhält bei Sendungen aus dem Ausland auch den Zoll zurückvergütet. Genosse Haller verlangte Aufhebung der Privilegien, die das Gerechtigkeitsgefühl eines jeden Menschen verletzen müssen.

Interessant ist die Stellung der bürgerlichen Parteien. Alle Spielarten des Liberalismus waren im Anschluß gegen den Antrag, „weil nicht viel dabei herauskomme“. Unterdessen sind sie dann soweit zur Vernunft gekommen, daß sie im Plenum gegen die Steuerfreiheit der Prinzen stimmten. Auch gegen die des Königs zu votieren, das brachten sie nicht über ihr liberales Herz. So etwas „schide“ sich nicht unter der Regenschirm. — Das Zentrum war von vornherein für den Weiterbestand des Steuerprivilegs. Wegen einer solchen „Vogelwelle“ ändere man die Verfassung nicht.

Als es aber dann an die Beratung des Antrages der sozialdemokratischen Fraktion ging, das Existenzminimum, d. i. das steuerfreie Einkommen, von 600 auf 1200 M. zu erhöhen, da

handelte es sich auf einmal um hohe Summen. Ein Millionen-Einkommen bleibt frei, das Sechshundertmark-Einkommen muß versteuert werden! Wo bleibt da die Gerechtigkeit, wo bleibt das soziale Verständnis der bürgerlichen Parteien und die Fürsorge für die Arbeiter, kleinen Bauern und Gewerbetreibenden? Liberale und Zentrum halten offenbar 600 M. für ausreichend zur Ernährung einer Familie. Es half nichts, daß unser Genosse Timm mit seiner ganzen Beredsamkeit darauf hinwies, daß andere Staaten ein viel höheres Existenzminimum besäßen und die wenig Bemittelten schon eine große Last von indirekten Steuern zu tragen hätten. Der sozialdemokratische Antrag wurde abgelehnt. Es bleibt bei dem Existenzminimum von 600 M.

### Militärjustiz.

Das Oberkriegsgericht in Posen verurteilte den Arbeiter Valentin Wjowski aus Posen, der zur Frühjahrskontrollerversammlung betrunken erschien und sich in diesem Zustande eine Zigarre im Glibbe anzündete sowie dem ihn zurechtweisenden Sergeanten eine ungehörige Antwort gab, zu sechs Monaten Gefängnis. In der ersten Instanz wurde W. zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt. Der Gerichtsherr hatte wegen zu niedriger Bestrafung Berufung eingelegt mit dem Erfolge, daß jetzt auf einen Monat mehr erkannt wurde. Von der mehrmonatlichen Untersuchungshaft wurde dem Angeklagten nichts angerechnet!

### Oesterreich.

#### Demonstrationen.

Prag, 17. Oktober. Aus Anlaß der Eröffnung des Hochschulfestes wurde heute von den hiesigen deutschen Studenten der erste Sammel abgehalten. Die Vorgänge des vorigen Jahres, Bedrängung und tätliche Mißhandlung der deutschen Studenten am Graben, wiederholten sich. Die in großer Zahl aufgedrehten Wachmannschaften nahmen mehrere Verhaftungen vor. Das deutsche Haus war durch eine mehrfache Reihe von Wachtposten abgesperrt. Erstere Zwischenfälle ereigneten sich nicht. Die Demonstrationen gegen die Studenten endeten, als eine zum Protest gegen die Hinrichtung Ferrers einberufene Versammlung politisch aufgelöst wurde und ihre Teilnehmer im Verein mit den Demonstranten vom Graben auf dem Benzelpfad für Ferrer Kundgebungen veranstalteten. Die Polizei gestreute schließlich die Menge und sperrte die Straßen ab.

### Ungarische Pressefreiheit.

Aus Budapest wird uns geschrieben: Das Preßburger Schwurgericht hat dieser Tage ein Urteil gefällt, daß sich den ärgsten Schandstücken der belparischen Justiz würdig an die Seite stellt. Genosse Andreas Hoizdal hatte in der Rainummer der slowakischen Genossen in Preßburg einige der bekannten „Skavenlieder“ von Svatopluk Cech abgedruckt. Deshalb wurde er wegen Aufreizung angeklagt. Vergebens verwies der Angeklagte darauf, daß diese Lieder in Oesterreich schon in 31 Auflagen erschienen sind und daß sie in deutscher Uebersetzung bei Dieß in Stuttgart herausgegeben wurden. Der Staatsanwalt verlangte die Bestrafung des Angeklagten, weil er die Arbeiter gegen die herrschenden Klassen aufgereizt habe, wobei als erschwerend angenommen werden müsse, daß die Lieder die slowakischen Arbeiter gegen die magyarischen Herren aufreizen sollten. Nach kurzer Beratung erkannten die Geschworenen den Angeklagten schuldig und der Gerichtshof verurteilte ihn zu einem Monat Staatsgefängnis und zu vierhundert Kronen Geldstrafe.

### England.

#### Parlamentarische Nachwahl.

London, 14. Oktober. (Fig. Ver.) Eine wichtige parlamentarische Nachwahl findet nächsten in Vermondfey (Süd-London) statt. Der Wahlkreis war bis vor wenigen Tagen von dem liberalen Abgeordneten Dr. Cooper vertreten, der den Anstrengungen des Staatskampfes erlegen ist. Der Wahlkreis war in früheren Jahren konservativ, und er folgt gewöhnlich den politischen Pendelschwingungen. Stehen die Konservativen in der Gunst der öffentlichen Meinung, so wählt Vermondfey konservativ; geht die Strömung mit den Liberalen, so wählt Vermondfey liberal. Es ist also ein Wahlkreis, der als ein politischer Index dienen kann.

Für uns ist diese Nachwahl aus einem anderen Grunde wichtig. Die Kritiker der Arbeiterpartei sind bekanntlich der Ansicht, daß die Arbeiterfraktion den Liberalen verfallen sei und daß es überhaupt keine selbständige Arbeiterpartei gebe. Wenn etwas an dieser Ansicht wahr wäre, so müßte die Arbeiterpartei in der gegenwärtigen gespannten Lage die Parole ausgeben, die Liberalen zu unterstützen. Anstatt dessen aber stellte die Arbeiterpartei in Vermondfey einen eigenen Kandidaten gegen die Liberalen und die Konservativen auf, wodurch die Aussichten des konservativen Kandidaten ohne Zweifel besser geworden sind. In Vermondfey ringen also drei Kandidaten um das Mandat. Der Liberale gab die Parole aus: Gegen das Oberhaus; der Konservative: für Tarifreform; der Arbeiterkandidat: für Sozialismus.

Der Kandidat der Arbeiterpartei ist Dr. Satter, der seinen Wahlkreis auch im Londoner Graffdistrikt (Municipalrat) vertritt. Er gehörte früher zu den Progressiven des Graffdistrikt, aber er trat bald aus dieser Gruppe aus und schloß sich der Arbeitergruppe an.

In seinem parlamentarischen Wahlprogramm nehmen — trotz des gegenwärtigen Kampfes — die sozialpolitischen Fragen die erste Stelle ein. Die Fragen der Arbeitslosigkeit und der Armut stehen ihm höher als Verfassungsfragen. Er verlangt: Recht auf Arbeit, Achttundentag, Festsetzung von Mindestlöhnen, Verhaftung des Grund und Bodens, der Bergwerke, der Eisenbahnen und Wasserwege; Municipalisierung der lokalen Verkehrsmittel, der Beleuchtung, der Wasserversorgung, des Müllgeschäfts; allgemeines Wahlrecht für Männer und Frauen; Durchführung der Vorschläge des Kinderrechtsberichts der Poor Law-Kommission; Erhöhung der Alterspensionen und Herabsetzung der Altersgrenze; Selbstregierung für Irland; freie, weltliche Schulen von den Elementar- bis zu den Hochschulen.

Bessern sprach der Arbeiterabgeordnete Georg Barnes in Vermondfey zugunsten Satters. Er sagte: Die Partei tritt in den Wahlkampf als eine sozialistische Partei. Obwohl die Partei der Ansicht ist, daß der Etat wohl wert ist, von den Arbeitern unterstützt zu werden, so bleibt doch für Sozialisten kolossal viel zu tun, um die Armut zu mildern und schließlich zu beseitigen. Angesichts dieses Problems ist der Etat nur ein Nebenereignis, eine Episode im Leben des Volkes. Nun sagt man, die sozialistische Arbeiterkandidatur werde die freiwirtschaftliche Wählerchaft gesplitteln und vielleicht dem Konservativen zum Siege verhelfen. Demgegenüber bitte ich die Tories und die Liberalen zu bedenken, daß im ganzen Parliamente kaum einige 40 Arbeitervertreter und etwa ein Duzend Sozialisten vorhanden sind, um die Arbeiterklasse zu vertreten. Diese einfache Feststellung dürfte genügen, um die sozialistische Arbeiterkandidatur zu rechtfertigen und jedermann zu überzeugen, daß die Arbeiterpartei eine aggressive Partei sein muß.

### Dänemark.

#### Die Entlassung Christensens.

Kopenhagen, 18. Oktober. Der König hat heute das Abschiedsgesuch des Landesverteidigungs-Ministers Christensens angenommen und dem Präsidenten des Minister-rates Grafen Holsten die interimistische Leitung des Landesverteidigungsministeriums übertragen.

### Schweden.

#### Die verfehlte Taktik des Unternehmertums.

Aus den am Sonntag mitgeteilten Zahlen über den gegenwärtigen Umfang des Kampfes in Schweden ging deutlich genug hervor, daß der Kampf keineswegs als beendet gelten kann, sondern vielmehr noch immer eine für ein Land wie Schweden gewaltige Zahl von Arbeitern umfaßt. Das bedeutet aber nichts anderes, als daß die Arbeitgebervereingung ihr Ziel, in ihrem Sinne „Arbeitsruhe“ zu schaffen, nicht erreicht hat. Alle die Anstrengungen und Unkosten, die das Unternehmertum seit Anfang dieses Sommers aufgewandt hat, um der Arbeiterschaft in diesem oder jenem Betriebe oder Berufe Lohnherabsetzungen aufzuzwingen und selbstherrlich über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu bestimmen, waren vergeblich. Die Konflikte, die damals vorlagen, sind noch immer nicht gelöst und der Kampf ist immer noch ausgedehnter, erstreckt sich auf eine weit größere Anzahl von Betrieben als zu jener Zeit, da die Unternehmer mit ihren Ausperrungen begannen. So hat es sich z. B. als hoffnungslos erwiesen, die Eisenhüttenarbeiter wieder in die Betriebe zu bringen, obwohl man mit Lockung und Drohung, Vertreibung aus den Wohnungen usw. alles aufbot, um sie müde zu machen. Auch mit den Konfektionshändlern liegt das Unternehmertum nach wie vor im Kampf. Man hat für die Konfektion versucht, Arbeitswillige aus Deutschland heranzuziehen, aber damit bis jetzt nicht viel Glück gehabt. Nicht besser steht es für das Unternehmertum in den übrigen Betrieben und Berufen, soweit die Arbeiterschaft es für gut befunden hat, den Kampf fortzusetzen. Es ist denn auch vorauszu sehen, daß die Arbeitgebervereingung doch bald einsehen muß und wird, daß ihre Kampftaktik, durch Anechtung der Arbeiterschaft Arbeitsruhe und schrankenlose Ausbeutungsfreiheit zu erzielen, verfehlt war und ist und nur zu immer größeren Verlusten führt. Sollten die Unternehmer sich fortwährend dieser Einsicht verschließen, so werden sie für die Zukunft mit um so schwereren Kämpfen zu rechnen haben.

### Marokko.

#### Ein neuer Zusammenstoß.

Melilla, 17. Oktober. Nach einer amtlichen Meldung machte gestern General Aguilera mit 3 Regimentern, einer Batterie und einem Festballon einen Erkundungsmarsch gegen feindliche Abteilungen, die sich etwa vier Kilometer westlich von Rabat befanden. Der Feind wurde mit großen Verlusten zurückgeschlagen. Da der Zweck des Marsches erfüllt war (?), zog sich General Aguilera wieder zurück. Auf spanischer Seite waren ein Major, zwei Soldaten getötet und vierzehn Soldaten verwundet worden.

### Soziales.

#### Sur Zusammenfassung der Stadiparlamente.

Das Oberverwaltungsgericht fällt diese Tage eine für die Zusammenfassung der Stadiparlamente beachtenswerte Entscheidung. In einer Stadt von 2400 Einwohnern sitzen 12 Stadtverordnete, und zwar in der 1. und 3. Abteilung je 3 und in der 2. Abteilung 6 Stadtverordnete. Im Jahre 1907 war aus der 1. und 3. Abteilung je ein Stadtverordneter und aus der 2. Abteilung 2 Stadtverordnete ausgeschieden. Vom Bezirksaussschuß wurden die Wahlen der 2. Abteilung für ungültig erklärt. In der Begründung war ausgeführt: für die in der 2. Abteilung ausgeschiedenen Stadtverordneten dürften unter den obwaltenden Verhältnissen keine Ergänzungswahlen vorgenommen werden, dafür hätten Stadtverordnete in der 1. und 3. Abteilung gewählt werden sollen. Nach der Volkszählung von 1900 zählte die Stadt noch nicht 2500 Einwohner; nach der Städteordnung vom 30. Mai 1863 bestche die Stadtverordneterversammlung aus zwölf Mitgliedern in Stadige-meinden von weniger als 2500 Einwohnern. Das Resultat der Volkszählung von 1906 sei zur Zeit der Wahl im Jahre 1907 noch nicht amtlich festgestellt worden. Jede Abteilung habe ein Drittel der Stadtverordneten zu wählen; die geschliche Verteilung der Stadtverordneten auf die drei Abteilungen müßte unbedingt bei der Wahl im Jahre 1907 dadurch erfolgen, daß für die aus der 2. Abteilung ausgeschiedenen Stadtverordneten keine Wahl erfolgte. Diese Entscheidung wurde vom Oberverwaltungsgericht als zutreffend bestätigt.

#### Die Tarifklausel in den Submissionsbedingungen.

Auch in den bayerischen Gemeindeverwaltungen machen die Sozialdemokraten fortgesetzt Versuche, um den Arbeiterschutz und die Arbeiterforderungen auch in den Submissionsbedingungen zur Geltung zu bringen. Die bürgerlichen Wechsellagen zeigen dazu zwar wenig Neigung, aber nach und nach gelingt es doch, auf diesem Gebiete etwas vorwärts zu kommen. Auch die Stadtverretung Würzburgs hatte sich jetzt mit diesen Forderungen zu beschäftigen. Der Magistrat konnte sich freilich noch nicht für die Aufnahme der unbedingten Tarifklausel entschließen, doch beschloß er wenigstens das eine, daß bei Vergabe von Arbeiten und Lieferungen diejenigen Unternehmer den Vorzug erhalten sollen, die sich mit ihren Arbeitern in einem Tarifverhältnis befinden.

#### Der Arbeitsnachweis als Vertreter.

Auf Entschädigung wegen Nichterfüllung des Vertrages klagte der Freireisende R. gegen den Freireisenden Julius Dorn. Der Beklagte beschäftigt allwöchentlich des Sonabend und Sonntags einen Gehilfen ausstillweise. Der Kläger war vom Arbeitsnachweis des Gehilfenverbandes dem Beklagten zum 25. und 26. September zugewandt worden, wurde aber nicht beschäftigt. Der Beklagte hatte sich bereits einen anderen Gehilfen besorgt. Kläger fordert deshalb den ihm entgangenen Lohn von 8,50 M. Dem Arbeitsnachweisverein und der Aussage des Arbeitsvermittlers war zu entnehmen, daß der Arbeitsnachweis vom Beklagten beauftragt war, für ihn, also als sein Vertreter, zu engagieren, nicht nur jemanden zu suchen, der zur Arbeitsübernahme bereit war, über dessen Anstellung aber erst der Beklagte entscheiden solle. Das Gewerbegericht empfahl dem Beklagten, auf Grund dieser Beweisaufnahme einen Verzicht. Es kam ein solcher zustande: Kläger erhielt 5 M.

#### Ausbestung von Kranken.

In Frankfurt a. M. stellte sich heraus, daß ein Krankenkassenarzt, Spezialarzt für Geschlechtskrankheiten, sich von Krankenkassenpatienten je etwa 120 M. extra zahlen ließ. Die Arbeiter erklärten, sie hätten sich zu der Zahlung verstanden, weil der Arzt ihnen bedeutet hatte, sie müßten sich sofort in ein Krankenhaus begeben, wenn sie als Kassenmitglieder von ihm behandelt sein wollten; würden sie jedoch jede Konsultation bezahlen, so wolle er sie auch so behandeln. Aus Unkenntnis und aus Furcht, dem Krankenhaus überliefert zu werden und dadurch ihre Arbeitsstelle zu verlieren, hatten sie dann die Zahlungen geleistet. Die Krankenkasse schritt sofort, als sie hiervon Nachricht bekam, ein. Das zuständige Schiedsgericht der Krankenkassen und Ärzte beschloß einmündig, diesen Arzt von weiterer Kassenpraxis auszuschließen. Der Arzt soll es ablehnen, das zu Unrecht bezogene Honorar den Arbeitern zu erstatten. Im Klagefall würde wohl unbedingt eine Beturteilung zur Rückzahlung erfolgen. Ueberdies hätte sich die Staatsanwaltschaft darüber schuldig zu machen, ob die angeführten Vorfälle nicht den Tatbestand einer strafbaren Erpressung erfüllen.



# Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

## Achtung, Maser!

Es wurde der Ortsverwaltung mitgeteilt, daß am Sonnabend bei der Lohnzahlung den Kollegen ein Schriftstück zur Unterschrift vorgelegt worden ist, in welchem gegen die neuen Bestimmungen betreffend den Bau der Leitergerüste protestiert wird. Wir machen unsere Kollegen darauf aufmerksam, daß sie unter keinen Umständen ein derartiges Schriftstück unterzeichnen dürfen, weil darin eine wesentliche Verschlechterung der neuen Bestimmungen verlangt wird. Unsere Kollegen können unter keinen Umständen ihre Hand dazu bieten, die wenigen Bestimmungen, die zum Schutze der Arbeiter erlassen werden, im Interesse der Unternehmer zu verschlechtern. Deswegen Vorsicht beim Unterschreiben von Schriftstücken. Jede Unterschrift gegen die Bestimmungen für den Schutz und die Gesundheit der Arbeiter ist ganz energig zurückzuweisen. Darum, Kollegen, nichts unterschreiben!

**Achtung! Krawattenzuschneider!** Bei der Krawatten- und Wäsche- und Wäschefabrik Otto Revo, Neue Friedrichstr. 37, sind Differenzen ausgebrochen, weil die Firma plötzlich verlangte, daß die Krawattenzuschneider täglich eine Stunde länger arbeiten sollen. Unsererseits angebotene Verhandlungen sind mit der sofortigen Kündigung und Entlassung der Krawattenzuschneider beantwortet und zurückgewiesen worden. Die Firma ist deshalb gesperrt. Nehme keiner dort bis auf weiteres Arbeit an.

Verband der Schneider, Schneiderinnen und Wäschearbeiter Deutschlands. Filiale Berlin III.

## Deutsches Reich.

### Sur Klarstellung.

Im Bericht der Nummer vom 14. Oktober unter Gewerkschaftlichem „Europäische Gewerkschaftsführer gegen Comper“ sind einzelne Unklarheiten enthalten, welche, um uns die Gegenseitigkeit mit Amerika nicht zu erschweren, richtig gestellt werden müssen. Ich führte in New York aus: Uns fehlte früher jede Verbindung und Kenntnis der amerikanischen Verhältnisse, weshalb sich eine persönliche Information nötig machte.

Durch unser Eingreifen ist uns aber jede gewünschte Auskunft gegeben, so daß wir von allem genügend unterrichtet wurden und ist auch ein Anschluß an den internationalen Lithographenbund in sichere Aussicht gestellt.

Unser Besuch in Amerika wird sicher eine etwas befruchtende Wirkung auf die amerikanischen Gewerkschaften hinterlassen und dies, zumal die Taktik der deutschen Gewerkschaftsbewegung überall da anerkannt wurde, wo wir Gelegenheit zu sprechen hatten. Wenn auch andere Gewerkschaften unserem Beispiel folgen, wird es sicher nicht ohne nachhaltige Wirkung auf die amerikanischen Gewerkschaften bleiben. Otto Sillier.

## Rudolf Lebius der Bergeliche.

Nr. 35 der Berliner Wochenschrift „Der Bund“ vom 29. August d. J. enthält einen Artikel „Genosse Rosenfeld“, in welchem alle Zeugen, die gegen Rudolf Lebius, den vielseitigen deutschen Journalisten, aufgezählt sind, schwarzenstrichweise angekreuzt werden. Am schlechtesten komme ich dabei weg, da mir in dem Artikel eine Menge Schandthaten vorgeworfen werden, die ich begangen haben soll. Wer den Aufsatz verfaßt hat, ist nicht ersichtlich, ich vermute, daß es Rudolf Lebius selbst gewesen ist. Der Aufschreiber hat aber eine Hauptfrage weggelassen, die ich nachstehend hinzuzufügen für nützlich und nötig erachte.

Die schwersten Beschuldigungen, welche im „Bund“ gegen mich erhoben wurden, sind schon einmal der Öffentlichkeit serviert worden, und zwar vor mehreren Jahren in der Dresdener Wochenschrift „Sachsenstimme“, deren verantwortlicher Redakteur Rudolf Lebius war; sie diente den Nationalsozialisten in Sachsen. Lebius wurde anlässlich jener Anwürfe auf mich, wegen Verleumdung verklagt durch Rechtsanwalt Klotz in Dresden. Ich selbst weichte damals im Reichslande Elb-Verhandlungen. Der Gang des Prozesses veranlaßte Rudolf Lebius, mich brieflich zu bitten, die Klage gegen ihn zurückzuziehen. Ich überließ meinem Rechtsanwalt die Entscheidung. Das Ende vom Liede war, daß ich die Bitte von Lebius erfüllte, nachdem dieser die Anschuldigungen als unwar und zurückgezogen und Abbitte geleistet hatte, auch die entstandenen Kosten zu berücksichtigen vermachte.

Sollte Herr Rudolf Lebius das alles vergessen haben. Es scheint fast so! Die Bezahlung der Kosten hat er bis heutigen Tages wenigstens vergessen.

Die Beweise für die vorstehend mitgeteilten Tatsachen sind zu finden in den Handakten meines damaligen Rechtsanwalts, welche Herrn Rechtsanwalt Rosenfeld in Berlin übersandt wurden und sich noch in seinen Händen befinden. Dies mein erstes und letztes Wort gegenüber dem Auftreten des Herrn Lebius.

Die vorstehende Ergänzung des Aufsatzes „Genosse Rosenfeld“ in Nr. 35 der Wochenschrift „Der Bund“ kommt zwar etwas sehr spät, der Aufsatz ist mir aber nicht früher vor die Augen gekommen. Saalhausen b. Dresden (Krug von Ribbans), Mitte Oktober 1900.

Rag Dietrich, Schriftsteller und Redakteur a. D.

## Der Streik in Mansfelder Revier

gewinnt weiter an Umfang. Am Sonnabendmorgen hat sich außer der über 3000 Mann starken Belegschaft des Hohntalschachtes in Helbra auch die Hütte Kupferhammer in Wolkmied bei Heitstedt dem Streik angeschlossen. Auf dem Kupferhammer sind ebenfalls mehrere Tausend Arbeiter beschäftigt, von denen die „Hohntalschacht“ und „Spurhütte“ fast vollständig die Arbeit niedergelassen haben, während auf der „Hohntalschacht“ nur erst der geringere Teil ausständig ist. Dahingegen wollen die Eislebener Bergleute sich nicht länger zurückhalten lassen, sondern sie wünschen, daß ihnen bis Montag gestattet wird, sich dem Kampfe anzuschließen. Am 15. Oktober fand in Eisleben eine Versammlung statt, an welcher sich weit über 1000 Personen beteiligten, und da das Lokal diese Massen nicht fassen konnte, wurde dieselbe im Garten abgehalten. Dem Verbandsredner, Genossen Waidhede, gelang es, die erregten „reichstreu“ Kumpels noch einmal zu beruhigen, da die Streikleitung nochmals den Vorstehenden des Aufsichtsrates, Herrn Oberbürgermeister Dr. Dietrich, Leipzig, interpellierten werde, in der Hoffnung, daß er nunmehr eingreifen und den Frieden auf gerechter Grundlage herstellen werde. Wird der „freibeitliche“ Bürgermeister der Stadt Leipzig auch jetzt nicht eingreifen, so steht zu befürchten, daß bis Mitte nächster Woche zwischen 10 000 bis 15 000 Berg- und Hüttenarbeiter im „reichstreu Mansfeld“ in Streik stehen, denn ein weiteres Zurückhalten ist undenkbar.

Das „sichere und feste“ Bollwerk der „reichstreu“ bricht immer mehr zusammen, und Herr Dr. Vogelung kann es nicht mehr fest und standhaft reden. Sein Appell an die „Königsstreu“, an den „Fahnenstreu“, an die „Vaterlandsliebe“ verfangen nicht, und selbst die „fürchterliche“ Drohung, daß alle, die bis zum 10. November nicht aus dem Bochumer Verbände ausgetreten seien, aus

dem reichstreu Verbände ausgestoßen würden, erwecken nur noch Heiterkeit. Der reichstreu Kopf wird rebellisch, wenn der Regen knurrt, und dieser läßt sich mit patriotisch-daubinistischen Phrasen und blödem Geschimpfe auf die Sozialdemokratie nicht zur Ruhe bringen; das zeigen die Vorgänge in Mansfeld tagtäglich und sie zeigen dem Unternehmertum auch, daß auch die Gelbesen der Gelben absolut keinen Verlaß bieten gegen den Streik, denn Blut ist immer noch dicker wie Wasser, und schließlich fühlen sich selbst die Gelben mehr zu ihren Arbeitsbrüdern hingezogen, als zu den Herrenmenschen a la Vogelung, in dem sie instinktiv ihren Lehren, niemals ihren Wohltäter erblicken. Und so kommt es, daß während der Bewegung in Mansfeld selbst Vorstehende des reichstreu Verbandes dem Vergarbeiterverband die Lokale verschaffen und in den Streikbureaus tätig sind! In Altdorf bei Eisleben gelang es den Verbandskameraden nicht, einen Saal zu bekommen, worauf der Vorstehende der Reichstreu, Herr Karl Kahle, zu dem Besitzer des größten Saales hinging, mit dem erst wenige Tage vorher Herr Arendt sprach, und ihn aufforderte, dem Bochumer Verbände sofort den Saal zu geben, und als der Wirt und die Wirtin den Mann erstaunt frugen: „Auch Du, Karl!“ sagte er: „Ja, auch ich! Es muß noch besser kommen, denn Langenueg haben die Zustände angebauer; es ist die höchste Zeit, daß sie geändert werden, und dazu müssen auch die Altdorfer Kameraden mithelfen.“ Wenn es so aussieht, nun, dann will ich meinen Saal sofort hergeben“, erwiderte der Wirt erstaunt. Auch in Helbra waren es die Reichstreu, die den Wirt ermunterten, doch nicht auf die Beamten zu hören, sondern den Bochumern den Saal zu geben. Das geschah alles erst, nachdem die Direktion im „Mansfelder Bergboten“ eine fürchterliche drohende Erklärung losgelassen hatte, wonach jeder, der den „gewissenlosen Hebern“ folge, sich betören lasse und von der Arbeit fortbleibe, nach 3 Tagen aus der Belegschaftsliste gestrichen, später wahrscheinlich nicht wieder angestellt und so aller Rechte in der Knappschaftsliste und aller Wohltaten, welche die Gewerkschaft ihren Arbeitern gebe, verlustig gingen. Selbst diejenigen Arbeiter, die bisher Reichstreu auf Kommando gehandelt haben, die man zur Gesinnungslumperei gepreßt hat, pfeifen auf die Bedrohungen und erst recht auf die „Wohltaten“ eines Vogelung, und kämpfen mit für Menschenrechte. Sie empfinden die „Wohltaten“ als Donnergewitter und hoffen diejenigen, die ihnen diese Geschenke bringen.

## In dem Kampfe der Holzarbeiter in Südwestdeutschland

scheint es, als ob sich eine Wendung vorbereiten soll. Die Aussperrung in Frankfurt hat keine größere Ausdehnung angenommen. Die Innungsmeister haben insgesamt 33 Arbeiter ausgesperrt, während 14 Arbeiter in den Streik getreten sind, in Betrieben, in denen nur eine Teilaussperrung erfolgte. Während bisher der Arbeiterverband die bürgerliche Presse mit Berichten geradezu fütterte, ist es in der letzten Zeit merkwürdig still geworden. Dafür arbeiten die Unternehmer im stillen umso intensiver. So wurde den Innungsmeistern in der letzten Innungsversammlung mitgeteilt, daß diejenigen Meister, die nicht aussperrten, künftig an den Arbeiten nicht mehr partizipieren würden, die durch die Innung, vom Staat und der Kommune vergeden werden. Es wird versucht, die Meister bei der Stange zu halten. So wurde in den letzten Tagen das nachfolgende Schreiben verfaßt:

Schreiner-Zwangsinnung, Frankfurt, 11. Oktober 1900.

An unsere Mitglieder!  
Es ist bei dem Vorstände wiederholt angefragt worden, ob die beschlossene Aussperrung stattzufinden hat, da nach Zeitungsnotizen Verhandlungen stattfinden. Wir machen darauf aufmerksam, daß diese Zeitungsnotizen nicht zutreffend sind, sondern daß der Beschluß der Aussperrung aufrechterhalten bleibt. — Wir bitten sie dringend, wenn Sie im Falle diesem Beschluß noch nicht entsprochen haben, diesem unverzüglich nachzukommen.

Der Vorstand, H. J. Wagner, Obermeister.  
Dem Herrn Obermeister ist in dem Zirkular ein kleiner Irrtum unterlaufen, denn in Wirklichkeit fanden zwischen den Parteien Besprechungen statt, die sich soweit verdichteten, daß Herr Dr. Hiller, Gewerbegerichtspräsident in Frankfurt, jetzt zu offiziellen Verhandlungen vom 10. Oktober Einladungen ergehen ließ.

Genügt hat dieses Schriftstück nichts, wenn man nicht als dessen Wirkung ansehen will, daß einige Meister in Frankfurt sich jetzt schriftlich an ihre Arbeiter wenden und diese auffordern, die Arbeit wieder aufzunehmen. Davon kann ja keine Rede sein. Die Unternehmer, die ausgesperrt haben, müssen sich schon bis zum Friedensschluß gedulden, bis sie wieder Arbeiter bekommen, wenn sie es nicht vorziehen, einen Firmenvertrag mit dem Holzarbeiterverband abzuschließen.

In Wanne im hat ebenfalls der Gewerbebericht seine Vermittlung angeboten, die von den Arbeitern akzeptiert wurde, während die Unternehmer bisher nicht zugefugt haben. Hier scheint wieder der Vorstand des Arbeitgeberverbandes eigene Politik zu machen. Die Meister in Mannheim können sich bei diesem bedanken, wenn aus den Verhandlungen nichts wird.

In Ludwigshafen sind die wenigen vorhandenen Arbeitswilligen mit Revolvern ausgerüstet und bedrohen die Streikposten, ohne daß die Polizei einschreitet.

Die Frankfurter Polizei hat Strafmandate verhängt, weil die Streikposten einen „Gefangenentransport verfolgten“. Die Arbeitswilligen werden nämlich durch Polizeibeamte nach ihren Wohnungen begleitet, und weil die Posten sich dieses Schauspiel angeben, werden sie wegen „Verfolgung eines Gefangenentransportes“ in Strafe genommen. Die Frankfurter Polizei weiß wenigstens, wohin die meisten Arbeitswilligen gehören.

Die Suche nach Arbeitswilligen wird von den Arbeitgebern mit unermindelter Energie fortgesetzt. Den verheirateten Schreibern wird aber der Rat gegeben, ihre Familie einzuweilen nicht mitzubringen, bis sich die Sachlage mehr geklärt hat.

Ob die eingeleiteten Verhandlungen ein Resultat bringen werden, ist sehr zweifelhaft. Darum muß Zugung unter allen Umständen auch ferner nach Südwestdeutschland ferngehalten werden.

Die Geldschrankfabriken der Geldschrankfabrik von F. A. Veltz in Düsseldorf haben die Arbeit niedergelegt. Mehrere Kleinliche Maßnahmen des Fabrikanten und eine Reihe rigoroser Strafbestimmungen, die den Arbeitern aufgetrieben werden sollten, haben die Arbeiter in den Streik getrieben. Zugung von Geldschrankfabriken ist fernzuhalten.

Deutscher Metallarbeiterverband, Ortsverwaltung Düsseldorf.

## Ausland.

Die Textilarbeiter von Massachussetts verlangen, daß die Lohnreduktionen vom Jahre 1907 zurückgenommen werden; im anderen Falle drohen sie mit einem Streik.

## Aus Industrie und Handel.

### 14 Prozent.

Als kürzlich in der Presse die Mitteilung ankam, daß die Schultheiß-Bräuerei werde für das letzte Geschäftsjahr trotz der angeblichen schlechten Produktionsbedingungen und obwohl das Aktienkapital um 2 Millionen Mark erhöht worden ist, wiederum 14 Proz. Dividende verteilen, da ließ die Verwaltung eine Erklärung hinausplattieren, die zwar die Richtigkeit der Nachricht nicht glatt bestritt, die aber zweifellos den Zweck hatte, sie als falsch erscheinen zu lassen. Man teilte mit, daß die Bilanz noch nicht so

weit aufgestellt sei, um eine Dividendenberechnung zu geben. Jedenfalls befürchte man, daß Bekanntwerden der hohen Dividende könne den Bestrebungen auf Erhöhung der Bierpreise hinderlich sein, ließ sich doch eine so günstige Rente schlecht in Einklang bringen mit der Behauptung, ohne multiplizierte Steuerabwälzung bleibe das Brauereigewerbe nicht rentabel. Jetzt, da die Preis-erhöhung als durchgesetzt gilt, kann man die Zurückhaltung aufgeben. Die „S. J.“ hat aus Aufsichtsratskreisen erfahren, daß tatsächlich 14 Proz. auf das erhöhte Aktienkapital verteilt werden sollen.

## Welt-Fleischwucher.

Dem die halbe Erde umspannenden räuberischen Welt-Fleischwucher folgt auf gleichen Spuren das Welt-Fleischmonopol! Etabliert von einem Trust, der nach der Entscheidung des weisen und gerechten Richters vom Chicagoer Bundesgericht überhaupt nicht existiert.

Schon vor einigen Monaten wurde von offizieller englischer Seite auf die Gefahr eines Welt-Fleischtrusts aufmerksam gemacht. Ein englisches Komitee, das die Sachlage auf Veranlassung der Londoner Handelskammer und unter Leitung der britischen Botschaft in Washington untersucht hatte, erstattete Ende Mai seinen Bericht, der eine Kombination der großen Fleischkompanien Amerikas konstatiert, die sich zu einer allgemeinen Gefahr auszuweiten drohe. Der amerikanische Fleischtrust beherrscht nicht nur die Fleischproduktion der Vereinigten Staaten, sondern schied sich auch an, die Fleischindustrie der mit Amerika konkurrierenden Länder an sich zu bringen. Schon im Sommer habe eine Trust-Firma, nämlich Swift u. Co. in Chicago, eine der gewaltigsten Fleischkompanien Argentiniens ausgekauft, und eine weitere derartige Erwerbung sei unterdessen von einer anderen amerikanischen Trust-Firma vollzogen worden. Die Produktion dieser argentinischen Firmen werde durch Vermittlung der Londoner Hammond Beef Compagnie unter die Armour, Swift und Morris-Compagnie, lauter Trustmitglieder, verteilt. Sicher sei ferner, daß zwischen den Teilhabern des Trusts Verhandlungen gepflogen würden, die den Ankauf sämtlicher argentinischen Schlächtereianlagen zum Ziele hätten. Dieselben Firmen ständen aber auch schon in Unterhandlung mit den führenden Fleischindustriellen Australiens und Neuseelands. Es unterliege nach alledem keinem Zweifel, daß der amerikanische Fleischtrust nach der „Kontrolle“ der gesamten Fleischproduktion der Welt strebe. Sein Endziel sei, den Weltmarkt zu monopolisieren, die Bevölkerung aller Kulturländer in bezug auf ihre Fleischernährung von sich abhängig zu machen.

Ganz in der Stille haben die Chicagoer Trustherren die größten Schlächterhäuser Argentiniens erworben und damit die argentinische Konkurrenz zum größten Teile tatsächlich bereits ausgekauft. Die früheren Besitzer behält der Fleischtrust vorläufig als Direktoren jener Werke bei, nach dem Muster des Petroleum- und der meisten anderen Trusts. Mit den Armours, Swifts, Morris und Cudahys, die schon an sich um Kleingeld nicht verlegen sind, ist aber auch das expansionsbedürftige Standard Oil-Kapital im Spiel, und man könnte sozuzagen von einer Verstrickung der beiden Trusts, der größten der Welt, reden, einer wirtschaftlichen Entwicklungsphase, von der der Weg nur noch zum sozialistischen Volks-Trust der Zukunft gehen kann. Die kapitalistische Presse New Yorks berichtet: „Samuel Mac Roberts von Chicago, der Schatzmeister der Armour-Compagnie, ist zum Vizepräsidenten der großen Standard Oil-Bank, der National City-Bank in New York, gewählt worden, der schon seit längerem J. Ogden Armour als Mitglied des Verwaltungsrates angehört. Der Eintritt eines Vertreters des Fleischtrusts in die Leitung der City-Bank ist von größerer Bedeutung, als auf den ersten Blick erscheinen mag. Seit einem Jahre sucht sich der Chicagoer Fleischtrust auch des Fleischverbandes in Argentinien zu bemächtigen, und er hat jetzt eine ganze Reihe Großschlächtereien, zusammen mit ausgedehnten Weidgründen angekauft. Bei dieser Gelegenheit machte der Fleischtrust die Erfahrung, daß das gesamte Bankgeschäft in Argentinien und in anderen südamerikanischen Staaten in deutschen und englischen Händen liegt, und da bei dem Eindringen in eine der wichtigsten Industrien Argentinien die Mitwirkung von Banken, besonders von amerikanischen Banken, dem Erfolge förderlich ist, haben die Armours und die anderen den Beeftrust bildenden Großschlächter in Chicago die City-Bank benoht, in Argentinien und dem übrigen Südamerika Filialen der Standard Oil-Bank zu errichten. Frank Vanderlip, der Präsident der City National-Bank, hat die Ausführung des Planes in die Hand genommen, wobei Mac Roberts, der die südamerikanischen Verhältnisse kennt, ihn unterstützen wird. Es wird beabsichtigt, in Buenos Aires eine nach amerikanischen Geschäftsbedingungen geleitete Bank zu errichten, mit Zweigniederlassungen in allen Städten, wo der Fleischtrust und die Standard Oil Compagnie Interessen haben.“ Somit dann die Auskaufung Argentinien oder ganz Südamerika durch das Trustkapital losgehen kann.

Deutschlands Außenhandel. In den abgelaufenen 9 Monaten dieses Jahres betrug der Wert der deutschen Einfuhr im Spezialhandel ohne Edelmetalle 6040,2 Millionen Mark gegen 5620,2 Millionen Mark im Vorjahre, der Wert der Ausfuhr 4795,5 Millionen Mark gegen 4732 Millionen Mark. Der Edelmetallverkehr hatte in der Einfuhr einen Wert von 219,6 gegen 303,8 Millionen Mark im Vorjahre, in der Ausfuhr erreichte er 222 gegen 55 Millionen Mark im Vorjahre.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Das Urteil im Böhle-Prozess.

Wie uns kurz vor Redaktionsschluss gemeldet wird, lautete das Urteil im Böhle-Prozess auf Todschlag unter Zuhilfenahme von mildernden Umständen. Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu zwei Jahren Gefängnis unter Anrechnung von neun Monaten Untersuchungshaft.

### Bojkott gegen Spanien.

Marseille, 18. Oktober. (B. S.) Die hiesigen Dockarbeiter weigerten sich heute morgen, die Ladung von zwei spanischen Dampfern zu löschen.

### Proteste in Spanien.

Madrid, 18. Oktober. (B. S.) Meldungen aus Bilbao und Coruna berichten, daß gestern regierungsfreundliche Versammlungen in diesen Städten stattgefunden haben, in denen sehr heftige Reden gehalten wurden. Die Versammlungen sind jedoch ohne Zwischenfälle verlaufen. In Coruna sind Truppen wegen Befürchtung neuer Unruhen zusammengezogen. In Bilbao wird eine neue Kundgebung für den nächsten Sonntag organisiert. In Gijon beschloß der Arbeiterverband die Abhaltung einer großen Protestversammlung. Ein Streikentscheid, der für gestern geplant gewesen ist, wurde von der Polizei untersagt.

Die republikanische Partei beschloß, gemeinsam mit den Sozialisten und mit den Arbeiterorganisationen eine riesenkundgebung im ganzen Lande gegen die Reaktion und für die Freiheitsideale vorzubereiten.

### Bergmanns Tod.

Rattowitz, 18. Oktober. (B. S.) Auf dem Richterschaß der Lohrgrube kürzten heute Kohlenmassen ab. Dabei wurde der Steiger Frizht getötet und andere verletzt.



Der Weltprotest gegen die spanischen Mörder.

Protestversammlungen und Straßendemonstrationen in Berlin.

Die am 17. Oktober 1909 in Berlin tagenden Protestversammlungen sprechen ihren Abscheu und ihre tiefste Entrüstung über die Verbrechen des Klerus und der Mächthaber Spaniens aus. Die Ermordung Francisco Ferrers, dieser blutige Abschluß einer skurrilen Justizkomödie, ist nur ein neues Glied in der langen Kette der Greuelthaten der spanischen Regierung. Sie hat die Augen der zivilisierten Welt von neuem auf die in Spanien herrschende Schandwirtschaft gelenkt und überall höchste Empörung erregt, wo man sich noch einen Funken von Rechtsgefühl bewahrt hat. Die Versammelten vereinigten sich mit den Freiheitsfreunden aller Kulturländer und senden dem geknechteten spanischen Volk den Ausdruck ihrer brüderlichen Gesinnung. Sie geloben, gleich ihren spanischen Gesinnungsgenossen mit aller Kraft einzutreten für geistigen und kulturellen Fortschritt, gegen Junker, Pfaffen und Militarismus, für die Befreiung des Volkes und gegen wirtschaftliche Ausbeutung und politische Unterdrückung.

Drei gewaltige Versammlungen

des Berliner Proletariats, die im Nordwesten, im Osten und Südosten der Stadt stattfanden, nahmen einstimmig die oben abgedruckte Resolution an.

Die Bevölkerung des Nordens protestierte in den „Prachtställen Nord-West“ in der Wickestraße gegen die Verbrechen der spanischen Pfaffenherrschaft. Schon gegen 11 Uhr zeigte die Wickestraße und die angrenzenden Straßen ein lebhaftes Bild. Immer stärker wurde der Zustrom zur Protestversammlung. Um 12 Uhr war der große, etwa 3000 Personen fassende Saal überfüllt; die Absperrung des Hofes wurde von unseren Genossen selbst besorgt. Die Polizei zeigte sich diesmal nicht. Mit Ausnahme der beiden Posten, die in der Wickestraße, an den Ecken der Waldstraße und der Emdenerstraße Aufstellung genommen hatten, und zweier Polizeileutnants, die sich ab und zu in der Wickestraße blicken ließen, war sonst nichts von ihr zu sehen. Sie wäre auch wirklich überflüssig gewesen; denn diese gewaltige Protestkundgebung nahm einen durchaus ruhigen und würdigen Verlauf.

Bald nach 12 Uhr nahm die Versammlung ihren Anfang. Ein Teil derselben wurde, da der Andrang ein zu ungeheurer war, nach dem im Parterre gelegenen Saal verlegt, wo der Rechtsanwalt Genosse Dr. Oskar Cohn referierte. Im großen Saale ging der Stadtverordnete Genosse Adolf Hoffmann mit der herrlichen Schreckensgeschichte Spaniens ins Gericht.

Der Reichstagsabgeordnete Genosse Ledebour und Dr. Moses von der demokratischen Vereinigung unterstrichen mit kräftigen Worten die Ausführungen des Referenten. Stürmischen Beifall erteilten die Redner.

Während die Versammlung in beiden Sälen tagte, sammelten sich auf dem Hofe die noch immer Zuströmenden, die keinen Einlaß mehr finden konnten. Genosse Hoffmann, der inzwischen seine Ausführungen im oberen Saal beendigt, bestieg die balkonartige Veranda und schilderte auch hier, von lebhaften Beifallstürmen begleitet, vor Tausenden von Zuhörern mit seiner weithin vernehmlichen Stimme die spanischen Greuelthaten und die Feigheit der bürgerlichen Gesellschaft. Kopf an Kopf standen die Massen. Die Bewohner der umliegenden Häuser lauschten ebenfalls an ihren Fenstern lebend den begeisterten und doch ergreifenden Worten des Redners. Auch zwei Schulleute ließen sich bei dieser Gelegenheit sehen, gingen aber bald wieder ihrer Wege. Sie sahen wohl, daß es auch hier für sie nichts zu tun gab.

Mit Hoch auf die internationale völkerbefreiende Sozialdemokratie schloß diese mächtige Protestkundgebung. Ruhig gingen die Teilnehmer wieder auseinander.

Im Osten Berlins hatten Tausende von Männern und Frauen sich aufgemacht, um der Versammlung beizuwohnen, welche in Kellers Saal stattfand. Nicht lange dauerte es, da waren Saal und Galerien gefüllt. Die in sehr großer Zahl antwefende Polizei sperrte das Lokal. Eine Volksmenge, mehrfach so groß wie die Zahl derer, die Einlaß in das Versammlungslokal gefunden hatten, weilt auf der Straße. Alle einzig in dem Empfinden, zu protestieren gegen den schändlichen Mord, welchen die Mächthaber in Spanien verübt haben.

Nachdem die Versammlung eröffnet worden, nahm der Referent, Genosse Heimann, das Wort. Ein Schrei der Enttäuschung — sagte er — durchbohrt die gesamte Kulturwelt, weil auf Betreiben der spanischen Klerisei ein edler Freiender, der selbstlos seine Mittel in den Dienst der Aufklärung des spanischen Volkes stellte, hingerichtet wurde. Wenn auch die Verhältnisse in Deutschland nicht denen in Spanien gleichen, so ist doch das innerste Empfinden und das Ziel der Mächthaber in Deutschland das gleiche, wie das der Mächthaber in Spanien. Die Wähler müssen aus dem Vergleich mit Spanien die Anwendung ziehen, nicht nur jetzt, sondern bei allen kommenden Wahlen, sowie bei ihrer gesamten öffentlichen Betätigung. So werden sie mitwirken, einen Wall zu errichten, an dem die Bestrebungen der Junker und der gesamten Reaktion scheitern. (Lebhafte Beifall.)

Genosse Vorpmann, der zweite Referent, schilderte die Ursachen des Aufstandes in Katalonien und das Wüten der spanischen Mächthaber gegen alle freiheitlichen Regungen des Volkes, und gegen alle, die in irgendeiner Beziehung mit dem Aufstande gebracht werden können. Zum Schluß führte der Redner unter lebhaftem Beifall aus, daß wir bei Besprechung der Vorgänge in Spanien auch an die bei uns herrschenden Verhältnisse denken müssen. Das werde uns dazu führen, die Mächte der Reaktion mit aller Energie zu bekämpfen, damit nicht bei uns spanische Verhältnisse einreichen.

Genosse Liepmann gedachte im Schlußwort ebenso wie vorher Vorpmann des Wortwurfs der Saumseligkeit in dieser Sache, den Dr. Breitscheid unserer Partei gemacht hat, und verwies darauf, daß bereits der Parteitag in Leipzig eine Protestresolution gegen das Schreckensregiment in Spanien angenommen hat. Wir

wären also auch in dieser Angelegenheit früher auf dem Plan wie die bürgerlichen Demokraten. Der Redner schloß die Versammlung mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie, in das die Versammlung begeistert einstimmte.

In der Hasenheide sah man schon am frühen Vormittag vor Altiens Lokal ein bewegtes Bild. In Scharen strömten die Arbeiter herbei, der Einladung der Partei zu folgen, und um 11 Uhr war der große Saal vollständig besetzt. Bald darauf sperrte die Polizei, die sehr stark vertreten war, die Versammlung ab und hielt die vor dem Lokal sich ansammelnde Menge in steter Bewegung. Um 12 Uhr erschien der Redner, Genosse Richard Fischer, der einen mit großer Begeisterung aufgenommenen Vortrag hielt. Weifallstürme unterbrachen den Redner, wenn er aufrief zum Kampfe gegen die Mächte der Reaktion, die im Pfaffenstum, im Monarchismus und im Militarismus jeden freien Gedanken bedrohen.

Lebhafte Beifall begleitete auch den Schluß des Vortrages. Nach einer kurzen Ansprache, die der Vorsitzende noch hielt, wurde die Versammlung mit Hochrufen auf unsere Bewegung geschlossen.

Das Gebäude der spanischen Gesandtschaft

und die ganze Regentenstraße standen schon vom Vormittag an unter außerordentlich starker Polizeibewachung. Wer an der stillen, vornehmen Straße vorbeikommt, konnte meinen, daß dort ein fürchterliches Verbrechen verübt worden wäre und die Hüter der Gerechtigkeit nun dabei seien, eine Bande schwerer Jungen festzunehmen. Doppelt und dreifach Schußmannsposten standen an den Zugängen zur Regentenstraße, und in der Straße selbst waren weit mehr Polizeibeamte als Zivilpersonen zu sehen. Im Gesandtschaftsgebäude und benachbarten Gebäuden hatte man Waffenverwahrer untergebracht, um einer offenbar erwarteten schrecklichen Gefahr für den Staat — diesmal wohl den spanischen Staat — mit überwältigender Macht entgegenzutreten. Aber die Gefahr trat nicht ein. In einer stark frequentierten Straße hätte das gewaltige Polizeiaufgebot gewiß Massen neugieriger Leute angelockt, hier oder da nur wenige und gingen, nachdem sie kurze Zeit verweilt hatten, um zu sehen, was da los war oder vorgehen sollte. Ansammlungen fanden nicht statt. Die vielen Polizeileute hatten wieder einmal um nichts ihre Sonntagsruhe preisgeben müssen.

Auch in der

Wegend am Schloß

war man offenbar auf außergewöhnliche Ereignisse vorbereitet. Die Brücken waren mit Doppelposten bewacht und im Park wie in anderen Gebäuden waren Massen Bewaffneter zu Fuß oder zu Pferde untergebracht. Doch auch hier geschah nichts, was derartige Maßnahmen irgendwie notwendig oder berechtigt erscheinen lassen konnte. Der gewöhnliche Sonntagstrudel ging seinen Gang und keine „Rotte waterlandstoffer Gesellen“ ließ sich blicken.

Die Nervosität der Polizei

hat dagegen an anderen Stellen böse Zusammenstöße herbeigeführt. Am ruhigsten ging es in Moabit ab, wo die Polizei entweder nicht erschienen war oder sich im Hintergrunde hielt.

Nicht ganz so geordnet ging das Abfrömen der Massen in der Hasenheide vor sich. Dort hatte sich während der Versammlung die Polizei auf der Straße in noch größeren Mengen angelagert, als bei Beginn derselben. Nachfahrende Beamte standen bereit, Ketten wurden in einiger Entfernung über die Breite der Straße gebildet, anscheinend, um geschlossene Züge nicht durchzulassen. Die Vorkehrungen erwiesen sich als überflüssig und verzögerten sogar noch, daß sich die Massen schnell zerstreuten, denn viele verweilten, um dem Treiben der Polizei zuzuschauen. Kleinere Züge bildeten sich trotzdem außerhalb der Schußmannslinien, die Arbeiterlieder anstimmend, die Straße entlang zogen, aber bald auseinander getrieben wurden.

Gegen die Besucher der Versammlung bei Keller wurden jedoch förmliche

Polizei-Attaken

unternommen.

Als die Protestversammlung bei Keller in der Koppenstraße zu Ende war und die Versammlungsbesucher das Lokal verließen, trafen sie auf der Straße ein äußerst starkes Aufgebot von Polizeibeamten, die jeden Aufenthalt vor dem Versammlungslokal untersagten, so daß die Menschenmenge sich teils nach der Frankfurter Allee, teils in der Richtung nach dem Schleichischen Bahnhofe verließ. In der letzteren Richtung bewegte sich eine größere Anzahl von Menschen, etwa 800—800, auf dem Straßendamme. Arbeiterlieder wurden gesungen und Hochrufe auf das allgemeine Wahlrecht ausgebracht. Der Menschenmenge, die sich auf dem Bahndamme bewegte, folgte zu beiden Seiten auf den Bürgersteigen eine annähernd ebenso große Masse von Männern, Frauen und Kindern, die sich am Rufen und Singen nicht beteiligten, sondern als Zuschauer die auf dem Bahndamme Dahinschreitenden begleiteten. So bewegte sich die Menge, ohne irgendwelche Störungen zu verursachen oder selbst gestört zu werden, durch die Lange- und die Andreasstraße, immer die rechte Seite des Bahndammes innehaltend, nach der Schillingbrücke, dann durch die Köpenicker Straße und bog schließlich in die Adalbertstraße ein. Diese war an der Ecke der Reichthorstraße durch eine starke Schußmannskette gesperrt. Als die Vorderreihen der Menge bis hierher gekommen waren, sah man, daß die Schulleute sie durch Winken zum Zurückgehen aufforderten. Die vordersten Reihen der Menge schritten auch sofort um und die ganze Masse, deren Zahl sich auf dem Wege bis hierher schon erheblich verringert hatte, zog sich langsam zurück, wobei Einzelne Rufe gegen die Schulleute ausließen. Schon war zwischen den Schulleuten und der Volksmenge ein freier Raum von erheblicher Breite entstanden. Die Menge würde sich jedenfalls in kurzer Zeit zerstreut haben, wenn nicht die Polizei durch ihr ebenso grundloses wie durchaus rücksichtsloses und schroffes Vorgehen die Massen aufgereizt hätte. Als die Menge unter Schreien und Rufen den Rückzug angetreten hatte, sah man den Polizeileutnant, welcher die Beamten befehligte, lebhaft und augenscheinlich sehr erregt, mit den Armen gestikulieren. Die Schulleute liefen hin und her. Sie machten den Eindruck einer rat- und führunglosen Truppe, von der jeder das Gefühl zu haben schien, er müsse etwas tun, ohne aber zu wissen, was zu tun sei.

Plötzlich sprangen einige Schulleute vor, schnallten im Rausen die Schuppenketten unter dem Kinn fest und sahten nach dem Säbelgriff. Diesem Beispiel folgten auch die meisten der anderen Beamten. Ein Schrei der Enttäuschung zitterte durch die Volksmenge, die nun in fluchtartigen Eile zurückkam. In wenigen Sekunden war dadurch zwischen den Schulleuten und den Fliehenden ein Raum entstanden, ungefähr so breit wie drei Häuserfronten. Nun zogen die Schulleute blut, stürzten mit hoch erhobenen Säbel

hinter die Fliehenden her und nun spielte sich eine Szene ab, die bei allen, auch bei den an der Sache unbeteiligten Passanten, die lebhafteste Entrüstung hervorrief. Sobald die Schulleute die Fliehenden erreicht hatten, schlugen sie mit Häuten und Säbelgriffen auf Köpfe und Rücken der erschreckten Menschen. Viele stürzten unter dem Anprall dieser Attaken zu Boden. Ja, einige Schulleute packten fliehende Menschen von hinten, warfen sie nieder und stießen sie mit den Füßen. Widerstand wurde den Schulleuten nicht entgegengesetzt. Im Gegenteil. Die Menge stoh vor ihnen und wurde von hinten geschlagen. Selbstverständlich wurden bei dieser Gelegenheit laute Rufe des Protestes gegen das recht- und gefühllose Verhalten der Schulleute ausgestoßen. Auch Schimpfworte fielen aus der Menge.

Bis an die Ecke der Köpenicker Straße ging diese Attake. Hier zerstreute sich die Menge größtenteils nach verschiedenen Richtungen. Der Bahndamm war nach dieser Attake leer. Aber auf den Bürgersteigen befand sich noch eine größere Zahl der unbeteiligten Zuschauer. Mit dem Säbel in der Faust kehrten die Schulleute zurück. Ein Wink des Polizeileutnants, der die Attake nicht mitgemacht, auch nicht blut gezogen hatte, schien zu sagen, daß er den Gebrauch des Säbels nicht billige. Die Waffen wurden in die Scheide gesteckt. Um so kräftiger gingen die Schulleute nun mit Häuten auf die Menschen los, die sich noch in der Adalbertstraße aufhielten. Leute, die auf dem Bürgersteig standen und gar nicht daran dachten, sich der Polizei zu widersetzen, wurden geschlagen und gestoßen. Einige, die ihrer Entrüstung über diese brutale Behandlung Ausdruck gaben, wurden von zwei, drei, ja vier Schulleuten gleichzeitig gepackt und unter Schlägen und Prüfen mit den Häuten abgeführt. In Schanklokale und Hausflure drangen die Beamten ein und trieben Leute, die sich vor den säbelschwingenden Schulleuten dahin gesüchelt hatten, hinaus. In der Türnische des Hauses Adalbertstraße 52 standen vier bis fünf Männer. Mehrere Schulleute stürzten auf sie los und trieben sie weg. Einer der Männer, der eine Einwendung gegen diesen Gewaltakt zu machen schien, wurde von einem Schulleute, der ein Fahrrad an der linken Hand führte, mit der rechten Hand zu Boden geworfen. Der Mann lag mit dem Bauch und Gesicht auf der Erde. Selbst der die Truppe kommandierende Polizeileutnant stieß einen Mann, der an der Nordschwelle stand und vielleicht durch ein Wort den Jorn des Beamten entflammt haben mochte, mit der Faust mehrmals ins Gesicht.

Als die Polizei einige Zeit in dieser Weise gewütet hatte, erschienen auf der Adalbertstraße ein Trupp von 12—15 reitenden Schulleuten, an der Spitze ein Polizeioffizier von sehr martialischem Aussehen. Er zog den Säbel, die Mannschaft folgte seinem Beispiel. Die Säbel hoch erhoben, ab und zu Luststiche ausführend, sprengte die Truppe auf dem Bahndamm und den Bürgersteigen entlang. Schreckensrufe ertönten aus der Menge. Leute stürzten vor den Hufen der Pferde nieder. Bis an die Köpenicker Straße ging die wilde Jagd. Dann sprengten die Verirrten, den Säbel in der Faust, zurück bis zur Brücke.

Die geschilderten Vorgänge währten 10 bis 15 Minuten. Von den Leuten, derentwegen die Polizei einschritt, war anscheinend niemand mehr auf der Straße. Aber das höchst rücksichtslose und unbegründete Vorgehen der Polizei lockte immer neue Menschenmengen aus der zahlreich besetzten Umgebung des Schaulustigen polizeilicher Heldentaten an. Schließlich war es in der Hauptsache die Straßenjugend, die durch Schreien und Jollen die Polizei in Bewegung setzte. Endlich schien sich die unbegreifliche Aufregung der Beamten soweit abgeklüht zu haben, daß sie zu der Einsicht kamen, es sei wohl am besten, wenn sie ihr aggressives Vorgehen einstellen. Die Schulleute stellten sich truppweise an den Straßenkreuzungen auf, verhielten sich passiv und folgliche trat Ruhe und Ordnung ein. Die Menge, die durch die Angriffe der Polizei zu lebhaften Keuperungen der Entrüstung veranlaßt worden war, verhielt sich nunmehr vollkommen ruhig und verließ sich nach und nach. Dann rückte auch die Polizei ab und die Wegend hatte wieder ihr gewöhnliches Aussehen.

In der Provinz.

Der Protest der Breslauer.

Eine imposante und mächtige Kundgebung veranstaltete die Breslauer Arbeiterschaft gegen das Opfer der spanischen Justizherrscher am Sonntagmorgen. Ueber 8000 Personen hatten sich zu einer Protestversammlung unter freiem Himmel eingefunden. Nach den äußerst glänzenden Referaten des freireligiösen Predigers Tschirn und des Genossen Schiller wurde folgende Resolution angenommen:

Die heute in Breslau tagende Volksversammlung verdammt den furchtbaren Justizmord an dem spanischen Schulmann und Freiender Ferrer. Da dieser Mord auf Betreiben spanischer Mönche zurückzuführen ist, da sich in dieser Ermordung der ganze böserfüllte Geist der Kirche entkühlt, spricht die Versammlung ihren tiefen Abscheu gegen dieses sogenannte Institut der Nächstenliebe aus. Da weiter die deutsche katholische Presse diesen Mord an Ferrer ebenfalls verherrlicht, ja sich sogar nicht schämt, den Helben Ferrer noch im Tode zu beschimpfen, so gilt auch die Verachtung der heutigen Massenversammlung der deutschen katholischen Presse.

In Anbetracht dieser internationalen Schamlosigkeit des Pfaffenstums hält es der wirklich freiheitlich gesinnte Teil der Breslauer Arbeiterschaft für eine Ehrenpflicht, mit allen Mitteln die geistige und politische Befreiung auch des deutschen Volkes anzustreben.

In diesem Sinne lautet die Forderung der heutigen Protestversammlung: „Nieder mit der Verherrlichung des Klerus! Hoch die Freiheit der Wissenschaft und die wirklich fortschrittliche Entwicklung der Nation!“

Einstimmig stimmte die vom besten Geiste besetzte Versammlung der Resolution zu und brausend erlang zum Schluß das Hoch auf die Freiheit der Wissenschaft, auf die Freiheit der Völker in den klaren Oktoberhimmel hinein. Die Polizei von Breslau war wie immer vergebens in sehr großer Anzahl erschienen, aber unfruchtbar. Weitere Protestversammlungen in der Provinz folgen in den nächsten Tagen.

In Nürnberg fanden am Sonntag früh zwei große Protestversammlungen gegen die Hinrichtung Ferrers statt, die sich zu eindrucksvollen Massenkundgebungen gestalteten. Die beiden Säle waren total überfüllt. Die Genossen Eisner und Dr. Weill sprachen über „Der spanische Justizmord und das deutsche Zentrum“. Die Versammlungen waren sich einzig in der Entrüstung über das gräuliche Verbrechen des spanischen Klerikalismus und in der unbedingten Verurteilung der deutschen Zentrumspreffe, die den deutschen Namen dadurch gefährdet hat, daß sie diesen Mord besühlet und verteidigt. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die Versammlung weist dem



Oxyer der spanischen Inquisition, dem Vorkämpfer geistiger  
Auffklärung in dem von tiefem Aberglauben und finsterner  
Unwissenheit belasteten spanischen Volk, dem hingemordeten Kämpfer  
gegen die tausendjährige Herrschaft des Pfaffenstums und des ihm  
untertänigen Königs, dem schuldlosen Märtyrer menschlicher Freiheit  
und Gerechtigkeit, Ferrer, ihre unvergängliche Verehrung. Sie erklärt es  
für eine unauflöschliche Schmach des zivilisierten Europa, daß alle  
diefe massenstarkenden Mächte es nicht zu verhindern gewohnt haben,  
daß dieses Verbrechen an der Menschheit geschehe. Sie erklärt es  
für eine dem deutschen Namen zugesagte Beschimpfung und Be-  
schämung, daß eine in deutscher Sprache schreibende Presse und eine  
in deutschen Parlamenten mächtige Partei — das Zentrum — dem  
spanischen Justizmord lauten Beifall gezollt, in widerlichen Verleumdungen  
und unflätigen Schmähungen die Ermordung Ferrers erst ge-  
fordert und nach geschehenem Verbrechen bejubelt hat. Die Versammelten  
geloben mitzuwirken, daß unschuldig vergossenes Blut gesühnt wird,  
indem sie an dem lebensgefährlichen und bis zum endlichen Siege  
durchzuführenden Kampfe gegen die deutsche Finsternis teilnehmen  
und die Parteien der Ausbeutung und Unterdrückung in Deutschland  
niederbringen. So verpflichten sich die Versammelten, an ihrem Teile  
mitzuhelfen an dem schweren, opferreichen Kampfe der spanischen  
Brüder gegen die militaristische, clerikale und monarchische Reaktion.

In Ebersfeld-Barmen wurden zwei Versammlungen unter freiem  
Himmel abgehalten, die zusammen von zirka 7000 Personen besucht  
waren. Die Redner Genossen Gewehr und Kräger brand-  
markten nicht nur die spanische Republik, sie gingen auch mit  
den deutschen Ultramontanen, den evangelischen Orthodoxen scharf  
ins Gericht. Eine Resolution gegen das Treiben des Klerikalismus  
sah einstimmige Annahme.

In Stettin fand gleichfalls Sonntag abend eine gewaltige  
Demonstration statt. Lange vor Beginn der Versammlung war der  
große Saal bereits überfüllt, daß viele keinen Einlaß mehr finden  
konnten, weil das Lokal polizeilich abgesperrt war. Viele wählten  
sich trotzdem zu helfen und blieben im Garten an den geöffneten  
Fenstern des Lokals stehen, so daß sie von dort den Vortrag mit an-  
hören konnten.

Dortmund. Die Generalversammlung des Wahlkreises Ham-  
Soest nahm eine scharfe Resolution gegen die Hinrichtung  
Ferrer's an.

In Wilhelmshaven nahm ebenfalls eine Volksversammlung  
Stellung zu den Vorgängen in Spanien. In einer Resolution  
wurde der spanischen Regierung der tiefe Abscheu über die feige  
Ermordung Ferrers ausgesprochen und den Opfern der grausam  
niedergeschlagenen Revolution in Barcelona Teilnahme dargebracht.

### In Frankreich.

#### Der Pariser Demonstrationsumzug.

Paris, 17. Oktober. (Fig. Ver.) Die Kundgebungen des  
Pariser Proletariats gegen das spanische Nordregime haben heute  
in dem von der sozialistischen Seine-Föderation organi-  
sieren Protestumzug ihren Höhepunkt erreicht. Mindestens  
50 000 betrug die Zahl derjenigen, die sich um 2 Uhr nach dem  
Hauptplatz drängten. Andere Tausende fügten sich unter-  
wegs in den Zug ein und in dem noch Hunderttausenden zählenden  
Spazier kam die Sympathie mit seinen Tendenzen wiederholt zu  
lauter Kundgebung. Das engherzige Polizeisystem, das sich vom  
Reichsreich her durch alle Wälder der dritten Republik fortgeerbt  
hat, hatte sich diesmal eine kleine Konzession abringen lassen. Der  
öffentliche Aufzug war hergestellt worden — angesichts der  
Erbitterung der Massen hatte die Regierung allerdings auch keine  
andere Wahl. Der wohlorganisierte Ordnungsdienst der Partei sorgte  
dafür, daß der Demonstration der Charakter vollkommener Ferial-  
lichkeit bewahrt wurde. Auf den verschiedenen Sammelplätzen  
waren Vertrauensmänner der Partei tätig und die Zugänge zur  
spanischen Volkspartei waren durch einen doppelten Skordon von Ord-  
nern abgesperrt. Die Polizei glaubte ein übriges tun zu müssen  
und hatte ihre ganze Mannschaft in herausfordernder Art in Ver-  
wendung gestellt. Auch waren große Militärmassen herangezogen  
worden. Die Demonstranten hielten indes diesen Aufreizungen  
dauend stand. Die Entschlossenheit, die Kundgebung würdig durch-  
zuführen und damit das Recht des Pariser Proletariats auf die  
Straße für die Zukunft zu sichern, war allgemein.

Von ganz unbedeutenden Zusammenstößen in der Nähe der  
spanischen Volkspartei und im Zuhilfenahme abgesehen, ist die  
Manifestation ohne Störung und in geradzogiger Weise  
durchgeführt worden. An der Spitze des Zuges gingen die Pariser  
sozialistischen Deputierten und Gemeinderäte. Ihnen folgten in  
dichten Reihen die Genossen, unter ihnen zahlreiche Frauen, unter  
dem Gesang der „Internationale“. Auch Schreie auf Ferrer und  
der Ruf: „Nieder mit den Pfaffen!“ wurden immer wieder laut.  
Der Zug marschierte den vorgezeichneten Weg von den äußeren  
Boulevarde des Nordens in die innere Stadt hinab, an der Made-  
leine-Kirche vorbei und durch die vornehme Rue Royale bis zum  
Concordplatz, der einst die Hinrichtung Ludwigs XVI. gesehen  
und den Namen Revolutionsplatz getragen hat. Hier lösten sich die  
Massen ruhig auf.

Die ganze Veranstaltung war nicht nur eine mächtige Kund-  
gebung internationaler Kulturpolitik, sondern auch eine ein-  
drucksvolle Kraftprobe der sozialistischen Partei, deren  
Kauf im Pariser Proletariat ein solches Gebrüde gefunden hat. Die  
reaktionäre Presse hat so unendlich nicht, wenn sie auf ihre heutige  
Ausgabe die hervorhebende Ueberschrift setzt: „Der Tag der  
Revolutionäre.“

Aus mehreren Provinzstädten werden ebenfalls  
Kundgebungen gegen die Hinrichtung Ferrers gemeldet.  
Ersche Zwischenfälle sind auch dort nicht vorgekommen.

### In Belgien.

Brüssel, 17. Oktober. (Fig. Ver.) Den Höhepunkt der hiesigen  
Demonstrationen für Ferrer bildete der heutige, von der Brüsseler  
Föderation veranstaltete Demonstrationsumzug. Das ganze  
antiklerikale geistige Brüssel war in den Straßen — und die Straßen  
waren, überall wo der Zug passierte, laibhaftig besetzt von Menschen,  
die die Demonstranten begrüßten und all die zahlreichen Inschriften  
und Slogans allmählich, die sich auf die Ermordung Ferrers, auf  
die Pfaffenherrschaft und die Missetaten des klerikal-militaristischen  
Systems bezogen.

An der Spitze des Zuges schritt eine Abordnung sozia-  
listischer Deputierter. Alle Partigruppen und Gewerkschaften  
waren vertreten und den mächtigen Zug entlang flatterten  
die roten Fahnen.

Der Demonstration ging ein gleichfalls von der Brüsseler  
Föderation einberufenes Meeting voraus, in dem der Sekretär  
des Internationalen sozialistischen Bureaus, Genosse Guymans,  
gegen den an Ferrer verübten Mord protestierte.

In der Kammer wird Genosse Furnemont in der Sache  
Ferrer zu einer Interpellation an die Regierung das Wort ergreifen.  
Erwähnt sei auch, daß in vielen Orten Belgiens von unseren Ge-  
nossen in den Gemeinderäten Proteste eingebracht wurden. — In  
Brüssel hat sich ein Komitee, dem auch die sozialistischen Deputierten  
Denis, Lervagne und Furnemont angehören, gebildet,  
das ein Sädhnenmal errichten soll.

Lüttich, 17. Oktober. Heute wurde auch hier eine Protest-  
kundgebung gegen die Hinrichtung Ferrers veranstaltet. Ein Trupp  
von Aufsehern zertrümmerte die Fenster zweier Häuser und ver-  
wüßte die Gasse einer Kirche, deren Tür er erbrochen hatte.

### In Holland.

Amsterdam, 17. Oktober. Nach einer Protestversammlung gegen  
die Hinrichtung Ferrers, die von Sozialisten ver-  
anstaltet worden war, begaben sich die Teilnehmer in geschlossenem  
Zuge nach dem spanischen Konsulat, wurden aber von der  
Polizei, die die dem Konsulat benachbarten Straßen besetzt hielt,  
bald zerstreut. Ein Trupp von Demonstranten begab sich nach den

Bureau der katholischen Zeitung „Lyd“ und zer-  
trümmerte durch Steinwürfe die Fensterscheiben.

### In England.

#### Die Demonstration in London.

London, 17. Oktober. Der Trafalgar Square war heute der  
Schauplatz einer großer Protestkundgebung, bei der die  
Hinrichtung Ferrers von Abgeordneten und sozialistischen Partei-  
führern in heftigen Reden verurteilt und König Alfons als  
blutiger Mörder bezeichnet wurde. Ein großes Polizeiauf-  
gebot war zur Stelle, die Ruhe wurde nicht gestört.

Nach der Protestversammlung auf dem Trafalgar Square  
zogen etwa 10 000 Demonstranten nach der spanischen Bot-  
schaft, wobei es zu Zusammenstößen mit den starken  
Polizeimannschaften kam, die die Straßen im Umkreise  
der spanischen Botschaft absperren. Die Polizei bemächtigte  
sich aller von den Demonstranten mitgeführten Banner, vernichtete  
sie und suchte die Menge durch wiederholtes energisches Vorgehen  
zu zerstreuen. Die Demonstranten zogen insfolgedessen nach dem  
katholisch-katholischen Dom, vor dem sie ihre Kundgebungen fort-  
setzten, bis sie von der Polizei, die inzwischen Verstärkung erhalten,  
auseinandergetrieben wurden.

### In Uruguay.

Montevideo, 18. Oktober. Gestern wurde hier eine Protest-  
versammlung gegen die Hinrichtung Ferrers abgehalten, nach  
deren Beendigung zwei tausend Demonstrationen vor die  
spanische Gesandtschaft zogen und sie mit Steinen  
bewarfen. Die berittene Polizei gab zahlreiche Schüsse  
ab. Fünf Personen wurden verwundet.

## Genossenschaftswesen.)

Unter „Schulze-Delitsch'schen“ Genossenschaften versteht man  
eine besondere Art und Richtung der deutschen Wirtschaftsgenos-  
schaften: die Kredit- und alle Kleinbürgerlichen Genossenschaften,  
die auf Selbsthilfe beruhen. Wir finden sie in der Hauptsache orga-  
nisiatorisch zusammengefaßt im Allgemeinen Verband deutscher  
Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, an dessen Spitze der  
freisinnige preussische Landtagsabgeordnete Dr. O. Krüger-Char-  
lottenburg steht. Der Name Schulze-Delitsch bezeichnet ein Prin-  
zip im deutschen Genossenschaftswesen, das sich sowohl gegen die  
modernen Arbeiterkonsumvereine, wie auch gegen die vom Staat  
unterstützten landwirtschaftlichen Genossenschaften richtet. Mit den  
ersteren hat es gemein die strikte Bemerkung der Unterstützung  
aus Staatsmitteln, mit den letzteren die Förderung der Interessen  
des sogenannten Mittelstandes in Handel und Gewerbe. — Schulze  
wird der „Vater“ des deutschen Genossenschaftswesens genannt.  
In diesem Schlagwort liegt viel Uebertreibung. Der Verfasser  
des vorliegenden Werkes hat sich die Aufgabe gestellt, eine mög-  
lich objektive, rein wissenschaftliche Würdigung der Entstehung  
und Entwicklung der Schulze'schen Genossenschaften zu geben.  
Im wesentlichen ist ihm das gelungen. Besonders wichtig und  
interessant ist, wie die Entstehung der Genossenschaften aus den  
Zeitverhältnissen und aus der wirtschaftskapitalistischen Entwic-  
lung heraus erklärt und nachgewiesen wird. Dadurch ist eine  
Legende zerstört, die in einer unmäßigen Ueberschätzung der Person  
gipfelt, und die auch in Konsumvereinskreisen vielfach noch Boden  
hat. Schulze's große Verdienste um die Sache wird darum niemand  
verkennen.

„Der Schulze-Delitsch'sche Genossenschaftsgedanke ist zähtlich an  
den Beginn der Lebensgeschichte des deutschen Handwerks geknüpft.“  
Diesen Satz stellt der Verfasser an die Spitze seiner Ausführungen.  
Er weist dann weiter nach, wie das Sprengen der Fesseln, die den  
großkapitalistischen Betrieb hinderten, ebenfalls in diese Zeit fällt.  
Das Aufkommen der Gewerbefreiheit war eine wirtschaftliche Not-  
wendigkeit, die den seiner Privilegien beraubten Kleinhand-  
werker in arge Bedrängnis brachte. Das Bedürfnis in diesen  
Kreisen nach Hilfe war groß. Wer diese Hilfe in irgendeiner Form  
bringen konnte, mußte als Mann der rettenden Tat erscheinen. Das  
war Schulze diesen Kreisen mit der Propagierung und Empfehlung  
seiner Genossenschaften: der Vorkauf- und Kreditvereine. Sie  
tragen ausgeprägt kleinbürgerlichen Charakter und haben den  
Zweck, die produktiven und handeltreibenden Kreise des kleinen  
Mittelstandes widerstands- und leistungsfähiger gegenüber dem  
Großkapital zu machen. Dem Privatkapital wird das Genossen-  
schaftskapital gegenüber gestellt. So ungefähr muß man sich das  
Wesen jener Genossenschaften vorstellen, die in erster Linie Schulze  
vorschwebten. Diese Ansicht entspricht auch seiner Auffassung als  
liberaler Politiker der damaligen Zeit. Andere Genossenschaften,  
besonders die Konsumvereine, sind ihm stets nur mehr Neben-  
sache gewesen. „Die Ursache der immer größer werdenden Notlage des  
Kleinhandwerkes erblickt er in dem vordringenden Grob-  
betriebe: in der Fabrik, die den kleinen Handwerkerbetrieb aus-  
zuschalten trachte, und in dem kaufmännischen Magazin, das sich  
den Handwerker dienstbar zu machen suchte, und ihm so seine alte  
Selbständigkeit und einen großen Teil seines alten Verdienstes  
raubte. Schulze-Delitsch war nun von der Lebensfähigkeit  
des Handwerks auch in Zukunft fest über-  
zeugt.“ So meint der Verfasser.

Im Grunde und rein volkswirtschaftlich genommen ist also  
die Schulze'sche Genossenschaftsidee nicht fortschrittlich; sie will viel-  
mehr überholte Wirtschaftsformen mit Hilfe der Genossenschaft  
konserbieren. Allerdings unter Abweisung jeder materiellen  
Staatshilfe, nur durch Zusammenschluß der Bedrängten. Insofern  
unterscheidet sich Schulze recht vorteilhaft von den modernen  
Mittelstandspolitikern. Auch die Wiederbelebung des Zunftgedankens  
verwarf er entschieden, wie Dr. Fink feststellt. Er meint, Schulze's  
„großes Verdienst liegt allein in der Art der Durchführung der  
Genossenschaft, in seinem betriebsmännlichen praktisch-organi-  
satorischen Talent... Die große Schwäche der vor 1840 angeleg-  
ten Experimente hatte er sofort klar erkannt.“ Diese Experimente  
bestanden darin, Genossenschaften unter allerhand fremder Hil-  
fe zu gründen, denen dann die sichere Basis des Fortbestehens  
und der gesunden Weiterentwicklung fehlte. In einem Punkte  
hat Schulze freilich hart geirrt. Er lebte in dem Gedanken, daß  
die Produktions-Genossenschaften der Kleinhandwerker die  
Kernung des ganzen genossenschaftlichen Gebäudes werden müßten.  
Heute wissen wir schon längst aus der Erfahrung, daß die ge-  
nosenschaftliche Produktion zur Voraussetzung des organisierten  
Konsum hat, daß in anderen Falle Produktionsgenossenschaften selten  
recht lebensfähig sind. In bezug auf die Produktionsgenossenschaften  
sah Schulze übrigens im scharfen Gegensatz zu Lassalle, der be-  
kannlich Staatshilfe für solche Betriebe forderte.

Daß die „in die Augen springenden Vorzüge“ und die „kapitale  
Ueberlegenheit des Grobbetriebes“ nicht einfach auf Genossen-  
schaften übertragen werden können, und etwa das Genossenschafts-  
prinzip den Sieg über das großkapitalistische davon tragen könnte,  
betont der Verfasser Schulze gegenüber, der in dieser Hinsicht „die  
wahren Ursachen der großen Handwerkerbedrängnis von vornherein  
nicht klar erblickt“ habe. Er habe über das Wesen des Grobbetriebes  
„eine sonderbare Auffassung“ an den Tag gelegt. Den Kapitalis-  
mus wollte er mit Kredit und Genossenschaftskapital überwinden,  
die freie Konkurrenz schädliche nur darum das Handwerk so sehr,  
weil dieses ihr „nicht gewappnet“ gegenüberstehe.

Die Kennzeichnung der Schulze'schen Auffassung ist durchaus  
richtig. Sie ist auch nötig im Interesse der Reifeit und beein-  
trächtigt nicht die Verdienste um das deutsche Genossenschaftswesen,  
die Schulze, wie bereits bemerkt, trotzallem zugesprochen werden  
müssen. Er hat sie besonders als Organisator und als Jurist.

\*) Das Schulze-Delitsch'sche Genossenschaftswesen und die mo-  
dernen genossenschaftlichen Entwicklungstendenzen. Von Dr.  
Richard Fink. Verlag von G. Fischer in Jena. 368 Seiten. Preis  
7 Mark.

Die ganze heutige Genossenschaftslehre Deutschlands ist stark  
von ihm und seinen Helfern beeinflusst. Vor dem aber hatte  
Schulze heftige Kämpfe mit den herrschenden Mächten zu be-  
stehen, die in den Genossenschaften staatsunförmige Tendenzen  
vermuteten, oder aus bestimmten Absichten sie ihnen unterstellten.  
Der Kampf gegen den in der Fortschrittspartei organisierten Libe-  
ralismus, der damals unter starkem Einfluß Schulze's in heftiger  
Opposition gegen den Staat stand, wurde übertragen auch auf die  
rein wirtschaftliche Ziele verfolgenden Genossenschaften. Man  
identifizierte die Sache mit der sie fördernden Person. In dieser  
Beziehung ähneln die damaligen Verhältnisse sehr denen, die heute  
zwischen den „sozialdemokratischen“ Konsumvereinen der Arbeiter  
und der besitzenden Klasse bestehen. Alles, was von Sozialdemo-  
kraten angefaßt und unterstützt wird, ist verdächtig, und muß be-  
kämpft werden. Dr. Fink zitiert einen Ausspruch des preussischen  
Herrnhausmitgliedes von Kleip. Meyow, der zu der Ge-  
nosenschaftslehre im Jahre 1867 erklärte: „Die Genossen-  
schaften sind eine Organisation eines Staates im Staate, unter  
einem Führer, welcher der Staatsregierung wie der Kirche  
feindlich gegenübersteht.“ — Die „freisinnigen“ Schulze-Delitsch's-  
chen Genossenschaften sind heute vor solchen Vorwürfen  
ganz sicher. Sie sind vielmehr Liebkind der besitzenden  
und herrschenden Klasse geworden; in ihrer Lage befinden sich jetzt  
die Arbeiterkonsumvereine. Sie werden sogar von den Kleinbürger-  
lichen Genossenschaftspolitikern mit denunziert und belämpft; die  
Meinung, daß „die Genossenschaft der Friede“ sei, ist nichts weiter  
als eine irreführende Phrase. Auch der Verfasser kann sich dieser  
Tatsache nicht verschließen, wenn er auch wünscht, daß es in Zu-  
kunft doch noch anders werden möge.

Das Werk Dr. Fink's will den „Kernpunkt der Untersuchung“  
ruhend wissen in den letzten vier Kapiteln, in denen Stellung ge-  
nommen wird zur Bedeutung des Genossenschafts-  
wesens in der gegenwärtigen und künftigen  
Zeit. Von der volkswirtschaftlichen Bedeutung Schulze-Delitsch's-  
cher Genossenschaften wird eine starke Befensänderung festgestellt,  
die zum guten Teil ihre Ursachen in dem Aufkommen loser ge-  
nosenschaftlicher Organisationen auf dem Gebiete des Handels  
zu haben scheint. Im übrigen mühten sich die bürgerlichen Ge-  
nosenschaften immer mehr modernen kapitalistischen Verhältnissen  
anpassen, nicht etwa umgekehrt, wie manche Genossenschafts-  
optimisten meinen. Doch im einzelnen interessieren diese Parteien  
des Buches hier nicht weiter.

Ein besonderes Kapitel ist der „Handwerker-genossen-  
schaftsfrage“ gewidmet. Es war die Frage aufgeworfen:  
„Kann die Genossenschaft überhaupt als Hilfsmittel im Lei-  
denskampf des deutschen Kleinhandwerkes in Betracht kommen —  
und dann inwiefern?“ Die Handwerkerfrage ist Ausgangspunkt  
des ganzen Schulze'schen Systems, wie bereits oben dargelegt.  
Daraus ergab sich auch das allen Kleinbürgern dienende Prinzip  
der Vorkauf- oder Kreditvereine, das schließlich die anderen Ge-  
nosenschaftsarten in den Hintergrund drängte. — Die eben er-  
wähnte Frage wird unter eingehender Darlegung der Verhältnisse  
und nach Hinweis auf Aeußerungen bekannter Genossenschafts-  
politiker besetzt. Aber nur dann, wenn sich diese Genossenschaften  
nach den modernen privatrechtlichen Geldinstituten richten,  
den Banken, die als starke Konkurrenten der Kreditgenossenschaften  
auftreten. Das ist charakteristisch!

Auch „die moderne Konsumvereinsbewegung“  
wird in einem Abschnitt ausführlicher behandelt. Was über die  
Entwicklung der deutschen Konsumvereine gesagt ist, wird in der  
Hauptsache den Lesern sozialdemokratischer Zeitungen und anderer  
Literatur bekannt sein. Gegen diese Darstellung sind wesentliche  
Einwände nicht zu erheben. Es ergibt sich daraus mit unabweisbarer  
Gewißheit, daß die Konsumvereine in Deutschland nur von den  
Arbeitern getragen und zur Blüte gebracht werden können.  
Es kommt eben nicht darauf an, daß die Menschen als Konsumenten  
gleich sind, sondern ob sie auch in dieser Beziehung das gleiche  
Interesse haben. Natürlich haben Staatsbürger mit spär-  
lichem Einkommen ein eminent größeres Interesse am Konsum-  
verein, als Angehörige der besitzenden Klasse, die nicht nötig haben,  
mit Groschen und Pfennigen zu rechnen. Dabei kommt es auch,  
daß die deutschen Konsumvereine zu 75 Proz. aus Arbeitern und  
zu einem Viertel aus anderen Angehörigen der besitzlosen  
Klasse bestehen. Es wird ferner gerade von diesem rein wirt-  
schaftlichen Gesichtspunkt aus der „tiefe Befensunter-  
schied“ erklärt, der zwischen den Konsumvereinen und Schulze-  
Delitsch'schen Genossenschaften besteht. Diese wollen den  
selben Mittelstand mit genossenschaftlicher Selbsthilfe retten, den  
die Konsumvereine ihrem ganzen Prinzip nach ausschalten. Das  
gibt Krieg, nicht Frieden, und die einzige große Genossenschafts-  
welt kann nur bei Träumen existieren, zu denen Dr. Fink offen-  
bar nicht gehört. Er bringt den Konsumvereinen wohlwollendes  
Interesse entgegen, prophezeit ihnen eine große Zukunft, wobei  
er allerdings einige Male entgleist. So, wenn er meint, die Ar-  
beiter hätten schließlich zu den Konsumvereinen ihre Zuflucht ge-  
nommen, weil sie nicht länger auf „das Eintreffen des sozialdemo-  
kratischen Zukunftsstaates“ warten wollten. Wir brauchen das  
Unsinvolle solcher Behauptung hier nicht besonders nachzuweisen.  
Von einigen wenigen auf gleicher Tiefe stehenden Bemerkungen  
abgesehen, kann man die Darstellung der Entwicklung der Kon-  
sumvereine als richtig und recht interessant bezeichnen. Eine  
große selbständige Arbeiterkonsumvereinsbewegung mit starker  
Betonung der prinzipiellen wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter  
wird als durchaus natürlich, selbstverständlich angesehen. Auch  
in dieser festen Geschlossenheit liegt ein Teil der Stärke der Kon-  
sumvereine. Der Verfasser sagt, wie auch wie oft betont haben,  
daß es ein Übel ist, Genossenschaften aller Berufsgruppen und  
Klassen mit sehr verschiedenen Interessen unter einen Hut bringen  
zu wollen. In dieser Systemlosigkeit habe ein großer Fehler der  
Schulze'schen Genossenschaften gelegen, der früher oder später zu  
inneren Konflikten führen mußte. Der größte war die Losrennung  
der Konsumvereine, die heute in einer besonderen Organisation  
ihre eigenen Wege gehen.

Das Buch Dr. Fink's kann als eine Bereicherung der genossen-  
schaftlichen Literatur bezeichnet werden. Es ist das beste Werk,  
das seit Jahren auf diesem Gebiete erschienen ist.

Dr. F. Fink.

### Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom  
Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am		Wasserstand	am	
	17.10.	16.10.		17.10.	16.10.
Bemmel, Mühl	102	+9	Saale, Großh.	136	-18
Bregel, Ansburg	-37	0	Davel, Ebnan	46	-6
Beitel, Thom.	84	+10	Nathem	—	—
Ober, Rathen	112	-3	Spre, Spremberg	—	—
Proffen	92	-5	Veetow	72	-1
Frankfurt	109	-2	Weser, Minden	-19	-22
Waldh., Schimm.	22	0	Weser, Minden	62	0
Landberg	-11	-1	Rhein, Reginiansau	458	-6
Rege, Gerdamm	-16	-2	—	—	—
Elbe, Zeitmerz	-14	-4	—	—	—
—	-134	-4	—	—	—
—	150	+5	—	—	—
Wagdeburg	118	+6	—	—	—

+) + bedeutet Hoch. — Fall. — ) Unterpegel.

Wintlicher Marktbericht der Königl. Markthallen-Direktion über  
den Großhandel in den Central-Markthallen. Marktlage: Gleich:  
Zukunft reich, Geschäft reg., Preise für Brod- und Backwaren anziehend,  
sonst unverändert. Milch: Zukunft mäßig, Geschäft reg., Preise auf-  
wärtig. Futur genügend, Geschäft schleppend, Preise schwachend.  
Wolle: Zukunft genügend, Geschäft gedehnt, Preise nachgebend. Butter  
und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemahlte, Öl und  
Säbfrüchte: Zukunft genügend, Geschäft reg., Preise wenig verändert.



# Gardinen-

Spezialhaus

**Emil Lefèvre**

Berlin, Oranienstr. 158

## Riesen-Auswahl

Abgepaßte Fenster = 2 Flügel  
à Fenster 2, 50, 3, 35, 4, 65 - 150 M.  
Ganze Stücke = 22 Meter Länge  
à Stück 9, 50 - 11, 16 - 40 M.

Gardinen, Portieren, Storen,  
Vitrinen, Tüllbettedecken etc.  
Einzelne Fenster spottbillig. \*

Mein neuer

Pracht-Katalog  
mit ca. 650  
Abbildungen gratis u. franko.

# Husten

Heiserkeit, Katarrh, Krampfhusten  
bejähren die ärztlich erprobten


**Kaiser's Karamellen**

5500 not. begl. Zeugn. beim den  
sic. Erfolg. Vater 30 Pf.  
Dafür angebotenes neue energisch  
zurück zu erhalten in Apotheken  
und Drogerien. 114/6\*

Vertreter und Lager

**Rich. Thiele**

Berlin S. 53, Bärwaldstr. 8,  
Telephon Amt IV Nr. 19.



**KUNEROL**

Nur unter diesem Namen

der auf allen Packeten, Dosen, Fässern  
angebracht ist. Kaufe man  
**KUNEROL** das feinste Cocosseifensalz  
zum Brauen, Backen, Kochen.

Generalvertreter für Groß-Berlin: **Erich Ströckorb**, Berlin SW., Kreuzbergstr. 30. Tel. A. 6, 3718.

Höchste Anerkennung  
finden bei allen Rauchern

# Manoli

Cigaretten

Spezialmarken:  
**Dandy, Fix, Chic, Gibson Girl.**

Eingeführt von 11911,\*  
den französischen u. italienischen staatl. Tabak-Regien.



**PALMONA**

**KUH-BUTTER**

**Schweinefett**

WA. P. HONNY.

Zuerst  
kommt **Palmona**,

denn sie ist reine  
Pflanzen-Butter-Margarine,  
ersetzt die unerschwinglich teure  
Kuhbutter vollkommen und übertrifft  
alle anderen Fette an Reinheit  
und Wohlgeschmack.

**H. Schlink & Cie. H. & G.**  
Alleinige Produzenten von •Palmin• und  
•Palmona•



*Wir kochen*

*brauen*

*backen mit*

# PALMIN

**H. Pfau, Bandagist**  
Berlin, Direksenstraße 20  
C., zwischen Bahnh. Alexanderplatz und  
Goltzestr. - Amt VII, 18799  
Für Damen Frauen-Bedienung. \*  
Lieferant für alle Krankenkassen.

**Leihhaus**  
Geldgenossenschaft vorfall. Gold-  
und Silbersachen, Brillanten etc.  
Seit 25 Jahren Prinzenstr. 28 I  
Ecke Ritterstr.

**Arbeiter-  
Notiz-Kalender  
1910**

Geb. 50 Pf. Porto 10 Pf.

Ein nützlicher Ratgeber, ein un-  
entbehrliches Nachschlagewerk  
für alle in Partei und Gewerk-  
schaften organisierten Arbeiter.

Der diesjährige Kalender ent-  
hält u. a.: Die Reichstags-  
wahlen 1907 und die Nachwahlen.  
- Stimmenzahl der einzelnen  
Parteien bei der letzten Wahl und  
Stärke der Fraktionen. - Biogr.  
Notizen unserer Reichstagsab-  
geordneten. - Die bürgerlichen  
Parteien Deutschlands. - Aus  
den sozialdemokratischen Or-  
ganisationen. - Preissteige-  
rung und Arbeitslohn. - Was  
die Berufstätigen wissen. -  
Sozialdemokratische und Gemein-  
schaftspresse. - Die Gewerk-  
schaften Deutschlands. - Inter-  
nationale Streik- und Gemein-  
schaftsbewegung im Jahre 1908.  
- Adressen der Arbeiter-Refek-  
tariate und der Vorstände der  
Zentralverbände. - Adressen der  
deutschen sozialdemokratischen  
Vereine im Auslande. - Die  
deutschen Gewerkschaften. -  
Kalendartum und Gesichts-  
kalender. - Portotage. - Die-  
seitsiges Abrechnenmaterial.  
Außerdem enthält der Kalen-  
der ein künstlerisch ausgeführtes  
Bekanntmachung sowie die Porträts  
der in Nachwahlen gewählten Ge-  
nossen Dinter, Kubier u. Schöpslin.  
zu beziehen durch jede Partei-  
buchhandlung und bei den Re-  
porturen.

Der Verlag:  
Buchhandlung Vorwärts  
Berlin SW. 6.


Die weitgehendsten Ansprüche  
und die verwöhnteste Geschmackswichtung werden befriedigt  
durch unsere

# JOSETTI VERA

CIGARETTEN

Wie kaum ein anderes Fabrikat sagen sie auch dem empfindlichsten  
Raucher zu, weil bei ihrer Herstellung in außerordentlichem Maße  
auf Erreichung aller derjenigen charakteristischen Eigenschaften  
Bedacht genommen ist, die ausschließlich Merkmale feinsten Qualität  
sind und nur bei allerbesten Marken gefunden werden. Diese besitzen  
sie jedoch so vollkommen und in so hohem Grade, daß hierin einer  
der wichtigsten Gründe für ihre außerordentliche  
Beliebtheit zu finden ist.

Josetti Vera m. u. o. M. 10 St. 30 Pf.



**Eine Mark**

wöchentl. Teil-  
zahlung liefert  
elegante fertige  
**Herren-  
Moden**

Ersatz für Mass.  
Massenfertigung.  
Feinste Verarbeitung  
unter Leitung, ersikl.  
Schneidermeister.

**J. Kurzberg**  
Rosenthalerstr. 40,  
I. Etage, direkt am  
Hackeschen Markt.  
Kein Waren-  
Kredit - Kass.  
Bei Barsahlung  
- 10% Rabatt!



**Achtung, Vereine!**

Umstandshalber ist mein Saal,  
350 Personen fassend, mit großer  
Bühne, am Sonntag und  
ersten Weihnachtstages frei  
geworden.

**Moabiters Bürger-Säle,**  
Beusselsteine 9. J. Kirschkowski.  
Von der Reile zurück 117/10\*

**Augenarzt Dr. Nacht,**  
Stigdorf, Bergstr. 153.

**Carmen Sylva**  
Cigaretten  
Beste Qualitäten



**Bruch-Pollmann**  
empfiehlt sein Lager in Bruch-  
bandagen, Leibbinden, Ge-  
radhalter, Spritzen, Suspensionen  
sowie sämtliche Artikel zur Kranken-  
pflege. Eigene Werkstatt. Lieferant  
für Ortho- und Hilfs-Krankenkassen.  
Berlin N.,  
Lehringstr. 60.  
Alle Bruchbänder mit elastischen Be-  
loten, angenehm u. weich am Körper.

**Möbel** auf Teilzahlung  
(geringe Anzahlung)  
**M. Goldstaub**  
Zossener Str. 38 pt. u. 1 Tr.  
Ecke Gneisenaustraße.  
Kein Abzahlungsgeschäft!

Anerkannt  
größte Rücksicht  
bei  
Arbeitslosigkeit  
und  
Krankheit.



# Wähler-Versammlungen.

Dienstag, 19. Oktober, abends 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr:

## 5. Landtagswahlbezirk

„Sanssouci“, Kottbuser Straße 6

Referent: Landtagsabgeordneter Ströbel.

## 6. Landtagswahlbezirk

„Markgrafen-Säle“, Markgrafendamm 34

Referent: Stadtverordneter Hugo Keimann.

Tages-Ordnung:

1. Preussische Wirtschaft unter dem Dreiklassen-Wahlrecht.
2. Freie Diskussion.

Alle Wähler sind freundlichst eingeladen.  
Die Wahlkomitees.

# Zentralverband der Maurer Deutschlands.

Zweigverein Berlin.

## Sektion der Gips- und Zementbranche.

Heute Dienstag, den 19. Oktober, abends 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr,  
im „Gewerkschaftshause“, Engelufer 15 (großer Saal):

## General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Abrechnung vom 3. Quartal 1909.
2. Vortrag des Kollegen Hermann Silberschmidt über: „Die bauseitigen Arbeiterorganisationen im Kampfe um die Arbeitsbedingungen“.
3. Die Verschmelzung unseres Verbandes mit dem Verband der Bauhilfsarbeiter.
4. Verschiedenes.

Mitgliedsbuch legitimiert.

195/4\*

Zahlreichen Besuch erwartet

Der Sektionsvorstand.

# Konsumgenossenschaft Berlin u. Umg.

eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.

Mittwoch, den 20. Oktober, abends 8 Uhr, im großen Saale (Saal IV) des  
Gewerkschaftshauses, Engelufer 15:

## Ordentl. General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. a) Geschäftsbericht. b) Vorlegung des Revisionsberichts.
2. Entlastung des Vorstandes.
3. Beschlussfassung über die Verteilung des Reingewinns.
4. a) Wahl von fünf Aufsichtsratsmitgliedern. b) Wahl von fünf Ersatzpersonen für den Aufsichtsrat.
5. Anträge.

Als Legitimation ist das Mitgliedsbuch mitzubringen.

Für den Aufsichtsrat  
H. Schütz.

Für den Vorstand  
R. Junger, E. Rade.

# Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher usw.

Melchiorstraße 28, part.

Filiale Berlin.

Telefonamt IV Nr. 4787.

# Neun Versammlungen.

Mittwoch, den 20. Oktober, abends 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr,

für die Bezirke:

Charlottenburg, Wilmersdorf:  
Volkshaus, Charlottenburg, Rosenstr. 3.

Gr.-Lichterfelde, Friedenau, Steglitz:  
Wahrendorf, Lichterfelde, Satestraße 22.

Rixdorf:

Weißensee:

Gellert, Steinhilberstr. 95.

Content, Ledderstraße 5.

Donnerstag, den 21. Oktober, abends 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr,

für die Bezirke:

Norden, Nordosten, Pankow,  
Gesundbrunnen:

Süden, Südosten, Südwesten, Zentrum:  
Gewerkschaftshaus, Saal 1, Engelufer 15.

Ewinemünder Gesellschaftshaus,  
Ewinemünder Str. 12.

Westen:  
Mietes Festsäle, Schöneberg, Hauptstr. 5.

Osten, Lichtenberg:

Moabit, Wedding:

Prachtäle des Ostens, Frankf. Allee 151/152.

Viktoriafalon, Verlegerer Straße 14.

Tagesordnung in allen Versammlungen:

## Unsere bevorstehende Lohnbewegung. Streik oder Ausperrung!

Kollegen! Nach den Auslassungen der Unternehmer in ihren Versammlungen wird es notwendig sein, durch Massendemonstrationen unserer Versammlungen den Unternehmern zu zeigen, daß unsere Forderungen keine Preisforderungen, sondern daß die aufgestellten Forderungen zu unserer Lebenshaltung unbedingt notwendig sind!

Darum, Kollegen, erscheint Mann für Mann!

Die Ortsverwaltung.

129/17

Verantwortlicher Redakteur: Emil Anger, Brunenwald. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glode, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Druckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

# Sozialdemokratischer Verein für den V. Berliner Reichstagswahlkreis

Dienstag, den 19. Oktober, abends 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr, im „Alten Schützenhause“, Finienstr. 5:

## General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Fortsetzung der Diskussion über den Leipziger Parteitag.
2. Bericht von der Provinzialkonferenz.
3. Vereins- und Parteiangelegenheiten.

Mitgliedsbuch legitimiert!

Zahlreiches Erscheinen erwartet unbedingt

Der Vorstand.

# Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berliner Reichstags-Wahlkreises.

Dienstag, den 19. Oktober, abends 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr:

## General-Versammlung

in den „Germania-Sälen“, Chausseestraße 110.

Tages-Ordnung: Fortsetzung der Debatte über die Beschlüsse des diesjährigen Parteitages.  
Mitgliedsbuch legitimiert. 231/13\*

Der Vorstand.

# Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.

Mittwoch, den 20. Oktober, abends 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr:

## Vertrauensmänner-Versammlung

für sämtliche Branchen und Bezirke

in Freyers Festjalen, Köpenstraße 29.

Mitgliedsbuch und Vertrauensmännerkarte legitimiert. Jede Werkstätte muß vertreten sein.  
Die Ortsverwaltung.

# Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin, Hauptbureau:  
Col I. Amt 3, 1229, Charitéstraße 2. Col III. Amt 3, 1987.

Mittwoch, den 20. Oktober 1909, abends 6 Uhr, in Graumanns  
Festsälen, Rauchstraße 27:

## Versammlung

für alle in

Gas-, Wasser- u. Dampfmaschinen sowie Krongebieten  
beschäftigten Eisen-, Metall- und Revolverdrehen.

Tages-Ordnung:

1. Die Konferenz der in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter.
- Referent: Kollege Ad. Cohen.
2. Diskussion.
3. Verhandlungsangelegenheiten und Verschiedenes. — Wir erwarten den Besuch aller Kollegen!

Mittwoch, 20. Oktober, abends 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr, im Gewerkschaftshause,  
Engelufer 15, Saal 7:

## Allgemeine Versammlung

aller in der Eisenmöbelbranche beschäftigten Arbeiter.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen Dr. Gramach.
  2. Diskussion.
  3. Verhandlungsangelegenheiten.
- Die Kollegen folgender Firmen sind ganz besonders eingeladen: Paul Rebe, Karl Seifert, Karl Schulz, Westphal & Reinhold, Föhrster & Schulz, Max Siepe, Schöngross, Amerikanische Bettensabrik, Renold.
- Agiliert für guten Besuch dieser wichtigen Versammlung.  
Die Ortsverwaltung.

# Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Rixdorf.

Am Donnerstag, den 21. Oktober, abends 8 Uhr, bei Goppe,  
Hermannstraße 49:

## General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Abrechnung vom 3. Quartal 1909.
2. Vortrag des Kollegen Wapke vom Hauptvorstand: „Zu Gewerkschaftsarbeit“.
3. Verhandlungsangelegenheiten.

Um zahlreiches Erscheinen erlucht Die Ortsverwaltung.

# Zentralverband der Glasarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Ortsverwaltung Berlin.

Mittwoch, den 20. Oktober 1909, abends 8 Uhr, beim Kollegen  
Welkisch, Marienstraße 47:

## Außerordentl. Vertrauensmännerversammlung sämtlicher Branchen.

Tagesordnung: 1. Die Vorlegung des Arbeitsnachweises der Glasarbeiter. 2. Die Verhältnisse bei der Firma Auer (Glaskleber). Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung darf kein Vertrauensmann fehlen, alle Werkstätten müssen vertreten sein.  
Der Vorstand: J. H. P. Welkisch.

# Kredit. \* Möbel auf Teilzahlung

bei allerkleinster An- u. Abzahlung. Größte Rücksicht  
bei Krankheitsfällen und Arbeitslosigkeit. E. Cohn, Gr. Frankfurterstr. 58

# H. & P. Uder, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 5.

Fabrik-Lager sämtlicher gangbarer Kautabako.  
Spezialität: Nordhäuser Kautabak  
stets frisch zu billigsten Engros-Preisen. 1730L\*

# Orts-Krankenkasse der Gelb- und Zinngießer zu Berlin.

## Mitglieder-Versammlung

Zur Wahl von 60 Delegierten der  
Arbeiter für das Jahr 1910 der  
Orts-Krankenkasse der Gelb- und  
Zinngießer zu Berlin, findet am  
Mittwoch, den 27. Oktober er.,  
abends 5<sup>1</sup>/<sub>2</sub>—7 Uhr, im Gewerkschaftshause,  
Engelufer 15, Saal 3  
statt, wozu sämtliche großhändlerischen  
Kollegen hiermit eingeladen  
sind. — Zutrittsgeld oder Beleg-  
ung vom Arbeitgeber legitimiert.

1. Wahl der Delegierten.
2. Fest-  
stellung des Wahlresultats und Kosten-  
angelegenheiten. — Anfragen, welche  
Eintritt in die Krankenkasse erfordern,  
müssen spätestens 3 Tage vorher im  
Kassenlokal angebracht werden, widrigen-  
falls selbige nicht berücksichtigt werden  
können. 2027b

Abends 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr findet im Saal 2  
dort die Wahl von 29 Delegierten  
der Arbeitgeber statt; wozu sämtliche  
Arbeitgeber, welche ein Drittel aus  
eigenen Mitteln zur Kasse zahlen,  
hiermit eingeladen sind. — Nach 9 Uhr  
Bestimmung des Wahlresultats.  
Berlin, den 18. Oktober 1909.

Der Vorstand:  
W. Schütt, J. Schubert  
Vorstand, Schriftführer.

# Bekanntmachung der Orts-Krankenkasse der Gelb- und Zinngießer zu Berlin.

Auf Grund des § 64 des Statuts  
geben wir den Mitgliedern und Arbeit-  
gebern bekannt, daß die in der General-  
versammlung vom 25. März er. be-  
schlossene, unter dem 4. September er.  
vom Bezirksamt zum Genehmigt  
5. Abänderung zum Statut am  
Montag, den 1. November er. in  
Kraft tritt.

Ausführliche Druckeremulare sind  
den Herren Arbeitgebern zum Auslassung  
zugeandt. Zur Abänderung gelangen  
die §§ 10, 12, 14, 20, 29, 30, 41;  
die Abänderungen 2, 3 und 4 werden  
aufgehoben; in Abänderung 1 bleiben  
die §§ 50 und 60 bestehen. 2025b  
Berlin, den 18. Oktober 1909.

Der Vorstand:  
W. Schütt, J. Schubert  
Vorstand, Schriftführer.

Schneiders



Unsere echten Biere  
sind überall zu haben.  
In Flaschen, Kannen  
und Syphons.  
Tel. VII, 4088, 89, 90.

**BÖHMISCHES  
BRAUHAUS**



Die Radbod-Katastrophe vor Gericht.

(Telegraphischer Bericht)

Dochum, den 18. Oktober 1909.

Die weit über die Bergbaukreise hinausgehende Spannung erwartete Gerichtsverhandlung gegen den verantwortlichen Redakteur der „Vergarbeiter-Zeitung“ Theodor Wagner wegen Verleumdung des Zechendirektors Andree und der Zechenverwaltung der Grube Radbod nahm heute früh vor der Strafkammer des Dochumer Landgerichts ihren Anfang.

Tod von mehr als 300 Bergleuten

zur Folge hatte. Die erregte Stimmung unter der Vergarbeiterbevölkerung gegen die Grubenverwaltung, die auch heute noch andauert, kam in explosiver Weise zum Ausdruck, als Prinz Eitel Friedrich im Auftrage des Kaisers die Krännersstätte besuchte und von der ihn umbrängenden Menge mit den schwersten Anklagen gegen die Radbod-Gesellschaft überschüttet wurde.

Nach während die Untersuchung von den Bergbehörden und der Staatsanwaltschaft geführt wurde, erhoben sich Stimmen aus den Kreisen der Vergarbeiter, welche die Zechenverwaltung beschuldigten, im Interesse des Zechenkapitals die Opfer der Grubenkatastrophe preisgegeben zu haben. Von der Grubenverwaltung wurde andererseits versichert, daß jede Rettungsmöglichkeit ausgeschöpft worden sei und daß, als man schon nach wenigen Tagen die Zeche unter Wasser setzte, um den Grubenbrand zu ersticken, zweifellos niemand mehr lebend unter Tage gewesen sein konnte. Trotzdem wurden immer von neuem Anklagen schwerster Art gegen die Grubenverwaltung laut. Auch auf dem allmählichen Vergarbertag, der bald nach der Katastrophe in Berlin abgehalten wurde, richtete der Bergmann Wilhelm Thomas, einer der wenigen Geretteten von Radbod, Angriffe gegen die Zechengesellschaft. Das Organ des Vergarbeiterverbandes, die „Vergarbeiter-Zeitung“, besprach in ihrer Nr. 8 vom 20. Februar 1909 diese Dinge und schrieb, daß ein Vergarmer ein

Gespräch zwischen Grubendirektor Andree und Berginspektor Hollender

mit angehört und zu beschreiben bereit sei. „Das Gespräch soll dahin gegangen sein, daß Berginspektor Hollender fragte: „Hier sind noch Lebende, was ist zu tun?“ und daß Direktor Andree antwortete:

„Was lebt, das lebt, wir müssen heraus!“

Hierdurch fühlt sich Direktor Andree beleidigt und hat Strafantrag gegen Redakteur Wagner gestellt. Die Staatsanwaltschaft hat im öffentlichen Interesse erhoben, indem sie den Standpunkt vertritt, daß es der „Vergarbeiter-Zeitung“ weniger darauf ankomme, angebliche Mißstände auf Grube Radbod aufzudecken als vielmehr auf die Herabwürdigung des Ansehens der Zechenverwaltung; und daß sie zu diesem Zwecke das Gespräch selber erlunnen habe!

Der Verteidiger des Angeklagten, Reichstagsabgeordneter Rechtsanwalt Wolfgang Heine, Berlin, hat eine Anzahl Zeugen geladen, durch die er beweisen will, daß vor dem Unglück auf der Grube Radbod

die bergpolizeilichen Vorschriften nicht beachtet

worden sind. Unter den geladenen Zeugen befinden sich der Vergarmer Wilhelm (der Sprecher der Deputation beim Prinzen Eitel Friedrich) und der gerettete Radbodbergmann Wilhelm Thomas. Ein Bruder des letzteren, Peter Thomas, der ebenfalls gerettet wurde und auch als Zeuge vernommen werden sollte, ist in der vorigen Woche bei der Arbeit in der Grube abgestürzt und zu Tode gekommen! Dem Zechendirektor Andree, der sich dem Verfahren als Nebenkläger angeschlossen hat, steht Rechtsanwalt Roettgen, Dortmund zur Seite.

Von der Staatsanwaltschaft ist als Sachverständiger geladen Bergwerksdirektor Riederstein vom Eisen- und Stahlwerk Hoesch in Dortmund, von der Verteidigung die Beamten des Steigerverbandes Werler und Maniel. Der dritte von der Verteidigung geladene Sachverständige, der Beamte des Vergarbeiterverbandes Hansemann, ist nicht erschienen. Eine Reihe der von der Verteidigung als Zeugen geladenen Vergarmer sind ebenfalls ausgeblieben. Zum Teil sind sie nicht auffindbar gewesen. Der Vertreter des Nebenklägers, Rechtsanwalt Roettgen, teilt mit, daß er noch telegraphisch Zeugen geladen

Kleines Feuilleton.

Gerhart Hauptmann als Vorleser. Am 20. Oktober werden es zwanzig Jahre, daß im Vesting-Theater von der „Freien Bühne“ das Drama „Vor Sonnenanfang“ aufgeführt wurde. Gerhart Hauptmann, sein Verfasser, stieg damals mit jähem Auf aus dem Dunkel empor. Er war mit einem Schläger der Vannertträger des deutschen Naturalismus auf der Bühne geworden. Die Literaturrevolution hatte ihren dramatischen Feldern. Aber die großen Verheerungen, die im festigen Kampfe gegen das Epigonentum gläubig gegeben und gewonnen wurden, gingen nicht in Erfüllung. Nach zwanzig Jahren ist die an Anregungen und Verfruchtungen reiche Epoche des Naturalismus schon Geschichte geworden. In Hauptmann selber, als dem bedeutendsten Dramatiker der Zeit, spiegelt sich die Entwicklung am deutlichsten. Kraftvollem Aufstiege folgten bald die Werke, die den Höhepunkt bezeichnen, und dann beginnt langsam, aber unaufhaltsam der Abstieg. Aus dem Stürmer und Dränger, der die Probleme mitten aus dem modernsten Leben holte und die kleinsten plastischen Ziselierung und stimmungsvoller Milieumalerei vollendet beherrschte, ist ein irrer Sucher geworden, der in manchen Stellen sich probiert und an viele Vortale der Vergangenheit angeklappt hat. Doch dem Lebenden soll hier kein Horoskop gestellt werden. Die Hast der Produktion, der Wettkampf auf dem jährlichen Theatermarkt — sie sind nicht die günstigen Bedingungen für einen Künstler von Hauptmanns Art. Aber paßt die Tournee, die er jetzt durch Deutschland antritt, um Werke älterer und neuerer Prägung dem Publikum vorzulesen, besser zu dem Wilde, das wir uns von ihm machen?

Wir hörten Hauptmann am Sonntag in der Singakademie. Er ist kein Meister des Vortrages. Weder Stimmumfang noch Modulationsfähigkeit, weder kraftvolles Temperament noch suggestiver Jambor sind ihm eigen. Er gibt sich einfach und schlicht. Aber mancher anderer würde seine Werke besser lesen. Offenbar ist es die Persönlichkeit allein, die dem zahlenden Publikum Genüge leisten muß. Ob es dabei auf seine Rechnung kommt, ist seine Sache.

Wir gingen hin, um zu lauschen, ob neue Töne in dem Dichter Hauptmann wach geworden. Wir hörten ein Stück aus dem älteren lyrischen Drama „Das Hirtensied“, einige Gedichte, die antiliterarische Eindrücke von der letzten griechischen Reise geben, und dann zwei Bruchstücke aus zwei neuen Dramen. Die Szene aus den „Wiedertäufern“, in denen Hauptmann etwa eine Rettung der verkommenen Glaubensparagisten vorhat, ist zu kurz, um das ganze irgendwie erkennen zu lassen. Aber die Exposition des „Telemach“ gab einen starken Eindruck. Der alte Odyssäus ist auf seinen Zerfahrten endlich, ohne es zu wissen, in Ithaka gelandet; wie er dieser Kunde nach und nach gewiß und froh wird, wie seine Heimatliebe in heller Flamme aufschlägt, ist mit schöner Steigerung dargestellt.

Das war der Abend. Neue Füge zu dem Wilde des Dichters Hauptmann, der als Mensch sympathisch genug wirken mag, bot er nicht.

habe, die im Laufe des Vormittags eintreffen werden. Er stellt den Antrag, Berginspektor Hollender als ersten Zeugen zu vernehmen, da er beantragt, ihn auch als Sachverständigen zu vernehmen. Rechtsanwält Heine hat Bedenken gegen die Vernennung als Sachverständiger wegen Besorgnis der Befangenheit.

Nach Verlesung des inkriminierten Artikels bemerkt der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Zimmermann: Herr Verteidiger, aus der Ladung der verschiedenen Zeugen muß ich entnehmen, daß noch heute Meinungsverschiedenheiten über den Umfang des Eröffnungsbeschlusses bestehen. Es dürfte daher angebracht sein, ehe wir in die Verhandlungen eintreten,

die Grenzen des Beweisbeschlusses

festzulegen: Der Angeklagte ist nach dem Eröffnungsbeschluss beschuldigt der Verleumdung des Bergwerksdirektors Andree. Die Verteidigung steht auf dem Standpunkt, daß der gesamte Inhalt des Artikels Gegenstand der Anklage ist, während die Staatsanwaltschaft den Standpunkt vertritt, daß der Eröffnungsbeschluss sich mit dem Gespräch beschränkt.

Vert. A. Heine: Ich bin der Meinung, daß der ganze Artikel unter Anklage steht und daß daher die Beweisaufnahme auf die ganzen Vorgänge ausgedehnt werden muß.

Vert. des Nebenklägers R. Köttgen: Wenn wir in eine Erörterung darüber eintreten, welches die Ursachen der Katastrophe waren, dann werden wir in einer Woche nicht fertig sein. Hätte mein Klient die Ursache der Katastrophe zum Gegenstand der Klage machen wollen, dann hätte er nicht allein geklagt, sondern es hätte auch Generaldirektor Janssen mitgeklagt und es würde die Klage auf frühere Artikel der „Vergarbeiter-Zeitung“ ausgedehnt worden sein.

Rechtsanwält Heine: Ich verstehe das Verfahren vollkommen; es liegt darin

die Absicht; die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit von dem Unglück und von dem ungeheuren Material, das die „Vergarbeiter-Zeitung“ veröffentlicht hat, abzulenken.

Man will sagen: Die „Vergarbeiter-Zeitung“ ist verurteilt worden, ergo ist die Zechenverwaltung unschuldig!

Rechtsanw. Köttgen: Ich stelle fest, daß die Angriffe über die Ursachen der Radbod-Katastrophe in vollem Umfang auch von der „Dortmunder Arbeiterzeitung“ gebracht worden sind und daß die gesamte Zechenverwaltung deshalb Strafantrag gestellt hat. Die Behauptungen beruhen daher auf einer völlig unzutreffenden Information des Herrn Verteidigers.

Rechtsanw. Heine: Der Artikel der „Dortmunder Arbeiterzeitung“ ist in einem Still geschrieben, daß die Chancen, eine Verurteilung herbeizuführen, erheblich größer sind als bei dem durchaus sachlich gehaltenen Artikel der „Vergarbeiter-Zeitung“.

Nebenkläger Direktor Andree: Ich habe Klage erhoben, weil es das einzige Mal war, daß ich mit Namen genannt worden war.

Angeklagter Wagner: Er sei sehr erlaucht gewesen, doch nur wegen dieses Artikels Klage erhoben wurde. Als die Katastrophe erfolgt war, hätten sie sich gesagt, daß der gewaltige Umfang derselben sich nur erklären lasse dadurch, daß

alle Vorbedingungen für ein solches Unglück durch Außerachtlassung der notwendigen Vorsichtsmaßregeln erfüllt

waren. Als Vertreter der Vergarbeiter hatten wir daher ein Interesse, die Ursache des Unglücks festzustellen. Keine Zeitung hat die ganze Frage so sachgemäß behandelt wie wir. Die Zeche Radbod hat allen Zeitungen Verichtigungen zugesichert, wir haben keine bekommen! Das ist doch ein Beweis dafür, daß unsere Angaben richtig waren. Bergmann Thomas hat auf Radbod gearbeitet und seine Wahrnehmung auf dem Berliner Vergarbertag mitgeteilt. Die Zechenverwaltung hat diese Angaben „berichtigt“. Thomas antwortete ihr aber in einer Weise, daß sie nicht mehr erwidern konnte! Im Anschluß daran brachten wir dann den inkriminierten Artikel. Was wir behauptet haben, war im Interesse der Vergarbeiter notwendig.

Das Gericht beschließt, in die Verhandlung einzutreten und zunächst

nur Beweis über die inkriminierte Stelle

zu erheben!

Der Angeklagte verweigert die Kenntnis des Verfassers des Artikels, für den er die Verantwortung übernehme. Das Gespräch wurde ihm von glaubhafter Seite berichtet. Der Herr Minister hat zugegeben, daß der Schacht vorläufig zugemauert worden sei. Bergmann Thomas hat ähnliche Behauptungen auf dem Berliner Vergarbertag aufgestellt und zur Unterstützung dieser Behauptung

Theater.

Deutsches Theater: „Hamlet“, Trauerspiel von Shakespeare. Reinhardt, der in seinen Klassikerdarstellungen sonst immer auf eine malerisch stimmungsvolle Ausstattung bedacht war und seine außerordentlichen Erfolge beim großen Publikum hauptsächlich auch der befriedigten Schaulust verdankt, hat mit dieser Hamletaufführung gezeigt, wie wenig seine Kunst an solche Hilfsmittel gebunden ist. Die Dekorationen waren von äußerster Schlichtheit; offenbar dachten die Münchener Künstlertheater, mit dessen beschränktem Raumverhältnis er sich abzufinden hatte, nachgehört. Nur die schneebedeckte Schlossterrasse, der hohe Langenwald der Hellebarbiere und etwa noch der gegen den lichten Himmel sich dunkel abhebende Leichenzug Ophelias hatten, bei großer Einfachheit der Stilisierung, etwas bildmäßig Phantasie-Anregendes. In der Skizzierung der Salongemächer und Galerien herrschte eine Zurückhaltung, die hier und da wohl über das Ziel hinausgeschoss und in Nüchternheit umschlug. Im ganzen sah man, daß Shakespeares Reichum, von einer guten, in der Person des Hamlet glanzvollen Darstellung getragen, eine weitgehende Einschränkung in den äußeren Mitteln ohne wesentlichen Schaden zuläßt; nicht aber — wie doch die prinzipiellen Verfechter der sogenannten Shakespearebühne behaupten —, daß sie eine solche Einschränkung aus künstlerischen Rücksichten verlangt. Die durch die vielen szenischen Verwandlungen erforderlichen Zwischenpausen sind auf der modernen Drehbühne auch ohnehin genug verkürzbar, und die als Folge dekorativer Zutat befürchtete Ablenkung und Zerstreuung ist größtenteils Phantom. So wenig man das Reizere in seiner Dienerrolle überschätzen sollte, so kolossal willkürlich erscheint ein ästhetisches Puritanerium, das jede solche Verstimmlung des Stimmungsgeschehens als Abfall von dem wahren Ziel der Bühne tadelt.

Das Ereignis des Abends, ein Triumph des Darstellers wie Reinhardt selber, der dies in den Anfängen durch schlaume Maniertheit entstellte Talent unbetrübt durch Mißerfolge vor immer neue und größere Aufgaben stellte, war Rosinjas Hamlet. Sein Romeo erregte noch allgemeines Kopfschütteln. Jetzt haben Gestalt, Bewegung, Nüchternheit und Stimme eine Annäherung an höchste Eigenart erhalten, etwas seelenvoll Verändertes. Ein Temperament aus einer völlig anderen geistigen Himmelsgegend als der junge König, aber an Ursprünglichkeit und Intensität der Wirkung ihm verwandt. Ob sein Hamlet dem Bild, das Shakespeare vor sich hatte, entspricht, kann angezweifelt werden. Die Figur bietet für sehr verschiedene Auffassungen Raum. Genug, daß er in dem gegebenen Rahmen eine einheitliche, geschlossene, unmittelbar ergreifende Gestalt schuf. Er war ein schöner Prinz, indessen ohne den leisesten Einschlag kondemniertem Theatermäßigen, Idealisierens, von einer Prägung feinsten Geistes, nach Naturanlage liebenswürdig und weich, ein ganz innere gelebter Reflexionsmensch, der durch das furchtbare Erlebnis aus der Bahn geschleudert, in Scham und Angst vergeblich gegen seines Willens Lähmung ankämpft.

ist dann das Gespräch veröffentlicht worden. Ich möchte noch bemerken, daß ich dem Vorstände des Vergarbeiterverbandes angehöre, von dem über 100 Mitglieder auf der Zeche Radbod verunglückt sind. Es handelte sich also bei mir um die Wahrnehmung berechtigter Interessen, wenn ich bemüht war, alles aufzuklären.

Es wird hierauf zur

Zeugenvernehmung

geschritten. Als erster Zeuge wird königl. Berginspektor Hollender, Bergwerksbeamter für das Bergrevier Hamm und zuständiger Aufsichtsbeamter für die Zeche Radbod, vernommen: Er sei unmittelbar nach der Katastrophe mit Direktor Andree und verschiedenen Steigern in die Grube eingefahren. Nach genauer Schilderung der Vorfälle am Unglückstage erklärt der Zeuge, er wisse bestimmt, daß eine derartige Aeußerung, wie behauptet wird, nicht gefallen sei.

Angekl. Wagner: Ich möchte an den Zeugen noch einige Fragen stellen. Ich möchte wissen, ob nach seiner Meinung noch Lebende in der Grube waren, als die Rettungsarbeiten eingestellt worden waren.

Zeuge Hollender: Es wäre das ja möglich, aber ich kann mich hierüber nicht äußern, da ich nur die Genehmigung habe, aber das Gespräch anzufangen!

Angekl. Wagner: Es wäre aber doch weise, zu wissen, ob es noch möglich gewesen wäre, Verunglückte zu retten.

Vert. Rechtsanw. Heine: Herr Wagner, da ist noch dem Gesetz nichts zu machen. Der Herr Zeuge hat nicht die Genehmigung auszulassen, wie es in der Grube gewesen ist und was er dort vorgefunden hat. Er darf nur über das Gespräch ausfragen. (Hohes und Lachen im überfüllten Zuschauerraum.)

Angekl.: Ich habe aus dem Bericht den Eindruck gewonnen, daß keine ernstlichen Rettungsarbeiten versucht worden sind.

Zeuge Hollender: Der Angeklagte ist technisch nicht genügend vorgebildet, um das beurteilen zu können.

Vert. Rechtsanw. Heine weist diese Behauptung des Zeugen zurück, der hier nicht Sachverständiger sei. Als der Angeklagte noch eine Reihe Fragen an den Zeugen stellen will, lehnte der Vorsitzende dies ab, weil sie sich auf den übrigen Teil des Artikels beziehen.

Als weiterer Zeuge wird der Bergmann Mähm, jetzt in Waldenburg i. Schl., vernommen. Er ist nachmittags zwischen 3 und 4 Uhr auf der dritten Sohle gewesen und hat eine Unterredung geführt, die zwischen den Herren Hollender und Andree geführt wurde. Wer von ihnen das gesagt hat, könne er nicht wissen; der eine sagte: „Hier sind noch Lebende.“ Da er in einiger Entfernung war, konnte er die Antwort nicht hören. Er erlaubte sich beim Bergmann Katschka, der dicht dabei stand, und der sagte, der Herr hätte geantwortet:

„Was lebt, das lebt; wir müssen hinaus.“

Bergmann Hirschfeld, der heute noch auf Radbod beschäftigt ist, war ebenfalls an der Wettertür beim Pferdeshal. Einer der hohen Herren sagte: „Es mögen ja noch Lebende drinnen sein, aber leider können wir nichts machen!“ Wer das gesagt hat, wisse er nicht.

Es wird die eibliche Aussage des Bergmanns Peter Thomas verlesen. Er war ebenfalls in der Grube und mit Rettungsarbeiten beschäftigt. Er hat seinen Bruder und noch einen Bergmann gerettet und ist dann wieder hineingefahren. Der Zeuge hat befunden, daß Generaldirektor Janssen geäußert habe:

„Wir müssen hinaus, sonst geht die Zeche zugrunde. Ich werde mit Direktor Andree sprechen.“

Nächster Zeuge ist der Bergmann Wilhelm Thomas. Er ist einer der vier Vergleute, die von der ganzen Gesellschaft allein unverwundet gerettet worden sind. Er wurde durch seinen Bruder Peter gerettet, der jetzt selbst in einer Grube zu Tode gekommen ist. Er schildert die Katastrophe und erzählt, wie er nach seiner Rettung am Schacht wartete. Während er dort stand, kam ein Herr in weißem Oberhemd, der sagte: „Wir können nichts mehr finden!“

Rechtsanwält Heine: Haben Sie am Tage vorher berichtet? — Zeuge: Nein,

wir hatten ja kein Wasser!

Einige Tage vor dem Unglück wollte ich beriefeln, weil es durchaus notwendig war. Ich sahste in die Vorrichtung hinein, aber es kam kein Wasser!

Als nächster Zeuge wird der Nebenkläger Vergaraffessor a. D. Betriebsdirektor Andree vernommen. Er erklärt es für gänzlich

Paul Wegener spielte den Claudius, den die Darsteller sonst durch einen Versuch kriegerischer Kraft zu heben pflegen, wie Hamlet ihn in seinem Horne schildert, als scheidenbesessenen, verächtlich beherrschten Lumpenlonig. Frin. Eibenschütz' Ophelia besaß viel Reize, doch schöpfte die Darstellerin besonders in der Wahnstimmenszene die Möglichkeiten dieser Rolle nicht aus. Viktor Arnold war ein vorzüglicher Polonius. In kleineren Rollen waren hervorzuheben Verregis temperamentvoller Coarctes, Hartaus Schauspieler, Wintersteins Horatio und Adele Sandros in der Figur der Königin. dt.

Neues Schauspielhaus: „Das Exempel“, Lustspiel von Ludwig Fulda. Das ironische Thema des fuldischen Stückes, daß ein emanzipiertes, auf die Theorien rabibulärer Eheschicksel eingeschlagenes Fräulein all ihren programmatischen Erklärungen zum Trotz von dem geliebten Manne schließlich in den alten Ehehasen hineingebügelt wird, wäre so löbel nicht. Max Dreher hat aber ein ganz ähnliches Motiv eine sehr lustige Komödie „In Behandlung“ geschrieben. Seine Liebste, die mit allen Spießbürgern im Kriege lebt, im Doggeföhle ihrer Aufgefälligkeit jede Sentimentalität verschpottet, um dann am Ende vor dem Jugendfreund die Segel zu streichen, ist ein Gedächtnis von Fleisch und Blut, durchaus individuell und doch Vertreter eines Typus. In Fuldas Exempel gibt es leider nur Theaterpuppen und auch von der früheren Geschicklichkeit des Arrangements zeigt sich im szenischen Gefüge wie in dem breit und formlos plätschernden Dialog kaum irgend welche Spur. Hier und da taucht wohl ein wichtiger Einfall auf, doch ohne recht zu zünden. Selbst die Persiflage auf die Karrieren modisch gepulverten Sexualerzerei, so aktuell und dankbar auch ihr Gegenstand, bringt es zu keinem stärkeren komischen Effekt.

Ein reicher Verleger, der im Wettstreit mit der Gattin sportsmäßig die Erlösung von der alten Moral betreibt, hat im Verein mit gleichgesinnten Seelen ein Kampforgan für individuelles Ausleben und freie Liebe gegründet, das vermöge der fulminanten wider die Ehe weiterenden Artikel angeblich Sensation erregt. Dabei reißt der Intellekt dieses Talents nicht einmal hin, den größten Humbug, der mit den tönenden Stichworten getrieben wird, zu durchschauen. Doch es erhebt der brave Mann, der sie mit festen Armen stützen und vor weiteren Dummheiten bewahren wird. Sie leben wie die Turkeltauben, bis der Liebhaber den gegen seine schlechte Gattin angestrengten Scheidungsprozess gewinnt. Nun will er die Geliebte zu seiner Frau machen, was sie als schändliches männliches Machtgefäß empört zurückweist. Das sind die besten Szenen. Schließlich entfernt er sich höflich und läßt, damit die Ansöhnung und Heirat durch Einschlebung von allerhand ebenso ungläublichen als unnützen Episodenzenen bis zu dem Ausgang des dritten Aktes hinausgezögert werden kann. Das hübsche Spiel von Walden und Fr. K. A. r. e. n. suchte, soweit es möglich war, die vielen Nebenfiguren im Exempel zu verdeden. dt.



ausgeschlossen, daß er eine derartige Verurteilung getan habe. Es könne

#### etwas Neues

gewesen sein, was aber einen ganz anderen Zusammenhang und Sinn hatte.

Herr A. H. Heine erneuert seinen Antrag, den Beweis auszuweisen auf die Ursache der Katastrophe. Es soll nachgewiesen werden, daß die Grube Raddob sehr viel schlagende Wetter hatte, daß infolge der Unordnung beim Abbau und bei den vielfach vorfallenden Verletzungen diese Gefahren noch erhöht wurden. Es soll bewiesen werden, daß Hochräume nicht abgeschlossen wurden, daß dadurch Schlagwetter sich sammeln und daß das geschah, weil die Leute im Gedinge fortwährend herabgedrückt und dabei fortgesetzt zur Förderung angetrieben wurden. Weiter soll bewiesen werden, daß mangelhaft betriebene Gruben, daß das Wasser fehlte und daß die Verriegelungseinrichtungen überhaupt ungenügend waren. Durch alles dies soll nachgewiesen werden, daß das Unglück nur durch eine Schlagwetterexplosion entstand, die sich zu einer Kohlenstoffexplosion entwickelte. Es soll bewiesen werden, daß das große Unglück vermieden werden können, wenn beim Abbau und der Verriegelung sorgfältiger vorgegangen worden wäre, und daß die Beamten daher schuld an dem Unglück tragen. Diese Beweise können dem Angeklagten nicht abgelehnt werden. Sie liegen im Interesse der Aufklärung und sind notwendig für den Beweis der Wahrheit der von der Verwaltung angekauften Angaben der „Vergarbeiter-Ztg.“. Der Beweis sei aber auch wichtig für die Frage der Strafmessung. Auch aus prozessualen Gründen müsse jeder richtig geladene und zur Stelle befindliche Zeuge vernommen werden. Man werde nicht behaupten können, daß die zu stellenden Fragen im keinem Zusammenhang mit der Anklage stehen oder daß sie in frivoler Absicht oder in der Absicht zu verschleiern gestellt würden. Und das seien die einzigen Gründe, die das Reichsgericht anerkennt, um die Vernehmung abzulehnen.

Der Minister sagte im Landtag, daß sich jeder mitschuldig mache, der nicht an der Aufklärung mitwirte. Wenn Klient hat diese Aufforderung des Ministers beherzigt, er hat an die Öffentlichkeit gebracht, was er erfahren, er hat sich nicht mitschuldig machen wollen an der Verurteilung des Verfahrens.

Staatsanwaltschaftsrat Hartmann: Ich beantrage, alle Zeugen zu fragen, ob sie etwas von dem Gespräch gehört haben. Alle weiteren Fragen gehören nicht hierher.

Verteidiger Rechtsanwalt Heine: Ich erkläre schon jetzt, daß sämtliche noch zu vernehmenden Zeugen von diesem Gespräch nichts wüßten. Der Vertreter des Nebenklägers betonte mit großer Entschiedenheit, daß der Nebenkläger keinen Grund habe, die Beweisführung nicht zu wünschen. Dann wundert es mich aber, daß er sich mit solchem Eifer der Beweisführung widersetzt! Man sucht die Beweisführung abzuschneiden,

#### man will keine Beweiserhebungen über Raddob!

Man hat ausgerechnet diesen einen Punkt aus 12 Artikeln der „Vergarbeiter-Zeitung“ herausgegriffen, um eine Verurteilung zu erzielen. Man will eine Verurteilung wegen einer bestimmten Verurteilung haben, um das dann öffentlich auszusprechen. Aber man wird sich hüten, öffentlich hinzuzufügen, daß die Verwaltung sich mit Händen und Füßen gegen jede Aufklärung über Raddob sträubte. Ich möchte auch mitteilen, daß ich im Auftrage des in der Grube schwer Verletzten Vergmanns Etlich Strafantrag gegen die Grubenbeamten bei der Staatsanwaltschaft in Münster gestellt habe. Da dem Antrage nur wegen Lösung von Vergleichen Folge gegeben ist, nicht wegen schwerer Körperverletzung, was ich nicht in der Lage, mich dem Verfahren des Nebenklägers anzuschließen. Ich konnte daher auch nicht die Akten einsehen. Erst in diesem Verfahren habe ich die Akten als Zeugen einmal in die Hand bekommen!

Rechtsanw. Köttgen: An zwei Orten wird eingehend aufgeführt und unterzucht werden, welches die Ursachen der Katastrophe sind: beim Landgericht Münster und beim Landgericht Dortmund in der Klage gegen die „Dortmunder Arbeiterzeitung“. Meine Partei hat ein Interesse daran, die Sache aufzuklären, aber kein Interesse daran, daß das ein Dutzendmal geschieht.

Rechtsanw. Heine: Von dem Verfahren in Münster heißt es, es solle Aufklärung geschaffen werden. Warum ein einmal! Ich weiß jedenfalls, daß der dort vernommene Sachverständige Nieberstein beantragt hat, die Zeugen, die zugunsten der Zeche ausgesagt haben, wegen Meineids anzuklagen. (Große Bewegung im Publikerraum.)

Nach längerer Beratung erklärt der Vorsitzende: Das Gericht hat die Vernehmung der Zeugen über etwaige Unregelmäßigkeiten auf Zeche Raddob

#### abgelehnt.

Es handelt sich nur um den Dialog. Das Gericht ist weder verpflichtet noch berechtigt, die Ursachen des Unglücks hier zu erörtern. Das Gericht beweist nicht, daß der Angeklagte von der Michtigkeit der Vorwürfe überzeugt war, zumal da er als Sachmann Einblick in die Verhältnisse haben konnte.

Das Gericht beschließt nach kurzer Beratung ferner, die Vernehmung der weiteren Zeugen abzulehnen.

Verteidiger Heine bittet, an sämtliche Zeugen die Frage stellen zu dürfen, ob in dem Augenblick, als der Schacht gedeckt wurde, noch Lebende in der Grube waren.

Nach kurzer Beratung lehnt das Gericht auch diese Frage ab.

Staatsanwaltschaftsrat Hartmann gibt zu, daß der Angeklagte formal mangelhaft gewesen sei; auch aber er gewiß die Ueberzeugung von der Wichtigkeit des ihm überbrachten Materials gehabt. Aber der Angeklagte mußte sich als Sachmann, der lange Jahre unter Tage gearbeitet hatte, sagen, daß bei der schlechten Beleuchtung und bei der aufgeregten Situation Worte leicht mißverstanden werden konnten! Der Staatsanwalt beantragte daher, den Angeklagten zu einer Geldstrafe von fünfshundert Mark oder für je 10 M. einen Tag Gefängnis zu verurteilen und dem Nebenkläger die Publikationsbefugnis in mehreren Blättern zuzugestehen.

Verteidiger Rechtsanwalt Heine: Ehe in den Klaidohers fortgeführt wird, sehe ich mich genötigt, einige Beweisanträge zu stellen; nämlich: den Vorsitzenden des Reichsverbandes der Vergarbeiter, Reichstagsabgeordneten Sachs in Bochum, oder den Hauptkassierer Paul Horn telefonisch zu laden, und zwar als Zeugen darüber, daß der Angeklagte als Redakteur der „Vergarbeiter-Ztg.“ die Aufgabe hatte, die Interessen der Mitglieder des Verbandes und deren Familienangehörigen wahrzunehmen, namentlich auch, daß er beauftragt war, die Interessen der beim Unglück Verstorbenen und deren Angehörigen wahrzunehmen; ferner daß er Mitglied des Vorstandes ist und als solcher nach den Statuten die Interessen der Vergleute wahrzunehmen hat. Ich hätte nicht geglaubt, daß dies angezweifelt werden würde, sonst hätte ich diesen Beweisantrag schon früher erhoben.

Das Gericht lehnt den Beweisantrag ab, weil es die Tatsachen, die die Zeugen bekunden sollen, als wahr unterstellt und weil es eines Zeugnisses darüber nicht bedarf.

Nachdem der Vertreter des Nebenklägers für schonungslose Bestrafung (Gefängnisstrafe!) des Angeklagten plädiert hat, erhält der Verteidiger, Rechtsanwalt Heine, das Wort: Was das Gespräch anbetrifft, so darf nicht übersehen werden, daß ausdrücklich gesagt wird, es werde nur dem Sinne nach wiedergegeben.

Der Beweis ist geführt, daß das Gespräch sinngemäß so gewesen ist. Der Privatkläger legt hinein, daß gegen ihn der Vorwurf persönlicher Freigabe erhoben sei. Das steht aber nicht in dem Artikel. Dem Angeklagten lag fern, dem Nebenkläger den Vorwurf der Freigabe oder einer sonstigen persönlichen Missetat zu machen. Es handelt sich einfach um die Frage, die von vornherein die Öffentlichkeit beschäftigte:

Sind die Rettungsarbeiten, aus welchem Grunde es immer gewesen sein mag, zu früh oder vorzeitig abgebrochen worden oder nicht?

Und da ist der Angeklagte der Ueberzeugung, daß es zu früh gewesen sei. Der Herr Minister sagte ja auch

im Landtage, er bedauere, daß man nicht mit der Einstellung der Rettungsarbeiten wartete, bis sein Kommissarius eingetroffen sei! Nun denke man sich die Aufregung der Leute, als sie sahen, daß die Grube abgeschlossen wurde, als sie noch die feste Ueberzeugung hatten, daß Lebende in der Grube seien! Es hat in der Grube an Wasser gefehlt vor und nach der Katastrophe. Es ist eben unten etwas in Unordnung gewesen. Jedenfalls wurden dadurch die Rettungsarbeiten erschwert. Daß bei dieser furchterlichen Explosion noch viel zu retten war, glaube ich ja auch nicht, aber immerhin konnte nicht energisch genug vorgegangen werden. Weitere Rettungsarbeiten hätten nach der Ueberzeugung aller bei der Rettung mütigen Arbeiter noch gemacht werden können, wenn Wasser vorhanden gewesen wäre! Diesem Eindruck gibt der Artikel Ausdruck. Der Angeklagte hat außerdem loyal hervorgehoben, daß es Fälle geben kann, wo Leben geopfert werden muß. Er hat auch in Wahrung berechtigter Interessen gehandelt: als Redakteur eines Fachorgans und als Mitglied des Vergarbeiterverbandes. Der Angeklagte glaubte ebenso seine Pflicht erfüllen zu müssen, wie Direktor Andree es für seine Pflicht hielt, in die Grube zu fahren, um die Sterbenden zu retten. Ich bin der Ueberzeugung, daß der Angeklagte freigesprochen werden muß. Da aber der Nebenkläger Gefängnisstrafe wünschte, fühle ich mich veranlaßt, noch einige Worte zum Strafmaß zu sagen: Um die Handlungswirke des Angeklagten zu würdigen, muß man berücksichtigen, daß er überzeugt war, daß viele Lebewesen auf der Zeche „Raddob“ vorhanden waren, die die Katastrophe herbeiführten. Wenn der Angeklagte diese Mißstände ausbedeute, so verdient er nicht Strafe, sondern eine Belohnung, er müßte eigentlich einen Orden bekommen. (Heiterkeit.) Wir wissen ja, wie der Prinz empfangen wurde von der erregten Menge, die ihm ihr Herz ausschüttete.

Der Angeklagte fährt im Schlußwort aus: Wir haben uns nicht an die Behörde gewandt, weil sie selbst Partei ist, denn ein Teil der Vorwürfe richtet sich gegen die Bergbehörde!

An den Mißständen auf der Grube ist die Bergbehörde mit schuldig. Seit dem Jahre 1885 sind 11/2 Millionen Unfälle auf der Grube passiert, darunter 26 000 tödliche! Die Vergleute wissen, wo die Ursachen dieser Unfälle zu suchen sind. Die Gesetzgebung hat ja nach Raddob eingegriffen. Weshalb mußte man erst die Katastrophe abwarten? Als Bergmann Thomas aus Berlin zurückkam, wurde er aus der Grube hinausgeworfen! So hat man die Zeugen eingeschüchtern und beeinträchtigt. Der „Vergarbeiter-Zeitung“ hat man keine Verächtigung geschickt, weil wir die Verächtigung sofort in das richtige Licht gesetzt hätten, während in den Tageszeitungen keine Fachleute sind.

Der Gerichtshof verläßt nach etwa 1 1/2 stündiger Beratung folgendes

#### Urteil:

Der Angeklagte Theodor Wagner wird wegen öffentlicher Verleumdung zu einer Geldstrafe von dreihundert Mark, im Nichtbeitreibungsfalle für je 10 M. zu einem Tag Gefängnis und zur Tragung der Kosten verurteilt. Dem Privatkläger wird die Publikationsbefugnis des Urteils zugesprochen.

In den Urteilsgründen wird ausgeführt:

Es muß nochmals hervorgehoben werden, daß der Gegenstand der heutigen Verhandlung und Entscheidung nur der Teil des Artikels ist, für den Strafantrag gestellt worden ist. Das Gespräch ist nach Ansicht des Gerichts zweifellos geeignet, den Antragsteller zu beleidigen und herabzuwürdigen, weil es ihm mindestens Verletzung der Berufspflicht in einem sehr schweren Augenblick zur Last legt. Dieser Vorwurf ist aber unberechtigt. Es ist durch die Beweisaufnahme festgestellt, daß der Beleidigte, Direktor Andree, den ganzen Tag in der Grube persönlich an den Rettungsarbeiten teilgenommen hat. Er ist schleunigst hinuntergefahren, hat Wassereimer mit herumgeführt (!), einen Verwundeten gerettet und einen Verwundeten sogar (!) seinen Kopf umgelegt! Er ist als einer der Letzten aus der Grube herausgefahren. Es haben sich keinerlei Anhaltspunkte ergeben, daß er in der Grube etwas unterlassen hat. Das Gespräch hat nicht stattgefunden, auch nicht „sinngemäß“, sondern es hat sich in einem ganz anderen Sinne bewegt. Es liegt ein Vergehen gegen § 188 vor. Es muß dem Angeklagten zugedacht werden, daß er nach dem ihm gewordenen Mitteilungen des Glaubens war, daß die Verurteilung so gefallen ist. Das genügt aber nicht, er mußte es beweisen können. An sich müßte die Frage der Wahrung berechtigter Interessen bejaht werden, weil — entsprechend den Ausführungen der Verteidigung — angenommen werden konnte, daß der Angeklagte sie gemacht hat, um die Darstellung des Thomas zu begründen. Aber aus der früheren Form muß gelöscht werden, daß daneben die Absicht bestand, den Nebenkläger zu beleidigen und herabzusetzen. Was der Angeklagte mit dem Gespräch hat sagen wollen, geht aus dem Artikel nicht hervor, aber aus der ganzen Form ergibt sich, daß in der erregten Zeit der Leser sich denken sollte, was es wolle! — Es ist daher die Absicht aus der früheren Form festgestellt worden! Der Angeklagte wird daher wie oben erkannt bestraft.

## Regelung des gemeindeärztlichen Dienstes.

In einer Abhandlung in der „Deutsch. med. Wochenschrift“ hat Stadtrat Sanitätsrat Dr. Gottstein in Charlottenburg die Notwendigkeit einer Neuordnung des Gesundheitswesens in den deutschen Großstädten erörtert. Unter Hinweis auf diese Abhandlung wurde in der Charlottenburger Gesundheitsdeputation darauf hingewiesen, daß der städtische ärztliche Fürsorge- und Pflegebetrieb durch seine Verteilung in einzelne Zweige, jede mit besonderem Personal, ungewöhnlich eingerichtet sei, weil dadurch oft die Hilfe einer Familie nicht von demselben Arzte beraten und behandelt werden. So würde in einer Familie zuweilen das eine Kind vom Säuglingsfürsorgearzt untersucht, aber nicht behandelt, ein anderes wurde vom Tuberkulosefürsorgearzt behandelt, ein drittes vom Schularzte untersucht, aber nicht behandelt und ein viertes Mitglied der Familie vom Stadtarzte des Bezirkes behandelt. Der einzelne Patient komme daher nicht selten nach einiger Zeit aus der Behandlung eines Arztes in die abweichende eines anderen. Das hat häufig Nachteile für die Verpflegung und Genesung der Patienten und ist für sie und für die städtische Verwaltung erschwerend. Vermieden würde dieser Mißstand, wenn statt der etwa 40 jetzt im Nebenamt im Dienste der Stadt angestellten Ärzte eine kleinere Zahl (etwa 9) im Hauptamt fest für die einzelnen Stadtbezirke angestellt würden, denen Privatpraxis nicht gestattet würde, die vielmehr ihre ganze Tätigkeit dem gemeindeärztlichen Dienst nach allen Richtungen hin widmen und auch städtische polizeiliche Dienste verrichten könnten. Die Personen derselben Familie, die der gemeindeärztlichen Hilfe bedürfen, blieben dann in allen Altersstufen unter der Aufsicht und in der Behandlung desselben Arztes. Eine Reihe ärztlicher Autoritäten kommen bei ihren Erörterungen über die Gestaltung des gemeindeärztlichen Dienstes zu ähnlichen Vorschlägen. Nur der Charlottenburger Ärzteverein ist anderer Ansicht und erklärte in einer Eingabe an Magistrat und Stadterordnete, daß eine solche Umgestaltung des gemeindeärztlichen Dienstes ungewöhnlich und bedenklich sei.

Überdies wurde schon in dem zur Erörterung dieser Angelegenheit eingeleiteten Ausschuss darauf hingewiesen, daß der Widerstand der Ärzte nicht hoch bewertet zu werden brauche, da ihre Urteile besonnen sei, auch einwandfreies Material durch Befragung dieser Ärzte wohl nicht zu erlangen sei.

Die vom Ärzteverein hervorgehobenen Bedenken beziehen sich auf die Armen, auf die Stadt und auf die Ärzte. Man prophezeit, der Arzt würde für die Armen schwerer erreichbar sein, da dann für die jetzigen 18 Stadtärzte nur 8 bis 9 tätig sein würden. Dabei wird übersehen, daß diese 8 bis 9 Ärzte nur im städtischen Dienste tätig sein und keine Privatpraxis treiben

würden, also auch den Stadlarmen und Kindern eine weit größere Zeit widmen, mehr Sprechstunden abhalten und leichter von den Armen zu treffen sein würden. Für die Stadt, sagt der Ärzteverein, würden durch die lebenslängliche Anstellung von Ärzten in ihrem Dienst größere Kosten entstehen als durch die Anstellung im Nebenamt. Ob dies der Fall sein würde, ist noch recht zweifelhaft. Wenn dem aber auch so wäre, darf das nicht von der Neuordnung abgesehen. Wird durch sie für die erkrankte ärmere Bevölkerung eine bessere Verpflegung herbeigeführt, so wird damit auch eine Hebung des allgemeinen Gesundheitsstandes in der Stadt erreicht. Ferner weisen die Ärzte darauf hin, daß Mißgriffe in der Wahl der angustellenden Ärzte stattfinden könnten, die dann nicht mehr zu ändern wären. Dieses Bedenken kann man aber bei der lebenslänglichen Anstellung jedes Beamten erheben. Durch Einführung eines Probejahres und anderer Vorkehrungsmaßregeln im Anstellungsvertrag wäre dieser Gefahr sehr wohl zu begegnen.

Weiter befürchtet der Ärzteverein, daß die im Hauptamt angestellten Gemeindevärzte ihren wissenschaftlichen und praktischen Aufgaben bald nicht mehr genügen und einseitige Kuratoren und Altkennern werden würden, weil sie dann nicht mehr durch Privatpraxis mit familiären sozialen Schichten der Bevölkerung in Verbindung kämen. Dem wird entgegengehalten: Die hauptsächlichste Behandlung von Patienten aus den ärmeren Bevölkerungsschichten hat für die Gemeindevärzte den großen Vorteil, sie mit den gesundheitlichen, wirtschaftlichen und professionellen Schäden derselben nach allen Seiten hin näher bekannt zu machen, gibt ihnen eine erhöhte Möglichkeit, die zweckmäßigste Behandlung zu ermitteln und zu erproben, so daß die Ärzte gerade deswegen das Tüchtigste zu leisten imstande sein werden. Erweist sich bei der beschriebenen Neuordnung die Arbeitsmenge für den einzelnen angestellten Arzt als zu groß bemessen, so ist eben durch Verkleinerung der Bezirke und Anstellung von mehr Ärzten diesem Uebel abgeholfen. Die Gefahr, daß dann die städtischen Ärzte auch von Personen in Anspruch genommen werden könnten, deren Vermögensverhältnisse ihnen gestatten, sich an einen Privatarzt zu wenden, ist auch jetzt keineswegs ganz ausgeschlossen. Für die Stadt ist überdies der Schaden viel geringer, wenn einmal der Gemeindevarzt von jemandem in Anspruch genommen würde, der imstande wäre, einen Privatarzt zu bezahlen, als wenn in einem solchen Falle durch Vernachlässigung eine Krankheit unheilbar wird, oder wegen Unterlassung der nötigen Eingriffe eine Uebertragung der Krankheit auf andere begünstigt würde. Der Charlottenburger Ärzteverein gibt endlich der Befürchtung Ausdruck, wenn ein Kinderarzt als Bezirksarzt angestellt würde und dann, nachdem er jahrelang keine Entbindung mehr gesehen habe, vor die schwierige Aufgabe eines geburtärztlichen Eingriffs oder die Stellung einer inneren Abteilung gestellt werde, so würde dieser Arzt hilflos sein. Dieser Einwand beruht auf einer recht geringen Einschätzung der Fähigkeiten eines praktischen Arztes seitens des Ärztevereins. Danach müßten auf dem Lande und in kleineren Städten der Mangel von Spezialärzten zu den an die Wand gemalten Folgen geführt haben. Solche Versuche, Leiden das Gruseln beizubringen, vermögen auf Menschen, die nicht blind sind und Ärzte höher einschätzen als der Ärzteverein, kein Eindruck zu machen.

Der Charlottenburger Ärzteverein hat sich jeder bisherigen Verbesserung des gemeindeärztlichen Dienstes, wie der Errichtung der Säuglingsfürsorgestellen und der Anstellung von Schulärzten mißtrauisch und bedenklich gegenüber gestellt. Verhindert hat er sie glücklicherweise nicht und kann nur erwidern, daß man keinen Einwänden berechtigtes Mißtrauen entgegenbringt, als er jeder Verbesserung, die auf Verhütung sachgemäßer und schnellerer Behandlung abzielt.

## Aus der Partei.

### Die Organisationen zum Parteitag.

In der Versammlung der Königsberger Genossen gab Genosse Gottschalk im einleitenden Referat zur Frage der Erbansatzsteuer der Ansicht Ausdruck, daß die Regierung auch bei der Annahme der Erbansatzsteuer keinen Fleiß indirekter Steuern weniger genommen hätte. Die Regierung, die gar nicht einmal alles bekommen habe, hätte sich ruhig von den Sozialdemokraten die Erbansatzsteuer bewilligen lassen, wie sie das jetzt nach Ablehnung der Erbansatzsteuer getan hat. Weiter habe aber unsere Programmforderung mit diesen Steuerorschlägen gar nichts zu tun. Diese Steuer, so wie sie verknüpft war, hätten wir nie annehmen dürfen, da man dieser Regierung wie keinen Mann, so auch keinen Großen bewilligen dürfe. Man könne doch nicht einfach Steuern bewilligen, weil sie direkte Steuern seien. Es komme dabei doch wesentlich in Betracht, wozu die Steuereinnahmen verwendet würden. — Genosse Marchionini verteidigte die von der Redaktion der „Volkszeitung“ vertretene Ansicht. Die Redaktion war der Meinung, daß man unmöglich in jedem Falle gegen direkte Steuern stimmen müsse, wie das von manchen Genossen verlangt wird. Die Macht, indirekte Steuern zu verhindern, haben wir nicht; wenn wir auch noch die direkten ablehnen, so werden den Armen noch mehr Lasten auferlegt und es bleibt dabei, daß wir dann das, was wir den Armen aufheben, den Reichen schenken. Wäre die Erbansatzsteuer in der dritten Lesung von der Fraktion abgelehnt worden, so hätte das die Redaktion sicherlich nicht gemißbilligt. Dagegen hätten unsere Genossen im Reichstag für die Nachlasssteuer mit dem Brecht des Staates stimmen müssen, sonst hätte man ihre Politik im Volke nicht verstanden, und uns wäre die Agitation erschwert worden. — Eine eigenartige Auffassung vertrat der Genosse Nachigall zur Frage des Schnapsbottens, er meinte, man müsse dabei auch die Erziehung der Wirte berücksichtigen. Die Wirte leben doch nun einmal von dem Konsum der Arbeiter. Vorkostiere man den Schnaps, müsse man Ertrag schaffen, um die Wirte schadlos zu halten!

### Vom Fortschritt der Presse.

Der „Stettiner Volksbote“ hat infolge einer regen Agitation, besonders in den Vororten, seit dem 1. Oktober 500 Abonnenten gewonnen.

### Reichstagskandidatur.

Von der Generalversammlung des Wahlkreises Hamm • S o s t wurde der zweite Vorsitzende des alten Vergarbeiterverbandes, Genosse H u s e m a n n, einstimmig als Reichstagskandidat aufgestellt.

Personallen. Für die im dritten Jahr erscheinende „Volksstimme“ des Wahlkreises Altona, die bisher in Elberfeld gedruckt wurde und jetzt in der neuen Genossenschaftsdruckerei der Parteigenossen in Lüdenscheid hergestellt werden soll, wurde Genosse Bruno A h n • Leipzig zum Redakteur gewählt.

### Jubiläum eines österreichischen Parteiorgans.

Am 17. Oktober 1889 ist die erste Nummer des „Freigeist“ erschienen. Unser Reichsberger Parteiorgan feiert dies Jubiläum mit der Herausgabe einer Festnummer. Das Parteiblatt könnte eigentlich heuer das Jubiläum eines fünfundsiebzigjährigen Bestehens feiern, denn schon im Jahre 1814 ist in Reichenberg das erste sozialdemokratische Blatt erschienen, der „Arbeiterfreund“. Dieser wurde aber 1882, während der Reaktionsperiode, dadurch unterdrückt, daß jeder Redakteur, sobald er die erste Nummer gezeichnet hatte, verhaftet und gefesselt dem Prager Landgericht eingeliefert wurde. Unter den sechs auf diese elisabethsche Weise unschädlich gemachten Redakteuren befanden sich auch der jetzige Reichsdeputationsgenosse Josef Hamich und der weit über Nordböhmen hinaus bekannt gewordene Agitator und Arbeiterdichter Josef Schiler. Der erste Redakteur des „Arbeiterfreundes“ war ein gewisser Wolf, der als der „eindringliche Wolf“ bekannt war; er ging von Reichenberg nach Deutschland, wo er in die Dienste der Polizei trat und kurz darauf eines gewalttätigen Todes gestorben sein soll. Im Jahre 1883 erschien zum zweiten Male ein sozialdemokratisches Blatt. Es war die Zeit der Spaltung in der öst-



reichlichen Partei, und das Blatt nannte sich „Der Radikale“. Im Jahre 1885 wurde es auf dieselbe Weise unterdrückt wie der „Arbeiterfreund“. Die Jahreswende 1888 bis 1889 brachte die Einigung der Radikalen und Gemäßigten und die Neuerrichtung der Partei auf dem Parteitag zu Gainsfeld. In Nordböhmen wurde sofort an der Durchführung des in Gainsfeld Beschlossenen sieberhaft, zumeist in geheimen Zusammenkünften, gearbeitet, und trotzdem der Ausnahmezustand noch herrschte, wurden auch die Vorarbeiten für die Gründung eines neuen Parteiorgans in Angriff genommen.

So konnte am 17. Oktober 1889 der „Freigeist“ erscheinen. Zuerst kam er vierzehntägig, nur vier Seiten stark, hervor. Nach steigender Auflage, und rasch wurde er umgestaltet; war er doch damals das einzige deutsche Parteiorgan in Böhmen. Als er wöchentlich zu erscheinen begann, mußte er nach den damals noch geltenden reaktionären gesetzlichen Bestimmungen 8000 Kr. Kaution stellen. Seit 1898 erscheint der „Freigeist“ zweimal wöchentlich neben neun anderen deutschböhmenischen Parteiorganen. Nach den Beschlüssen der letzten Landeskonferenz soll für Deutschböhmen ein in Prag erscheinendes sozialdemokratisches Tagesblatt gegründet werden. Sollte dieses Projekt nicht durchgeführt werden, dann wird der „Freigeist“ die oft angeregte und durch die Gründung einer eigenen Druckerei und die Ansammlung eines Fonds bereits vorbereitete Umwandlung in ein Tagesblatt vollziehen. Den reichsdeutschen Genossen wird dieses Bögen unverständlich erscheinen, aber es ist in den österreichischen Verhältnissen und in denen Deutschböhmens tief begründet. Der Konzeptionszwang im Buchdruckgewerbe verleiht dem Druck, die Postexpedition ist in Oesterreich umständlicher und teurer, und Deutschböhmen fehlt es an einem Zentrum und an einer Großstadt. Die größte Stadt Deutschböhmens, Aussig, zählt 40 000, Reichenberg, die sogenannte „Metropole Deutschböhmens“, nur 36 000 Einwohner. Auch haben wir niedrigere Löhne als im Reich, unsere Presse aber ist teurer als die reichsdeutsche. Die rüstig vorwärtsschreitende sozialdemokratische Bewegung Deutschböhmens wird aber alle diese Schwierigkeiten überwinden und ihre wichtigste Waffe, die Presse, so ausgestalten, wie sie vom Standpunkt der Notwendigkeit schon längst ausgestaltet sein sollte.

## Jugendbewegung.

Und abermals: die Polizei gegen die Jugendorganisation.

Eine öffentliche Jugendversammlung in Rixdorf, die, von der freien Jugendorganisation einberufen, sich mit der Frage: „Christliche Jünglingsvereine oder freie Jugendorganisation“ beschäftigte, wurde polizeilich überwacht. Die Protokolle des Versammlungsleiters gegen diese Polizeimaßnahme und der Hinweis auf einen Strafantrag wegen Hausfriedensbruch hatten keinen Erfolg — die Beamten blieben im Saale! Die Versammlung nahm indes einen ungeführten Verlauf. Der Vorsitzende erklärte, daß die Jugendorganisation zwar das Auge des Gesetzes nicht zu fürchten braucht, daß sie sich aber auch nicht unter ein Ausnahmerecht stellen läßt. Beschwerde und Anzeige werden erstattet. Der Beamte machte sich fleißig Notizen. Hoffentlich erfährt die Behörde aus dem Bericht, wie sehr jeder Grund zum Einschreiten fehlt. Die sollte sich doch schließlich auf die allzu phantasiereich gehaltenen Spiegelberichte allein nicht stützen. . .

Oder sollte in dem behördlichen Kampf gegen die Jugendorganisationen von Groß-Berlin Systeme liegen? Weinade scheint es so, als ob die Polizei auf höheren Befehl handelt. Rixdorf und Berlin haben getrennte Polizeiverwaltungen, und da muß es schon wunderbar erscheinen, daß just im selben Moment die gleichen Maßnahmen getroffen werden! Es wäre ja auch noch schöner, wenn die preussische Regierung nichts gegen eine Organisation tun würde, die Gesetzesübertretende Unternehmungen zur Anzeige bringt und in wirksamster Weise gegen die Schundliteratur und gegen den Alkohol kämpft.

## Aus der Frauenbewegung.

Rechtlos aber nicht machtlos.

Zur Landtagswahl.

Längst hat der Liberalismus den Namen einer Fortschrittspartei vertilgt. Ganz besonders gilt dies von seiner Haltung in der Frage des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts. Statt alle Kraft für eine Ausdehnung des Reichstagswahlrechts auf Frauen einzusetzen, wie das einer sich liberal nennenden Partei gezieme, tritt in diesem Sinne eine Verbesserung des elenden Gemeinbewahlrechts, da wo der Freisinn in den Gemeindeparlamenten die Macht besitzt, anzubahnen, haben wir die schamlosen, direkt gegen das Proletariat gerichteten Wahlrechtsüberbereiten von Kiel, Königsberg, Rixdorf, Steglitz usw. erlebt, nicht zu vergessen die nichtswürdige Kasserung der sozialdemokratischen Landmandate für Berlin, welche die bevorstehenden Ersatzwahlen veranlaßt.

Was die Frauen dem Freisinn insbesondere vorzuhalten haben, ist seine jämmerliche Haltung in einer der wichtigsten Fragen des allgemeinen und kulturellen Fortschritts: in der Frage des Frauenstimmrechts. Nicht nur die Programme der Liberalen, in in welchen ebenso wie in denen der äußersten Rechten, das Frauen-

stimmrecht noch immer kein Plätzchen gefunden hat, erweisen diese unverantwortliche Geringschätzung der politischen Frau, sondern auch eine ganze Reihe von parlamentarischen und parteiunabhängigen Kundgebungen.

Schon 1895 hatte der Freisinn Gelegenheit gesucht und gefunden, seine in den philisterhaften Vorurteilen beruhende Feindseligkeit gegen die Verteilung vollen Bürgerrechts an die Frau in trautem Bunde mit der reaktionären Rechten im Reichstage zu dokumentieren. Damals hatte die Sozialdemokratie im Rahmen einer Wahlsform für die Bundesstaaten das Frauenwahlrecht gefordert und eingehend begründet. „Nichts gelernt und nichts vergessen!“ konnte man in Bezug auf den Freisinn sagen, als er im Frühjahr 1906 noch dieselbe bornierte Haltung einnahm. 11 Jahre waren seit 1895 verstrichen, und in dieser Zeit hatte die Frauarbeit auf allen Gebieten einen riesenhaften Umfang angenommen. Ein Millionenheer von Arbeiterinnen Loyale jetzt unter Hinweis auf die neue Tätigkeit der Frau innerhalb der Gesellschaft Bürgerrechte beanspruchen, nicht weniger die Hunderttausende von Kopfarbeiterinnen in den Bureaus. Der Freisinn jedoch stimmte im Jahre 1906 im Reichstage zweimal gegen das Frauenwahlrecht. Im Frühjahr 1908 stimmten freisinnige Abgeordnete im oldenburgischen Landtage einem ihrer Reichs- und Landtagsabgeordneten begeistert zu, der die politische Gleichberechtigung der Frau für unmöglich erklärte. Ein einziger Freisinnsmann gab bei dieser Gelegenheit mit den vier Sozialdemokraten zusammen seine Stimme für den sozialdemokratischen Antrag auf Gewährung des Frauenwahlrechts ab. Um es kurz zu machen, sei schließlich noch an den letzten Parteitag der freisinnigen Vereinigung in Frankfurt erinnert, wo Raumann unter dem Vorbehalt seiner Parteigenossen erklärte: „Es wäre ein Fehler, die preussische Landtagswahlbewegung zu verquiden mit der Forderung des Frauenwahlrechts.“

Nun, die Sozialdemokratie „berquidit“ jede Wahlbewegung mit dieser Kernfrage der Frauenbewegung. Eine bürgerliche Frauenrechtlerin, Frau Minna Cauer, gab kürzlich in der von ihr redigierten Zeitschrift: „Die Frauenbewegung“ die bemerkenswerte, an die Adresse ihrer Klassen-genossinnen gerichtete Erklärung ab: „Die Frauenrechtlerin par excellence kann sich konsequenterweise nur der Sozialdemokratie anschließen oder aber der jungen Demokratischen Vereinigung. Auch diese vertritt die volle Gleichberechtigung der Frau. Alle anderen Parteien, zur Schande des Liberalismus sei es gesagt, verlagen vollständig in dieser Hinsicht.“ In der letzten Nummer der „Frauenbewegung“ bemerkt Frau Freisheid, daß „gerade bei den liberalen Wählern sehr wenig Stimmung für das Frauenstimmrecht vorhanden“ sei. Ganz natürlich, angesichts der prinzipiell und praktisch gleich fortschrittsfeindlichen Haltung der Parteiführer. Die Freisinnigen sind in erster Linie dafür verantwortlich, daß Deutschland hinter anderen Ländern gerade in der Frauenstimmrechtsfrage so weit nachhinkt. Unverbindliche Zusicherungen des Wohlwollens seitens einiger weniger loyal denkender Freisinniger ändern daran nichts, daß die freisinnigen Parteien als solche gegen eine Vereinerung der politischen Rechtslosigkeit der Frau nichts einzuwenden haben.

Dieser frauenfeindliche, vorkerbäuerliche Freisinn hofft, der Sozialdemokratie am 28. Oktober die vier Berliner Mandate entreißen zu können. Mögen die Genossinnen dazu mitwirken, dieses seine Pläne zu zunichte zu machen! Rechtlos sind die Frauen wohl, aber nicht machtlos.

Genossinnen, Ihr seid eine Macht. Räht sie und laßt Euch durch kein Zetergeschrei beirren. Vor allem miniert und agitiert, Genossinnen, daß dem mandatsungrigen Freisinn am Wahltag die Augen übergehen! So rächt Ihr Euer entrechtetes Geschlecht an diesem Schritt-macher jeder Reaktion!

Rieder mit dem Freisinn!  
Hoch die Sozialdemokratie!

Lesende.

Straßen, Montag, den 25. Oktober, bei Kaiser, Markgrafendamm 11. Vortrag. Genossin Böhm-Schuch: „Serielle Fragen und Kindererziehung.“

## Gerichts-Zeitung.

Mordprozeß Böhle.

Der 23jährige Buchdrucker Otto Böhle stand gestern vor den Geschworenen, um sich unter der schweren Anklage zu verantworten, seine Geliebte, die 18jährige Schneiderin Johanna Krörke, durch fünf Revolverschüsse getötet zu haben. Am 3. Oktober v. J. hielte Böhle die in dem Hause Wredowstraße 4 wohnhafte Krörke, die Tochter eines Steuerbeamten, ab und suchte mit ihr erst das Café Scandinavia in der Friedrichstraße auf. Nach 12 Uhr nachts nahm der Angeklagte dann eine Automobildroschke, um auf Umwegen durch den Tiergarten nach Hause zu fahren. In der Nähe des Holandbrunnens vernahm der Droschkenführer Wahrsch, welcher das Auto lenkte, hinter sich mehrere Schüsse. Er drehte sich um und sah, daß die Krörke blutüberströmt und in sich zusammengesunken auf den Pflastern des Wagens lag, während Böhle ebenfalls zusammengesunken war und seine rechte Hand, die einen Revolver umkrampft hielt, über den Kopf der Krörke hielt. Der Chauffeur

fuhr ohne anzuhalten sofort nach der Postzeitsache im Tiergarten und von da aus mit einem Schutzmännchen weiter nach der Charité. Hier zeigte es sich, daß die Krörke bereits tot war, während Böhle auf sich selbst einen Schuß abgegeben und sich am Kopfe verletzt hatte. Als er nach 45stündiger Bewußtlosigkeit wieder zu sich kam, stellte er verschiedene Fragen an die Ärzte und Wärter, aus denen hervorging, daß er von dem ganzen Vorfall aufschneidend nichts mehr wußte. Er erinnerte sich nur noch, mit der Krörke im Café Scandinavia gewesen und dann mit einer Automobildroschke weggefahren zu sein. Bei diesen Angaben blieb er auch bei seiner weiteren Vernehmung vor dem Untersuchungsrichter und in der gestrigen Verhandlung.

In seiner Vernehmung machte der Angeklagte folgende Angaben: Er habe die Gemeindegasse besucht und sei dann Buchdrucker geworden. Die Krörke habe er im Winter 1906 kennen gelernt, sie habe damals in dem Hause Wredowstraße 4, in welchem seine Großmutter wohnte, gewohnt. Als im September 1906 der Vater der Krörke, habe ihn die Krörke geschrieben, sie wolle ihn ihrer Mutter vorstellen. Die Mutter habe ihr Verhältnis auch begünstigt und er habe regelmäßig in der Familie Krörke verkehrt, wobei er sich ständig mit dem Gedanken getragen habe, die Johanna Krörke zu heiraten, wenn auch noch Jahre vergehen würden, bis er sich eine Lebensstellung errungen haben würde. Nachdem er längere Zeit in Kristiania gearbeitet habe, sei ihm bei seiner Rückkehr nach Berlin sofort ein völlig verändertes Wesen der Frau K. wie auch seiner Braut aufgefallen. Er sei hierüber sehr erregt gewesen, als ihm die Frau K. ziemlich deutlich zu verstehen gegeben habe, daß sie es gern sehen würde, wenn ihre Tochter einen anderen Mann heiraten würde. Von nun an habe es Haß und Streit gegeben. In dem Gefühle, daß Johanna nichts mehr von ihm wissen wollte, habe er sich von dem Zeitpunkte ab mit Selbstmordgedanken getragen und sich einen Revolver gekauft. Er habe dann wiederholt vergeblich vor der Wohnung der K. gewartet. Einmal sei die jüngere Schwester der Johanna gekommen und habe ihm einen Brief überreicht, in welchem sie ihn aufforderte, von ihr zu lassen. Er sei hierauf sofort in die Wohnung gegangen, wo ihm die Frau K. beim Öffnen gleich gesagt habe: „Ach Otto, gehen Sie doch, mit Euch beiden hat es ja doch keinen Zweck.“ Er sei dann mit der Johanna in den Tiergarten gegangen, wo er ihr sagte, daß er sich erschießen würde, wenn sie ihn verlassen würde. — Auf Vorhalt des Vorstehenden gibt der Angeklagte zu, hierbei gesagt zu haben: „Wenn ich wüßte, daß ein anderer dahinter steht, würde ich nicht allein aus der Welt scheiden, aber dies traue ich Dir nicht zu.“ In der weiteren Vernehmung ergab sich, daß der Angeklagte bei dieser Gelegenheit den Revolver geladen hat. Die K. versuchte, ihm die Waffe gewaltsam zu entreißen, was ihr auch schließlich gelang. Am nächsten Tage kaufte er sich jedoch gleich wieder einen neuen Revolver, den er sofort lud und von nun an ständig bei sich trug. Am Donnerstag, den 1. Oktober, ging der Angeklagte wieder mit der Johanna spazieren. Als ihnen auf der Straße ein junger Mann begegnete, der die K. mit dem vertraulichen Grüße: „Guten Tag, Hanni“ anredete, wurde er berätigt erregt hierüber, daß er die K. auf der Straße stehen ließ und stundenlang im Tiergarten umherirrte. Hierbei will er den Gedanken gefaßt haben, erst die K. und dann sich selbst zu töten. Er ging dann nach Hause und schrieb drei Briefe an die Frau K. und an seine Verwandten, in denen er mitteilte, man werde ihn und Johanna nicht mehr wiedersehen. Am Sonnabend, den 3. Oktober v. J., dem Tage der Tat, wartete der Angeklagte längere Zeit vergeblich in der Stadt, um die Johanna K. vom Geschäft abzuholen. Er traf sie schließlich vor ihrer Wohnung und fuhr mit ihr in einer Automobildroschke nach dem Café Scandinavia in der Friedrichstraße. Hier saßen beide und sprachen sehr ruhig über die bevorstehende Auflösung ihres Verhältnisses. Der Angeklagte äußerte dabei, daß er dauernd in das Ausland gehen wolle. Die K. wollte nun plötzlich nichts mehr von einer Trennung wissen, sie bat ihn unter Tränen, alles zu vergessen und sie nicht zu verlassen. Es schien auch schließlich wieder alles im alten Gleise zu sein, denn das Pärchen war sehr vergnügt, als es nach 12 Uhr nachts das Café verließ. Sie nahmen dann an der Weidenbammer Brücke eine Automobildroschke und fuhren auf dem Umwege über das Halleische Tor durch den Tiergarten nach Hause. Wie der Angeklagte vor Gericht mit leiser, kaum verständlicher Stimme erzählt, sei ihm auf dieser Fahrt alles noch einmal durch den Kopf gegangen, er sei so in Gedanken verunken gewesen, daß er gar nicht gemerkt habe, wo er sich eigentlich befände. Was dann geschehen sei, wisse er nicht mehr; er sei erst wieder zu sich gekommen, als er im Krankenhaus gelegen habe.

Demgegenüber stehen die Angaben, die der Angeklagte dem Oberarzt Dr. Braak in Wuhlgarten gemacht hat, als er sich dort zur Beobachtung seines Geisteszustandes befand. Dem Arzte gegenüber hat der Angeklagte viel weitergehende Angaben gemacht, bei denen er sich an verschiedene Einzelheiten der Tat sehr genau erinnerte. Der Angeklagte behauptete, daß er diese Angaben nur gemacht habe, weil ihm gedroht sei, er würde sonst auf Lebenszeit ins Irrenhaus wandern.

In der bis in die späte Abendstunde sich hinziehenden Vernehmung behandelte der Stabsarzt Dr. Böhle, daß der Angeklagte Böhle bei seiner Einlieferung in die Nal. Charité völlig bewußtlos gewesen war. Obwohl das ganze Gesicht völlig mit Blut bedeckt war, habe er zu seinem Erscheinen feinerlei Verletzungen gefunden. Böhle habe über 48 Stunden bewußtlos und in völliger Unempfindlichkeit gelegen, in der er selbst auf tiefe Nabelschnur nicht reagiert habe. Erst am Dienstag früh sei der Angeklagte mit der Frage: „Wo ist Hanni?“ erwacht. Dieser Zustand der völligen Bewußtlosigkeit lasse mit größter Wahrscheinlichkeit den Schluß zu, daß sich der Angeklagte in einer Art Dämmerzustand befunden habe.

Im Anschluß an diese Vernehmung trat eine 1½stündige Pause ein, da der Angeklagte von einem Unwohlsein befallen wurde und infolge eines Schwindelanzalles auf der Treppe zum Gefängnis zusammenbrach.



# Umsonst

Taschenuhr, Toilettespiegel, wie nebenstehend abgebildet, und viele andere anerkannt wertvolle Gegenstände erhalten Sie bei Benutzung von **Flammers Seife und Flammers Seifenpulver**. Hunderttausende solcher Geschenke kamen bis jetzt zur Verteilung. Beide Waschmittel sind die denkbar besten, geben mühelos und ohne besonderes Bleichen schönste Wäsche, sie sind garantiert unschädlich, ausgiebig und billig im Preis. Sparsame, auf ihren Vorteil bedachte Hausfrauen verwenden nur noch



# Flammer Seife u. Seifenpulver







Bericht über die Tätigkeit der sozialdemokratischen Fraktion im Berliner Rathaus.

II. Finanz- und Steuerpolitik.

„Wir wollen keine Steuer auf Vorrat bewilligen“ — auch das war einer der Gründe, die die freisinnige Majorität der Stadtverordnetenversammlung im Jahre 1907 für ihre Ablehnung der Wertzuwachssteuer ins Feld führten — ein durchaus selbstverständlicher Grund! Zunächst gibt es in der Berliner Verwaltung so viele Aufgaben, die erhöhte Einnahmen erforderlich machen, daß schon aus diesem Grunde auf lange Zeit hinaus von „Steuern auf Vorrat“ nicht gesprochen werden kann — wir erinnern nur an das gemäß beschlossene Programm des Oberbürgermeisters, das wir in unserem vorigen Bericht (S. 7) wiedergaben. Aber selbst wenn man auf dem Standpunkt der engstirnigen freisinnigen Steuerpolitik steht, deren Ideal darin besteht, den Einkommensteuerjahrs nicht über 100 Proz. des staatlichen hinauswachsen zu lassen, gibt es keine „Steuern auf Vorrat“; hätte die Wertzuwachssteuer erhebliche Beträge geliefert, so konnte man, wenn trotzdem die Ausgaben mit knisternder Hand niedrig gehalten werden sollten, den Satz der Einkommensteuer so weit herabsenken, daß die Einnahmen gerade wieder die Ausgaben deckten. Endlich aber genügt das Wort von den „Steuern auf Vorrat“ von einer völligen Verleumdung über die tatsächliche Finanzlage! Denn schon der Etat 1909, der Etat für das jetzt laufende Jahr, zeigte mit erschreckender Deutlichkeit, daß wohl oder übel neue Einkommensquellen für die Stadt erschlossen werden müssen. Gewiß, es sind durch die staatliche Gesetzgebung der Stadt neue Ausgaben in nicht unbeträchtlicher Höhe erwachsen; das neue Polizeistatut fordert für die Stadt eine um 2 1/2 Millionen höhere Abgabe an den Staat für Polizeizwecke auf — ohne daß die Stadt darum ein Wortchen in die Tätigkeit des Polizeipräsidenten hineinzureden hätte! Dazu kommen erhebliche Mehraufwendungen für die Lehrer (rund 1 1/2 Millionen Mark für die Gemeindeschulen, rund 700 000 M. für die höheren Schulen) Ausgaben, die an sich wohl angebracht sind, zu denen sich aber die freisinnigen Herren, wie wir noch an anderer Stelle nachweisen werden, freiwillig sobald nicht entschlossen hätten. Aber diesen Mehraufwendungen von rund 5 Millionen gegenüber ist daran zu erinnern, daß auf der Einnahmeseite des Etats noch rund 10 Millionen Mark Ueberschüsse aus den Vorjahren stehen — trotzdem gelang es nur dadurch den Etat zu finanzieren, daß bei den Bauverwaltungen, namentlich beim Hochbau, gegen früher bedeutend geringere Aufwendungen gemacht werden sollten. Während im Vorjahre an Zuschuß der Stadt für die Hochbauverwaltung fast 14 Millionen Mark angefordert waren, sind es im Etat für 1909 nur noch etwas über 6 Millionen — also bedeutend weniger als die Hälfte! Man verteidigt sich damit, daß ja noch genügend Bauverträge aus den Vorjahren zur Verfügung stehen, um die Vortätigkeit im bisherigen Maße weiterführen zu können; — dabei vergißt man zweierlei: erstens daß gerade in Zeiten wirtschaftlichen Tiefstandes wie jetzt die Tätigkeit der Stadt als Arbeitgeber erhöht werden müßte, statt sie bestmöglich mit Rücksicht auf die bisherigen Umsätze aufrecht zu erhalten; zweitens, daß die Forderungen im nächsten Jahre um so beträchtlicher sein müssen, wenn alle Reserven, die in den früher reichlich bemessenen Bauverträgen stecken, aufgebraucht sein werden. Daß bei diesen Umständen besonders der Bau von Gemeindeschulen betroffen worden ist, werden wir noch in anderem Zusammenhang berühren. Werden schon durch die Abträge von mehr als 6 Millionen Mark im Hochbau allein die oben erwähnten 5 Millionen an Mehraufgaben auf Grund der staatlichen Gesetzgebung weit überdeckt, so mußte man trotzdem auch bei den Einnahmen noch einen kühnen Ansatz machen. Der Etat der Einkommensteuer, der für 1908 mit 88 400 000 M. veranschlagt war, wird im Etat für 1909 bei dem gleichen — in Berlin ja wie ein Heiligtum feststehenden — Satz von 100 Proz., mit 80 400 000 Mark, also genau mit einer Million Mark höher angelegt — trotz der schlechten Zeiten, die sich hier wegen der Veranlagung der Handel- und Gewerbetreibenden nach dreijährigem Durchschnitt von Jahr zu Jahr stärker fühlbar machen müßten. Und doch trifft möglicherweise die Schätzung zu; wie wir im vorigen Bericht (S. 9) anführten, hat der Magistrat bereitwillig zur Durchführung der ministeriellen Verfügung mitgewirkt, wonach Arbeitgeber verpflichtet sind, der Steuerbehörde Angaben über das Einkommen der von ihnen beschäftigten Personen, soweit es nicht 3000 M. übersteigt, zu machen. Die Bestrebungen, die Arbeiter schärfer heranzuziehen, scheinen überall von Erfolg gekrönt gewesen zu sein; denn, wenn der Kammerherr berichten konnte, daß — bei einer Steigerung des Einkommensteuersatzes für 1908 gegenüber dem für 1907 um 9,51 Proz. im ganzen Staat Preußen — in Rixdorf allein eine Steigerung von 35,42 Proz. festgefunden hat, so beweist das, daß es vor allen Dingen die Arbeiter sind, die trotz schlechter Zeiten weit höhere Beiträge an Einkommensteuer auf Grund der neuen Einschätzung zahlen müssen. Wir haben im vorigen Bericht (S. 9) unsere Stellung dazu dargelegt; wir wiederholen hier: kein Arbeiter wird es als ein Unrecht empfinden, wenn die Einkommeneinschätzung allgem. ein richtiges Gesicht; so sind wir stets dafür eingetreten, die Selbsteinschätzung schon bei niedrigen Einkommen zu verlangen; bei den augenblicklichen Verhältnissen aber dürfen wir sicher sein, daß in den Einkommensklassen unter 3000 M. nur die Arbeiter und die kleinen Unterbeamten richtig eingeschätzt werden, während alle übrigen erheblich unter dem richtigen Betrag bleiben. Die sozialdemokratische Fraktion hat nie einen Zweifel darüber bestehen lassen, daß sie bereitwillig einer Erhöhung des kommunalen Einkommensteuersatzes zustimmen würde, wenn dafür, sei es die Unentgeltlichkeit der Krankenpflege, sei es die Unentgeltlichkeit der Lebensmittel in den Schulen eingeführt würde. Wir wissen, daß nicht nur die Art der Veranlagung zur Einkommensteuer für die Arbeiter höchst ungünstig ist; wir wissen auch, daß der Aufbau der Steuerjahre ein ungerechter ist — in der Tat kann man in Preußen gar nicht von einer „progressiven“ Einkommensteuer reden; wir haben eine Einkommensteuer von 4 Proz. — mit den augenblicklichen Zuschlägen von 6 Proz. — die für Einkommen bis hinauf zu Reineinkommen von 100 000 Mark im Jahre Ermäßigungen erfährt; wir wissen auch, daß die Stadt durch die staatliche Gesetzgebung an diese Säge gebunden ist — und trotzdem wissen wir uns eins mit der großen Masse der Bevölkerung, mit der Arbeiterklasse, wenn wir erklären: Wir stimmen der Erhöhung der Einkommensteuer zu, wenn wir dafür soziale Verbesserungen erreichen, Einrichtungen, die im Interesse der Gesamtheit liegen. Es lohnt sich demgegenüber auf die Bemühungen der Beschäftigten hinzuweisen, sich Steuerleistungen zu entziehen, wo es nur irgendwie geht. Gelegentlich der Beratung einer vom Magistrat gemachten Vorlage betreffs einer formalen Neuordnung der Umschlagsteuer sah sich der damit betraute Ausschuß veranlaßt, eine Resolution vorzuschlagen, in der der Magistrat aufgefordert wird, Vorschläge zu machen, nach denen die Gesellschaften mit beschränkter Haftung, die den Erwerb und die Bewertung einzelner Grundstücke zum Zweck haben, schärfer zur Steuer herangezogen werden könnten. Der Berichterstatter führte aus, daß ein derartiges Vorgehen nötig sei, weil diese Gesellschaften es „im Rahmen des Gesetzes“ ermöglicht haben, sowohl den Stempel wie die Umschlagsteuer zu „sparen“. „Es wird eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung begründet, die lediglich den Zweck habe, ein größeres Grundstück resp. eine Parzelle zu erwerben. In neuerer Zeit bilden nicht nur große Terrains, sondern auch einzelne Parzellen den Gegenstand einer solchen Gesellschaft. Wenn dann sämtliche Anteile dieser Gesellschaft mit beschränkter Haftung durch Veräußerung in eine Hand gelangt sind, was leicht ist, ohne

daß die Gesellschaft selbst aufhört zu bestehen, so wird mit der beliebigen oft erfolgenden Übertragung der sämtlichen Anteile auf eine einzelne Person, das Eigentum an dem Grundstück mitübertragen, ohne daß eine Auflassung des Grundstückes vorgenommen zu werden braucht. Es kann auf diesem Wege unter Erspargung von Grundstücksverkaufsstempel und Umschlagsteuer das Grundstück beliebig oft den Besitzer wechseln.“ Und diese Ausführungen erhielten ihre volle Bedeutung erst durch einige Bemerkungen des Herrn Kommerzienrat Haberland, eines der gewichtigsten Bodenbesitzer. Herr Haberland erklärte nämlich, daß solche Steuerhinterziehungsgeheimnisse in Berlin nur deshalb bisher nicht noch in viel größerem Umfange ins Leben getreten seien, weil ihr eigentlicher Zweck — die Wertzuwachssteuer zu umgehen sein sollte, die ja bisher in Berlin nicht durchgedrungen sei. Herr Haberland — und er muß es ja wissen — fuhr fort:

„Je höher die Steuern werden, um so mehr werden naturgemäß Modalitäten gesucht, welche die zu zahlenden Steuerbeiträge verringern.“ Er wies dann auf die „Offerteerträge“ hin, als den „typischen Weg“, auf dem die Umschlagsteuer „gespart“ werde. Uebrigens stimmte Herr Haberland, wie wohl die ganze Versammlung, für die Resolution, damit es nicht den Anschein habe, „als ob ich die Heranziehung derartiger Modalitäten zur Steuer verhindern wollte“ — er konnte es mit um so heiterer Gemüte, als er „überzeugt“ war, „daß die Resolution nichts helfen und die Stadt Steuern aus derartigen Beträgen nicht erhalten wird.“

Gaben wir hier einen hübschen Gegenatz zwischen Steuerwilligkeit und dem Bestreben, Steuern zu hinterziehen, so können wir aus unserer Verichtszeit auch zwei Aktionen einander gegenüberstellen, die sich auf die Beschaffung von Mitteln auf anderen Wegen beziehen. Wir denken hierbei nicht an die Schaffung der städtischen Straßenbahnen, die im ersten Betriebsjahr (9 Monate wirklicher Betrieb), fast den vom Kammerer erwarteten und in den Etat 1908 eingekalkulierten Zuschuß in Höhe von 75 000 M. zu erfordern, nach voller Verzinsung und reichlicher Ausstattung des Erneuerungsfonds einen Ueberschuß von rund 180 000 M. lieferten — ein glänzender Beweis für die von uns stets vertretene Auffassung, daß der Betrieb der Straßenbahnen durch die Stadt — abgesehen von seiner sonstigen kommunalpolitischen Bedeutung — auch eine nicht zu unterschätzende Einnahmequelle sein würde; auf diesen Gegenstand kommen wir später noch zurück. Hier wollen wir erwähnen, daß noch im Jahre 1907 aus der Mitte der Majorität heraus gelegentlich der Vorlage einer Neuordnung der Hundesteuer der Versuch gemacht wurde, die Finanzen zu verbessern. Der Magistrat hatte die Hundesteuer auf der Höhe von 20 M. belassen; es wurde beantragt, sie auf 30 M. zu erhöhen und dieser Antrag mitamt der Vorlage einem Ausschuß überwiesen; da in diesem aber auf Grund unseres Einspruchs im Interesse der kleinen Leute beschlossen wurde, die Erhöhung nur für Leute mit Einkommen über 3000 M. in Kraft zu setzen, hatte die ganze Anregung ihren Reiz verloren, und in der Versammlung wurde die Magistratsvorlage unter Ablehnung jeder Erhöhung angenommen. Endigte dieser fast komische Versuch von liberaler Seite naturgemäß ergebnislos, so darf von einem Vorstoß unserer Fraktion ein erfreuliches Ergebnis erwartet werden. Der Etat der Kanalisationsverwaltung erfordert noch dem Etat einen Zuschuß von fast 3 Millionen Mark; die Grundbesitzer zahlen an Abgaben nach einem Satz von 1 1/2 Proz. des Nutzungswertes ihrer Grundstücke zusammen 6 700 000 M.; unsere Vertreter im Stadtausschuß beantragten, statt 1 1/2 Proz. von nun ab 2 Proz. zu erheben; es würde dadurch der Zuschuß der Stadt zu den Kosten der Kanalisation auf 700 000 M. herabgebracht werden. Unsere Vertreter erklärten, es sei nur billig, daß die Grundbesitzer die vollen Kosten der Kanalisation tragen, zumal es ja zweifellos sei, daß die durch die Kanalisation bedingten hygienischen und ästhetischen Vorteile sich in Wertzuwachs des Grund und Bodens umsetzen und die Einkünfte der Grundbesitzer erhöhen. Selbstverständlich fehlte es schon im Stadtausschuß nicht an erbitterten Protesten der Hausbesitzer; doch gelangte wenigstens eine Resolution zur Annahme, nach der die Stadtverordnetenversammlung den Magistrat um eine Vorlage ersucht, durch welche eine angemessene Erhöhung der Kanalisationsgebühren bis zur Höhe von 2 Proz. vom 1. April 1910 ab herbeigeführt wird. In der Versammlung wurde mit aller Macht gegen die Resolution Sturm gelaufen; die Hausbesitzer rühmten ihre Leistungen für die Stadt und klagten über Ungerechtigkeit; übrigens waren auch die Freunde der Resolution vielfach recht lau; so hielt es Herr Galland für nötig, festzustellen, daß mit Annahme der Resolution noch keineswegs für die Erhöhung der Abgabe auf 2 Proz. gestimmt werde — abgesehen von der Offenlassung der Höhe der Abgabe, die ja nur nach oben begrenzt werde, handle es sich doch nur um eine Anregung für den Magistrat, der die Notwendigkeit, die Selbstkosten und das Interesse der Allgemeinheit“ nachzuweisen haben werde. Es ist keineswegs ausgeschlossen, daß die Resolution im wesentlichen dieser Erwägung ihre Annahme verdankt; immerhin fanden sich bei der namentlichen Abstimmung noch 29 Stadtverordnete, die mit „Rein“ stimmten; geschlossen mit „Ja“ stimmte außer uns nur noch die kleine sozialfortschrittliche Gruppe — die drei großen liberalen Fraktionen stellten sämtlich auch Reinsager — natürlich nur Hausbesitzer.

Ueber die weitere Entwicklung der Kanalisationsabgabe ist noch nichts bekannt.

Partei-Angelegenheiten.

Wähler-Versammlungen

- finden heute in folgenden Lokalen statt:
5. Landtagswahlbezirk: Sanssouci, Rotibuser Str. 6. Referent: Ströbel.
6. " " Markgrafensäle, Markgrafendamm 34. Referent: Hugo Heimann.
Zahlreichen Besuch erwarten Die Wahlkomitees.

Verband sozialdemokratischer Wahlvereine Groß-Berlins und Umgegend.

Vortrags-Zyklus:

- Theorie und Geschichte des modernen Sozialismus.
Rich. Wallachmieders & Kellers Festäle (Inh.: „Prachsfälle“, Vabstr. 16: Freitag, den 29. Oktober Montag, den 1. November
Freitag, den 5. November Montag, den 8. November
Freitag, den 12. November Montag, den 15. November
Freitag, den 19. November Dienstag, den 23. November
Freitag, den 26. November Montag, den 29. November
Freitag, den 3. Dezember Montag, den 6. Dezember
Vortrager: Max Grünwald.

Die einzelnen Vorträge umfassen:

- 1. Die Entwicklung des sozialistischen Gedankens bis zum wissenschaftlichen Sozialismus.
2. Der wissenschaftliche Sozialismus: Marx und Engels.
3. Die ersten Organisationsansätze: Der Kommunistenbund. Die Internationale Arbeiterassoziation.
4. Die nord- und mitteldeutschen Arbeitervereine. Die Bildungsvereine. Lassaue und der Allgemeine deutsche Arbeiterverein.

5. Bebel und Liebknecht und die Gründung der sozialdemokratischen Partei. Die Einigung von 1875.
6. Das Sozialistengesetz und seine Uebertwindung. Von Halle (1890) bis Leipzig (1909).
Preis der Karte für alle sechs Vorträge 60 Pf.
Karten sind bei den Bezirks- und Abteilungsführern sowie in den Kreiswahlvereinsbüros zu haben.
Wir erwarten zahlreiche Beteiligung.
Der Zentralvorstand.

Dritter Wahlkreis. Heute, Dienstag, abends 8 1/2 Uhr finden zwei kommunalwähler Versammlungen statt. Für den 17. Bezirk im Krüppelpolast, Reigenstr. 94. Referent: Stadtverordneter Paul Dupont und der Kandidat Wilhelm Börner. Für den 18. Bezirk in Feuersteins Festäle, Alte Jakobstraße 75. Referent: Stadtv. Ferdinand Ewald und der Kandidat Emil Kerstin.

Fünfter Wahlkreis. Die Fortsetzung der Diskussion über den Leipziger Parteitag, Verichterstattung von der Provinzial-Konferenz wird heute, Dienstag, 8 1/2 Uhr abends im alten Schützenhause, Linienstr. 5 vorgenommen.

Mitgliedsbuch legitimiert. Pünktlichen und allseitigen Besuch erwartet Der Vorstand.

Charlottenburg. Wir machen auf die heute im „Vollshaus“ stattfindende Mitgliederversammlung aufmerksam, in welcher die Genossin Jeeche-Rixdorf über: „Kulturbestrebungen der modernen Arbeiterklasse“ sprechen wird. Der Vorstand.

Schöneberg. Heute, Dienstag, abends 8 Uhr findet in den Neuen Rathhause, Reisingerstr. 8 eine Volksversammlung statt. Tagesordnung: Die Sozialdemokratie in der Gemeinde. Referent: Reichstagsabgeordneter Genosse H. Mollenhuth. Diskussion. — Da am 6. November d. J. die Stadtverordnetenwahlen stattfinden, ist das Erscheinen aller Genossen und Wähler unbedingt notwendig. Der Vorstand.

Mariendorf. Mittwoch abends 8 Uhr im neuen Saal bei Löwenhagen Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Die Auspländerei durch indirekte Steuern. Diskussion. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. Der Vorstand.

Brick-Baum. Heute Dienstag, abends 8 Uhr, findet im Lokale des Herrn R. Klein, Sudow, Gaussestraße 12, eine öffentliche Gemeindegewählerversammlung statt. Tagesordnung: 1. Vortrag über die Gemeindegewahl. Referent: E. Dudy. 2. Diskussion. 3. Aufstellung des Kandidaten. Genossen, agitiert für zahlreiches Besuch der Versammlung! Der Einberufer.

Treptow-Baumhansenberg. Heute Dienstag, abends 8 1/2 Uhr, in der „Auenbahn“ Mitgliederversammlung. Vortrag des Genossen Wilhelm Denger: „Miß- und Ausblick auf die politische Lage“. — Aus der Gemeindevertretung. — Vereinsangelegenheiten. — Verschiedenes. Der Vorstand.

Rixdorf. Heute Dienstag, abends 8 1/2 Uhr, hält der Wahlverein seine Versammlung im Stadttheater ab. Genosse Kloth spricht über die Stellung der Arbeiterklasse zu den neuesten Tagesereignissen. Der Vorstand.

Weißensee. Heute abends 8 1/2 Uhr findet im „Prälaten“, Leberstraße 122, eine Volksversammlung statt. Genosse Eugen Bräuer spricht über: „Was bringen uns die neuen Steuern?“

Köpenick. Donnerstag, den 21. d. M., abends 8 1/2 Uhr, findet im Lokale des Genossen H. Kurzner unsere Wahlvereinsversammlung statt. Tagesordnung: Bericht vom Leipziger Parteitag.

Reinickendorf-West. Heute Dienstag, abends 8 Uhr, findet in den Eichborsteln, Eichbornstr. 60, eine Volksversammlung statt. Tagesordnung: Die Bedeutung des Genossenschaftswesens für die Arbeiterklasse. Referent: Genosse Adolf Ritter.

Der Jahrestag des 6. Bezirks findet nicht mehr beim Genossen Liebke, sondern beim Genossen Krümmert, Berliner Straße 86, statt. Die Bezirksleitung.

Potsdam. Am Mittwoch, den 20. d. M., findet in allen Bezirken Jahlabend statt.

Berliner Nachrichten.

Sonderne Armenkommissionen?

Die Niederlegung der Renten durch Mitglieder der 120. Armenkommission hat die Aufmerksamkeit weiterer Kreise auf die Aufgabe gelenkt, daß eine ganze Anzahl von Armenkommissionen glauben über ihre Zusammensetzung selber beschließen zu können. Sie meinen, daß nur diejenigen Personen wahrhaftig sind, einer Armenkommission anzugehören, die von der betreffenden Kommission in Vorschlag gebracht werden. Und wenn ihren Vorschlägen nicht entsprochen wird, passiert es öfter, daß alle möglichen Winkelzüge gemacht werden, um ein von der Stadtverordnetenversammlung rechtmäßig gewähltes Mitglied nicht an den Arbeiten der Kommission teilnehmen zu lassen. Es geht schließlich so weit, daß die Kommissionen mit Niederlegung ihrer Renten drohen, um ihren Willen durchzusetzen. Diese Vorgänge weisen darauf hin, welche Eliquenwirtschaft gerade in Armenkommissionen sich breit macht und es ist die höchste Zeit, daß den Kommissionen sehr deutlich gesagt wird, daß über die Zusammensetzung der Kommission nicht sie, sondern nach der Städteordnung die Stadtverordnetenversammlung zu entscheiden hat. Danach haben alle Bürger der Stadt ein Recht, an den Arbeiten der Kommissionen teilzunehmen. Es ist sogar notwendig, daß alle Schichten der Bevölkerung an den kommunalen Arbeiten beteiligt werden. Vordem haben sich einige Kommissionen gezeigt, weil sozialdemokratische Stadtverordnete der Tendenz huldigen, daß auch Personen aus Arbeiterkreisen — natürlich die Qualifikation vorausgesetzt — von den kommunalen Renten nicht ausgeschlossen werden dürfen und diese Ansicht durch geeignete Vorschläge in die Tat umsetzen. Wir halten das letztere für selbstverständlich und wünschen nur, daß von allen Stadtverordneten, vor allem von den bürgerlichen — nach diesen Grundsätzen nicht nur geredet, sondern auch gehandelt würde. Bisher sieht es nach dieser Richtung sehr trübe aus, ein Bild in das Rotbuch der Stadt Berlin läßt die sanderbarsten Mißdeutungen aufkommen.

Am größten ist der Widerstand der Armenkommissionen gegen die Hinzuziehung der Frauen. Wenn heute die Frauen nicht in größerer Zahl an den Arbeiten der Armenkommissionen beteiligt sind, so liegt das weniger an den Leuten des städtischen Armenwesens als an den einzelnen Kommissionen. Diese wollen keine Frauen in ihrer Mitte dulden. Der gemüthliche Artikel Wante gestört werden, wenn Frauen antwefend sind, obgleich die Kommissionsstimmungen nur zur Erledigung der laufenden Geschäfte da sein sollten. Die Armenkommission ist jetzt dabei, ein Reglement auszuarbeiten, nach dem in jeder Kommission zwei Frauen sitzen müssen, eine ganz verständige Maßnahme. Um sie aber durchzuführen, und den Leuten unseres Armenwesens in seinem anerkanntwertigen Bemühen, den Frauen in der Kommune ein größeres Tätigkeitsfeld zu erschließen, zu unterstützen, wird deutlicher denn je den Kommissionen zu Gemüte geführt werden müssen, daß sie in ihrer Zusammensetzung nicht sonderbar sind.



Die Fürsorge für Krebsranke und Krebsverdächtige in der Königlich-Charité zu Berlin, Schumannstr. 21, weist eine steigende Zunahme an Krebskranken auf. Man kann daraus schließen, daß das Publikum anfängt, auf verdächtige Geschwüre und Geschwülste mehr zu achten, als dies früher der Fall war. Bekanntlich ist der Krebs, wenn er frühzeitig entdeckt und behandelt wird, heilbar. Diese Erkenntnis scheint im Publikum immer mehr Platz zu greifen, was daraus hervorgeht, daß weit mehr der Behandlung noch zugängliche Krebsranke die Krankenhäuser aufsuchen als bisher. In der Fürsorge für Krebsranke und Krebsverdächtige in der Königlich-Charité können Unbemittelte Montags und Freitags, nachmittags von 8 bis 4 Uhr unentgeltlich sich untersuchen lassen, ob ein Geschwür oder eine Geschwulst krebsartig ist oder nicht. Auch Ärzte machen vielfach von der Fürsorgestelle Gebrauch, indem sie die Kranken selbst oder verdächtige Geschwulstpartikel, welche ebenfalls unentgeltlich untersucht werden, dahin senden. Eine „Behandlung“ der Kranken findet dort nicht statt, so daß die Kranken ihren Ärzten verbleiben oder zur Behandlung in eine Spezialklinik oder Poliklinik gehen.

#### Gegnerischer Terrorismus.

Daß unsere Gegner und selbst die Behörden keineswegs davor zurückschrecken, den Terror in seinen brutalsten Formen gegen Andersdenkende in Anwendung zu bringen, ist eine bekannte Tatsache. Heute ein weiteres Beispiel:

Von der Hauspolizei-Inspektion des Neuen Königl. Opernhauses ist ein im Westen Berlins wohnender bejahrter Arbeiter seit dem Jahre 1905 sehr häufig ausbildungsweise im Portiers- und Nachtwachdienst beschäftigt worden. Seit September d. J. aber wird der Mann unbeachtet gelassen und geflissentlich übergangen, obwohl sehr viele Ausbildungsstellen benötigt und auch besetzt werden. Um sich Klarheit zu verschaffen, wandte sich der 62-jährige im August d. J. an die Inspektion und erbat sich Auskunft. Er wurde daraufhin zum Inspektor Köhl zu einer Unterredung bestellt. Dieser gab ihm auf seine Klage zur Antwort: „Sie können keine Beschäftigung mehr beanspruchen“. Der Arbeiter, der seinen Dienstpflichten stets gewissenhaft nachgekommen ist und davon überzeugt war, daß ihm irgendwelche Dienstvergehen nicht zum Vorwurf gemacht werden konnten, fragte erstaunt nach der Ursache dieser Maßregel, worauf ihm prompt die Antwort wurde: „Ja, Sie haben bei den Landtagswahlen sozialdemokratisch gewählt und solche Leute haben keinen Anspruch auf Beschäftigung bei der Intendantur“.

Dies wurde dem Mann also erst gesagt, nachdem man ihn bereits elf Monate überhaupt nicht beachtet hatte und die Landtagswahlen um mehr als Jahresfrist zurückliegen. Bemerkenswert ist, daß das Arbeitsverhältnis eigentlich noch fortbestand, denn der Mann hatte noch einen Lohnrest für seine Dienstleistungen zu beanspruchen, der am darauffolgenden Zahlungstage fällig war und wie üblich gelegentlich der weiteren Beschäftigung erhoben worden wäre. Nachdem der Mann bereits elf Monate lang ausgegangen worden ist, wird ihm die Stimmabgabe für die Sozialdemokratie angegeben. Schlimmer konnte an dem alten Mann, der mit seiner Weiterbeschäftigung bei der Intendantur rechnete und in der Zwischenzeit sich deshalb anderweitig nicht bemühte, wohl nicht gehandelt werden. Woher mag übrigens sich die Intendantur die Kenntnis über die Abstammung des Entlassenen verschafft haben?

Dem Inspektor des Friedrichsfelder Zentralfriedhofes, Herrn Emil Proh, ist der Kronenorden vierter Klasse verliehen worden. Er soll sich bei jenen Kreisen, die bei der Verleihung von Orden ein Wort mitreden, dadurch verdient gemacht haben, daß es zu seinen unterstandenen Obliegenheiten gehört, weiblichen Friedhofsbesuchern den Eintritt zu verwehren, wenn sie eine Schürze tragen, die nicht ganz schwarz ist. Wenigstens ist uns eine andere herbeizugende Tat des Herrn Inspektors nicht bekannt.

Von der Flugmaschine abgestürzt. Der Techniker Keidel, der mit dem Kapitänleutnant Engelhardt nach der Abreise von Orville Wright die Flugversuche auf dem Vornstedter Felde bei Potsdam allein fortsetzte, ist gestern vormittag aus etwa zehn Meter Höhe abgestürzt. Keidel erlitt glücklicherweise nur leichte Verletzungen. Der Apparat dagegen ist zertrümmert.

Der Unfall des Technikers Keidel bei seinem heutigen Probeflug auf dem Vornstedter Felde stellt sich nach neueren Meldungen als geringfügig heraus. Danach streifte Keidel, als er im Begriff stand zu landen, die Säume der Aile, wodurch der Apparat leicht aus der Richtung geworfen wurde. Der Apparat ging dann aus einer Höhe von 3 bis 4 Meter schnell herunter und landete mit einem starken Aufprall, bei dem nur verhältnismäßig kleine Holzstücke zerbrochen wurden. Keidel selbst erlitt keinerlei Verletzungen.

Familiendrama. Wegen Niedergangs ihres Geschäftes verließen der 50jährige Gastwirt Paul Weigt und seine 25jährige Gattin in der Friedrichsberger Straße 7 zu Palenke Selbstmord durch Einatmen von Leuchtgas. Ihr dreijähriges Töchterchen und einen vier Monate alten Knaben nahmen sie mit sich in den Tod.

Der blutige Abschluß eines Ehe dramas rief Sonntag nachmittag um 3 Uhr in der Schöneberger Straße 29 große Aufregung hervor. Hier wohnte seit drei Jahren im dritten Stock des Seitenflügels die 30 Jahre alte, aus Berlin gebürtige Frau des Geschäftsfreieigen und Agenten Eduard Rehner, geb. Kimpler. Ihr Mann hauste getrennt von ihr bei dem Reisenden Hotel in der Meyer Straße 18, besuchte sie aber fast jeden Tag. Frau Rehner erwarb ihren Lebensunterhalt als Friseurin. Das Verhältnis zu ihrem Mann war den Leuten nicht klar. Streit und lärmende Auftritte hörte man im Hause nicht. Um so überraschender kam die Katastrophe. Rehner besuchte seine Frau Sonntag vormittag um 10½ Uhr und half ihr bei der Arbeit. Um 3 Uhr nachmittags wurde es in der Wohnung plötzlich laut. Bald darauf hörten die Nachbarn einen Schuß und gellende Hilferufe. Stark blutend kam Frau Rehner aus der Tür gelaufen. Während sie die Treppe hinunter eilte, schoß ihr Mann noch zweimal hinter ihr her. Schwer verletzt brach die Getroffene im zweiten Stock zusammen. Einer Nachbarin, die ihr zur Hilfe kam, konnte sie noch mitteilen, daß ihr Mann aus Eifersucht auf sie geschossen habe. Die Verwundete hatte einen Schuß in die Kehle und 2 Schüsse in die Schläfengegend erhalten. Ein Arzt und die Polizei, die Hausgenossen herbeiholten, ließen sie nach Anlegung eines Notverbandes nach dem Krankenhaus Moabit bringen. Als die Polizei in die Wohnung einbrang, fand sie Rehner tot auf. Er hatte sich in die rechte Schläfe geschossen und mit einem Rasiermesser die Kehle durchgeschnitten. Seine Leiche wurde nach Ausnahme des Befundes und des Tatbestandes durch die Kriminalpolizei von der Revierpolizei nach dem Schauhaus gebracht.

#### Herrn Mides Straßenbahnersfürsorge.

Die Direktion der Großen Berliner Straßenbahn hat ein altes Verbot, nach dem die Straßenbahner ihre Wägelchen nicht in die Innern der Straßenbahnwagen einnehmen dürfen, erneut in Erinnerung gebracht. Angehörig haben hierzu Beschwerden aus dem Publikum über Beschmutzungen der Sitzbänke durch Eßgeschirre die Veranlassung gegeben.

Das Verbot zeigt wieder mal so recht den engherzigen Geist im Reiche des ehemaligen Ministerialdirektors Mide. Es wäre allenfalls dann verständlich, wenn an jeder Endhaltestelle der Straßenbahnen geeignete Untertische, wie solche in Gestalt eines Fachwerkpavillons nur am Rosenhainler Tor vorhanden sind, zur Verfügung ständen. Man kann doch den Schaffnern und Wagenführern kaum zumuten, daß sie sich mit ihrem Eßgeschirre in Wind und Wetter an die Straßenbordschwelle oder auf einen Hausflur setzen. Um aber mit dem Eßtopf in die nächste Aneipe zu gehen, was nicht mal jeder Gastwirt sonderlich gern sieht, reichen die Niesengehälter, welche Herr Mide zahlt, nicht aus.

Ein tödlicher Absturz hat sich auf dem Neubau am Kottbuscher Ufer 89/90 zugetragen. Dort stürzte der Bauarbeiter Karl Siedler

aus der Böhmischen Straße in Nizdorf ab. Er wurde zunächst nach seiner Wohnung gebracht und dann auf Veranlassung eines Arztes nach Krankenhaus in der Canner Straße, wo man einen Schädelbruch feststellte, an dem er bald darauf gestorben ist. Die Leiche ist beschlagnahmt. Wegen der Feststellung der Schuld ist ein Ermittlungsverfahren eingeleitet.

Ein Medium entlarvt hat die hiesige Kriminalpolizei und wegen Betruges verhaftet. Es handelt sich um die Spiritistin Anna Abend, die mit ihrem Mann seit Jahren im Hause Bremer Straße 63 ihr einträgliches Geschäft betrieb. Frau Abend hatte täglich, den Donnerstagen ausgenommen, von 2 Uhr an „Empfangszeit“, veranstaltete außer diesen Sprechstunden aber auch noch größere Sitzungen. Für diese ist ihr Erdgeschoss nach Art eines Theatersaalcs eingerichtet. Die Wände zieren Bilder ihrer Besucher und Anhänger. Stuhlreihen reichen bis nahe an die Eingangstür heran. Diese fällt ein Vorhang mit rotem Fries bis auf eine runde Oeffnung aus, in der der Geist zu erscheinen pflegte. Dem Sitzungszimmer gegenüber auf der anderen Seite des Hauses liegt ein kleines Ankleidezimmer für das Medium und dessen Mann. An der Eingangstür prangt ein Zettel über dem Schilde des Abends. Seine Aufschrift lautet: „Geben erschienen sensationelles Buch: Spiritismus, Lehre vom Geist durch das Medium Anna Abend. Zu beziehen vom Herausgeber im Selbstverlag Paul Abend.“ — Wohl jeder Besucher hat sich dieses Werk gekauft. Es kostet ja „nur 4 Mk.“ — Sonntag abend um 7 Uhr veranstaltete Frau Abend wieder eine Sitzung. Gegen zwanzig Personen nahmen daran teil, meist Frauen und junge Mädchen, aber auch einige Männer. Die Sitzung war eigentlich nur für einen engeren Kreis bestimmt. Trotzdem gelang es auch dem Kriminalkommissar Leonhardt, Zutritt zu bekommen. Er verfolgte mit dem größten Interesse die Vorgänge und griff blühend ein, als das Medium sich in einen Geist verwandelt hatte, um Mitteilungen aus der Geisterwelt zu machen. Wie die Entlarzung zeigte, war die Geschichte gar nicht so geisterhaft. Ein leuchtender Schleier, den das Medium im Armel verborgen gehabt hatte, genigte, um mit einigem Hokusfokus und entsprechender Verdunkelung und Beleuchtung alles vorzutäuschen. Frau Abend gestand, daß sie den Schleier hin und wieder benutzt habe, wenn das Geld nicht so kommen wollte. Ihr Mann tat sehr erstaunt, als ob er an die übernatürliche Kraft seiner Frau fest geglaubt hätte. Das Ehepaar wurde wegen fortgesetzten gemeinschaftlichen Betruges von mehreren Kriminalbeamten, denen Abend vergeblich den Eingang zu versperren suchte, verhaftet und mit einer Drofschle nach dem Polizeipräsidium gebracht.

Der letzte Schritt eines Hungernden. Aus Nahrungssorgen hat Sonntag nachmittag der 30 Jahre alte Schmied Arthur Lampe aus Breslau einen Selbstmordversuch unternommen. Er war vor einigen Tagen nach Berlin gekommen, um hier Arbeit zu suchen. Er bemühte sich aber vergeblich. Bald waren seine geringen Vorräte zu Ende und der Unglückliche mußte schließendlich hungern. Er wußte sich dann keinen anderen Ausweg mehr, als sich das Leben zu nehmen. Sonntag nachmittag sprang er am Tempelhofer Ufer in den Landwehrkanal. Mehrere Schiffer holten den Vermissten, der sich seiner Rettung widerlegte, wieder aus dem Wasser heraus und trugen ihn nach der Unfallstation I, von wo seine Ueberführung nach dem Krankenhaus am Urban erfolgte.

Zwei schwere Straßennunfälle werden vom gestrigen Montag gemeldet. Gegen 1/10 Uhr vormittags verlor die in der Brunnenstraße, Ecke der Demminer Straße, die in der Vorlingstr. 8 wohnhafte Witwe Kühn, geb. Cohn, unmittelbar vor einem herannahenden Straßenbahnwagen der Linie 89 das Gleichgewicht. Die Frau wurde von dem Vorderperron erfasst, umgestoßen und geriet mit dem linken Arm unter den Schutzrahmen. Die Verunglückte wurde durch den zufällig vorbeigehenden Polizeihauptmann Arnoldi nach dem Lazarus-Krankenhaus übergeführt, wo festgestellt wurde, daß Frau Kühn eine Gehirnerschütterung, Bruch des linken Unterarmes, Bruch zweier rechteckiger Rippen, sowie eine stark blutende Wunde am linken Ellenbogen erlitten hatte.

Der zweite Unfall ereignete sich um 11 Uhr in der Landsberger Allee. Dort fuhr an der Ecke der Wilhelm-Stolze-Straße der aus diesem Strahlenzuge in die Landsberger Allee einbiegende Abfahrer Rosjanowitsch, Elbinger Str. 89 wohnhaft, gegen den Vorderperron eines Wagens der Straßenbahnlinie 84, stürzte und blieb bestunntungslos auf dem Straßenpflaster liegen. Der Verunglückte, der einen Schädelbruch erlitten hatte, wurde nach dem Krankenhaus Friedrichshain gebracht.

Unter dem Verdacht des Kindesmordes ist das 22 Jahre alte Dienstmädchen Elisabeth Vöttcher verhaftet und als Polizeigefangene nach der Charité gebracht worden. Das Mädchen hielt sich seit 14 Tagen in der Herberge der Heilarmee in der Oranienstr. 51 auf und lebte angeblich von Aufwartearbeiten. Niemand hatte ihr etwas angemerkt, bis sie gestern durch ein verstörtes Wesen auffiel. Andere Mädchen in der Herberge fanden nun Spuren, die bald darauf zur Entdeckung eines mutmaßlichen Kindesmordes führten. Die Vöttcher hatte ihr neugeborenes Kind vom Keller aus durch das Fenster auf den Hof gelegt. Vier wurde die Leiche gefunden. Die Mutter bestreitet, das Kind getötet zu haben, behauptet vielmehr, daß es ihr verunglückt sei. Der Verdacht gegen sie ist aber so stark, daß sie verhaftet werden mußte.

Arbeiter-Bildungsschule Berlin. Die Adresse des Vorsitzenden ist jetzt: Hermann Lammé, Nizdorf, Steinmeyerstraße 51 III.

Die Mitglieder, welche sich zur Teilnahme am Fortschrittskursus gemeldet haben, mögen sich am Montag, den 25. d. M., im Verhandlungsraum der Gastwirtschaften, abends 8½ Uhr einfinden. Schriftliche Mitteilung wird nicht gemacht. Der zweite Unterrichtsabend ist am Donnerstag, den 28. Oktober.

Der Vorstand.

Der Zentralverein für Arbeitsnachweis, Abteilung für weibliche Personen, macht darauf aufmerksam, daß sein Bureau zur Vermittlung von Auszubehenden (Heilmachern, Wäscherinnen, Plätterinnen, Aufwärtserinnen, Ausfüßmädchen, Ausbesserinnen) für das Winterhalbjahr erst um 8 Uhr geöffnet wird. Bestellungen müssen deshalb einen Tag vor dem gewünschten Arbeitsantritt eingeben. Telefon-Nr. 3, 3795. Postkasten-Adresse C. 64, Rüdersstraße 9, parterre.

Kadrennen zu Steglitz, 17. Oktober. Der „Große Herbstpreis“, ein Dauerrennen über 100 Kilometer mit Motor-Schrittmachern (4000, 3000, 2000, 1500, 1200, 1000 M.), wurde von Fritz Nyfer in der Rekordzeit von 1 Std. 16 Min. 10½ Sek. gewonnen vor Schippe (580 Meter), No 51 (920 Meter), Zeile (7040 Meter), Salzmann (9420 Meter), Guignard (15000 Meter) zurück. Nyfer zeigte sich von seiner besten Seite; er nahm beim 6. Kilometer die Spitze und behauptete diese bis zum Schluß; Nyfer, der bis zum 30. Kilometer an zweiter Stelle lag, mußte diesen Platz dann Schippe überlassen. Der Kampf zwischen diesen drei Fahrern war ein sehr spannender, nur langsam blieben sie allmählich zurück, die übrigen drei kamen gar nicht in Betracht; es wurde so gut gefahren, daß wieder neue Rekordzeiten geschaffen wurden; in der Stunde legte Nyfer 79 Kilometer 120 Meter zurück. In dem Flieger-Race (1000, 800, 400, 200 M.), das von Arcand, Ellegard, Hourlier und D. Meyer in drei Läufe bestritten wurde, siegte D. Meyer mit 5 Punkten vor Ellegard (3 P.), Hourlier (7 P.) und Arcand (11 P.). Meyer wurde einmal Fester und zweimal Zweiter; Ellegard belegte einen ersten, einen zweiten und einen dritten Platz. — Das Steglitzer Hauptfahren (100, 60, 40, 20 M.) gewann Stabe vor Wegener, Kubela und Carapazzi. — Im Prämienfahren siegte Lehmer vor Lorenz, Dirsholz und Baumann. — Das Landem-Hauptfahren (120, 80, 60, 40 M.) gewannen Kubela-Stabe vor Lehmer, Wegener und Kurzmeier-Pavise. — Im Landem-Prämienfahren placierten sich Lehmer, Wegener vor Conrad-Althoff, Pavise-Kurzmeier und Schmitten-Bierd.

Ein Lehrling hat am Sonnabend auf dem Heimwege durch die Brunnenstraße ein Portemonnaie mit 6 M. Inhalt und Bons vom Kaufmann aus der Schererstraße verloren. Der Finder wird gebeten, dasselbe abzugeben Wiesenstr. 24, Quergeb. 1 Tr. 1.

## Vorort-Nachrichten.

### Nizdorf.

#### Der Bezirksausschuß und seine Gründe.

Daß es der Nizdorfer Arbeiterschaft selbst unter dem klenden Dreiklassenwahlrecht möglich war in der 2. Abteilung bei der Stadtverordnetenwahl Mandate zu erwerben, läßt den Stützen des Klassenstaates keine Ruhe. Bekanntlich hatte der durch den Wahlrechtsraub berühmte gewordene Stadtverordnete Veltz gegen den Beschluß der Stadtverordnetenversammlung, welche die Wahlen der Stadtverordneten Schuch, Kehr und Reppmeißel für gültig erklärt hatte, Klage beim Bezirksausschuß erhoben. In der Begründung der Klage behauptete Herr V., daß das Wahlkollekt zu klein gewesen sei und die Wähler nicht an den Tisch des Wahlvorstandes gelangen konnten. Eine Prüfung der Legitimationen soll von nachmittags 5 Uhr ab überhaupt nicht mehr möglich gewesen sein, und außerdem soll von den Protokollführern der sozialdemokratischen Partei den Wählern die Namen der sozialdemokratischen Kandidaten zugerufen worden sein. Auch durch Juruse, wie „Vidgeresener“, „Blauer“, soll den bürgerlichen Wählern das Wählen unmöglich gemacht worden sein.

Alle die Beschauptungen haben sich bei der vom Bezirksausschuß vorgenommenen Zeugenvernehmung als haltlos erwiesen; gleichwohl erklärt nun das Urteil mit ganz neuen vom Kläger gar nicht erwähnten Gründen die Wahlen für ungültig. Es heißt in der Begründung: „Die angebotenen Wahlen waren unabhängig von den Parteivorgängen für ungültig zu erklären, weil der Wahlvorstand während des größten Teiles der Wahlzeit nicht dem § 24 der Städteordnung entsprechend besetzt war. Wie durch die Beweisaufnahme festgestellt ist, bestand der Wahlvorstand entgegen der gedachten Vorschrift während mehrerer Stunden nicht aus drei, sondern aus vier, fünf oder sechs Personen.“ Es wird nun weiter angeführt, daß Vorsitzender und Stellvertreter, Beisitzer und Stellvertreter gleichzeitig den Wahlvorstand gebildet haben sollen. Also darauf, daß die Stellvertreter nicht sofort nach ihrer Ablösung vom Vorstandstitel verschwanden, wird die ungesegliche Zusammenlegung des Wahlvorstandes hergeleitet. Da nun aber, wie bei der Zeugenvernehmung festgestellt wurde, Abstimmungen des Wahlvorstandes während der ganzen Wahlhandlung überhaupt nicht stattgefunden haben, soll also schon die bloße Anwesenheit von mehr als drei Mitgliedern des Wahlvorstandes ungeseglich sein. Die am nächsten Donnerstag tagende Stadtverordnetenversammlung wird Beschluß darüber zu fassen haben, daß sie mit diesem Urteil nicht einverstanden ist. Das Oberverwaltungsgericht wird, darüber kann kein Zweifel bestehen, das Urteil des Bezirksausschusses einer gründlichen Revision unterziehen.

### Schöneberg.

Ein verhängnisvoller Zusammenstoß zweier Straßenbahnzüge fand in der verlassenen Nacht in der Hauptstraße an der Ecke der Tempelhofer Straße statt. Ein aus dem Motowagen Nr. 2898 und einem Anhängewagen bestehender Zug der Linie 74 fuhr, von der Anprobefstraße kommend, an der genannten Stelle in die umgestellte Umfahrungsweiche und geriet infolgedessen nach dem linken Gleis hinüber, auf welchem ein Straßenbahnzug der Linie B der Westlichen Vorortbahn (Station Zoologischer Garten) entgegenkam. Zwar gab der Fahrer des ersten Zuges Segensstrom, konnte jedoch den Zusammenstoß nicht mehr verhindern. Er fuhr mit ziemlichem Gewalt gegen die linke Seite des Motowagens des Zuges der Linie B, so daß an diesem die Vorderplattform und die Seitenwand eingedrückt und der Wagen aus den Schienen geschleudert wurde. Die auf der Vorderplattform des angefahrenen Motowagens stehende unerschöpfliche Emma Widert, Rantstraße 122 in Charlottenburg wohnhaft, wurde im Moment des Anpralles so unglücklich zur Seite gestoßen, daß sie mit dem Kopf zwischen die Perronstützen des Wagens der Linie B und des Motowagens 2898 geriet. Der Unglücklichen wurde die rechte Ohrmuschel durchgerissen, von der linken Ohrmuschel ein Stück abgerissen und außerdem die Schädeldecke eingedrückt. Ferner erlitt die auf dem Anhängewagen des Zuges der Linie B befindliche gewesene Frau Weidert aus der Sebanstraße 1 eine Deutscherung der Rückenmuskeln. Die beiden Verunglückten wurden nach der Unfallstation in der Herberstraße gebracht. Von dort wurde die Widert nach dem Schöneberger Krankenhaus übergeführt, während Frau Weidert sich nach ihrer Wohnung begeben konnte. Durch den Zusammenstoß wurde eine Betriebsstörung herbeigeführt, die zwanzig Minuten dauerte.

Wegen eines großen Brandes wurde die Schöneberger Feuerwehr gestern nach der Kolonnenstraße alarmiert. Dort, wo die Feuerwehr schon mehrere gefährliche Brände zu löschen hatte, brannten auf dem Kohlenplatz von Rich, Engelmann ein Pferdestall und die nächsten angrenzenden Stapel usw. Brandmeister Stingelbreit ließ sofort mehrere Schlauchleitungen vornehmen und tüchtig Wasser geben. Dadurch gelang es, die gefährdete Nachbarschaft — große Holzlager — wirklich zu schützen. Die Entstehung des Brandes wurde auf Unvorsichtigkeit zurückgeführt.

### Schmargendorf.

Ein sonderbares Gemeindeinteresse, so berichtet man und, kommt bei der hiesigen Amtsvorsteher Wiskoff. Derselbe gehört als Vertreter der Gemeinde Schmargendorf dem Ausschuss der Schöneberger Elektrizitäts-Aktiengesellschaft „Südwest“ an. Als solcher bezog er für das abgelaufene Geschäftsjahr eine Lantime von 4500 M., und zwar, wie es im Geschäftsbericht der betreffenden Gesellschaft heißt, als: „Delegierter der Gemeinde Schmargendorf“. Nun sollte man meinen, der Herr Amtsvorsteher würde die Lantime, die er als Delegierter der Gemeinde Schmargendorf erhalten hat, an die Gemeindefasse abliefern; doch dem ist nicht so; der Herr Amtsvorsteher bezieht das Geld für sich und erklärte in der letzten Gemeindevertreterversammlung die Angelegenheit als seine Privatangelegenheit. Und das Schönste ist: die Mehrzahl der Gemeindevertreter hat dies gutgeheißen, trotzdem ihnen bekannt sein mußte, daß die Vertreter von Schöneberg und anderer Vorortgemeinden in dem gleichen Falle die Lantimen an die Gemeindefasse abgeliefert hatten. Bei der Abstimmung in der Gemeindevertretung waren 7 Stimmen dafür, 4 Gemeindevertreter enthielten sich der Stimme, und der Herr Amtsvorsteher konstatierte triumphierend „Stimmeneinheit“. Herr Wiskoff bezieht als Gemeindevertreter ein Jahresgehalt von 3000 M. nebst freier Wohnung, er wird also für seine Dienste in der Gemeinde anständig bezahlt. Wenn nun Herr W. im Auftrage und als Vertreter der Gemeinde bei obiger Gesellschaft fungiert, müssen auch die Lantimen dem Gemeindefiskus zugeführt werden. Es ist daher verständlich, wie die Gemeindevertretung ein solches Verhalten gutheißen kann. Die Einwohner Schmargendorfs erleben aus diesem Vorkommnis, wie notwendig nächstes Frühjahr bei den Ergänzungswahlen die Wahl sozialdemokratischer Vertreter ist.

### Röpenitz.

Vor überfüllten Tribünen und polizeilicher Ueberwachung derselben vollzogen sich die Beratungen der letzten Stadtverordneten-



Verammlung. Was war die Ursache dieser außerordentlichen Erscheinung? Es fand die Mandatsniederlegung des Stadtrats Dentischel zur Beratung. Der Bürgermeister Dr. Langerhans führte zur Aufklärung der Sache folgendes aus:

Als das Elektrizitätswerk (Dentischel war bis vor kurzer Zeit als Dezernent dieses Werkes tätig) gebaut werden sollte, ging den städtischen Körperschaften ein Projekt mit der Rentabilitätsberechnung zu. Nach diesem sollte außer den Zinsen und Erneuerungen ein Ueberschuss von 171 000 M. erzielt werden. Nach der Aufstellung des ersten Etats wurde mit einem Gesamtüberschuss von 131 000 M. gerechnet. Während des Betriebes 1908 wurde ein Nettoverdienst von 129 000 M. in Berechnung gebracht, später stellte sich jedoch heraus, daß nur rund 44 000 M. Ueberschuss vorhanden war. Wenn wir rechtzeitig gewußt hätten, daß das Werk nicht den Gewinn gebracht hätte, so würden manche Ausgaben nicht gemacht worden sein. In keinem Falle wäre die Regulierung des Spielplatzes (91 000 M.) in Angriff genommen worden, auch bei dem Bau der höheren Knabenschule (820 000 M.) hätte man sich eingeschränkt. Ich machte den Dezernenten aufmerksam, daß wir sparsamer wirtschaften müßten, immer erfolgte die Antwort, das Werk werde soviel abgeben, daß wir stets Geld haben. Der Magistrat verlangte nun eine Rentabilitätsberechnung. In dieser wie auch bei einer Konferenz erklärte Herr Dentischel, daß 60-60 000 M. Ueberschuss zu erzielen wären, vielleicht auch 70 000 M. Am 21. Mai dieses Jahres kam nun die offizielle Mitteilung, daß der Verdienst für das Jahr 1908/09 voraussichtlich 70 540 M. betrage. Am 25. Mai fand eine Sitzung der Kommission statt. Im Protokoll ist nun festgelegt, daß der Reingewinn im Einverständnis mit dem Ersten Bürgermeister auf 75 000 M. gesetzt worden ist. Im Juli legte Herr Dentischel den Vorstoß in der Kommission nieder. Wücher usw. hieß es, sind in Ordnung. Unter diesem Material befand sich auch die Aufstellung des vereidigten Bücherrevisors. Nach dieser Berechnung betrug der Reingewinn 70 711,45 M., in Wirklichkeit aber nur 44 000 M. Wir gingen der Sache nun auf den Grund und fanden, daß in dem Entwurf für die Inventur erhebliche Zahlen durch Naturereignisse abgeändert waren. Für 19 755 M. Elektrizitätszähler sind hinzugeschrieben worden. Der Bestand der Stromzähler war abgeändert von 26 000 Zentner auf 36 000 Zentner. Kommen die mehr eingeleiteten Beträge in Wegfall, so beläuft sich der Gewinn auf nur 40 000 M. In einer Unterredung lehnte es Herr Dentischel ab, Auskunft zu geben. In einer Sitzung erklärte nun Herr Dentischel, daß er sich in der Aufstellung geirrt habe; für mich war für diesen Tag die Sache erledigt. Ich sagte mir aber, daß wenn ich in diesem Falle geschwiegen hätte, dauernd das Damoklesschwert über uns geschwebt hätte. In einer Unterredung mit einigen Herren von der liberalen Fraktion einigten wir uns dahin, daß D. aufgegeben wird, sein Amt niederzulegen; man ließ jedoch darüber die Herren nicht im Zweifel, daß die Sache nun damit erledigt sein könnte. Jetzt wurden die Beamten des Werkes vernommen und es stellte sich nun heraus, daß die Einstellung von 19 755 M. für die Elektrizitätszähler, die schon in der Anleihe aufgeführt sind, auf Anordnung des Herrn Dentischel erfolgt ist. Die Zähler selbst sind nach den Katalogpreisen eingestellt, die Stadt hat 32 Proz. Ermäßigung. Der Rohbestand ist ebenfalls auf Anordnung D.'s höher bewertet worden. Das alles, um mit 70 000 M. Ueberschuss zu glänzen!

Stadtv. Jakob (Lib.) bemerkte, daß D. unter Hintanhaltung seiner eigenen Interessen gearbeitet habe. Was hat denn D. verbrochen? Nichts! Er habe nur Gutes schaffen und hohe Ueberschüsse erzielen wollen. Stadtv. Schneider (Lib.) stieß ins gleiche Horn. Jeder mache Fehler. Nicht verhehlen könne er jedoch, wie die Beamten solche Befehle ausführen konnten.

Stadtv. Wolf (Soz.) bemerkte zunächst, daß wenn man gewußt hätte, daß die Angelegenheit eine derartige Tragweite annehmen würde, die Fraktion nicht dafür gewesen wäre, die Sache in der Öffentlichkeit zu behandeln. Als Mitglied der Elektrizitätskommission erklärte er, daß man mit dem Bücherabschluss einverstanden sein konnte, da einerseits die Bücher noch nicht vorgelegen haben und andererseits der Wechsel im Vorstoß der Kommission erfolgte.

Stadtv. Cuny (Lib.) betonte, D. habe sein Amt niedergelegt, weil der Bürgermeister selbst den Vorstoß übernehmen wollte. Im Magistrat sei D. nicht gut angegriffen gewesen. Die Änderungen waren im Interesse der Stadt geschehen, um eine Erhöhung der Kommunalsteuern zu vermeiden. Die Aussagen des Herrn Dentischel lauteten ganz anders, als die Darlegungen des Bürgermeisters. Er müsse den Angaben des D. Glauben schenken. (Bewegung.) Er bitte einem Antrage die Zustimmung zu geben, nach welchem die Mandatsniederlegung zurückgestellt, eine Kommission, bestehend aus der Elektrizitätskommission und je einem weiteren Vertreter jeder Fraktion eingesetzt wird, die die Sache noch einmal untersuchen und Bericht erstatten solle. Stadtv. Dr. Schulze (F. V.) erklärt, das Verfahren des D. für gezeigwidrig.

Stadtv. Kiele (Soz.) bemerkt, folcher Ehrgeiz sei es, was Dentischel veranlaßt habe, diese Dummheiten zu machen. Bürgermeister Dr. Langerhans betonte, es zeige von niedriger Gesinnung, wenn angenommen würde, er habe D. befehligen wollen.

Der Antrag Cuny wurde hierauf angenommen. Für den Antrag stimmen die Liberalen und unsere Genossen. Außer den Elektrizitätskommissionsmitgliedern gehören der Untersuchungskommission noch an die Stadtv. Cuny (Lib.), Braß (F. V.) und Gerbst (Soz.) an.

Der Rechnungsabschluss der städtischen Straßenbahn weist ein Defizit von 10 900 M. auf. Es wurde weiter beschlossen, den Umsteigeverkehr auf der Straßenbahn probeweise einzuführen. Nach der Vorlage der Kommission soll der Verkehr in dem Sinne erfolgen, daß Umsteigebilletts auf diesen Linien auszugeben werden, wo das Reiseziel nur durch Umsteigen zu erreichen ist. Für Wege, die als Hin- und Rückfahrt in Betracht kommen, erfolgt keine Ausgabe von Umsteigeausweisen. Als Umsteigestellen sind bestimmt: Bahnhof Köpenick, Bahnhof- und Kaiser-Wilhelm-Strassenende, Schloßplatz; die Haltestelle Fähre in Friedrichshagen, in Mahlsdorf Haltestelle Hubertus. Es werden besondere Karten auszugeben, auf allen 10 Pf.-Strecken kostet die Umsteigekarte 15 Pf., auf 15 Pf.-Strecken 20 Pf. und auf den 20 Pf.-Strecken 25 Pf. An Sonn- und Feiertagen besteht der Umsteigeverkehr nicht.

### Stralau.

In der letzten Mitgliederversammlung des Wahlvereins erstattete Genosse Wessel Bericht über den Leipziger Parteitag. In der Diskussion meint Genosse Kauf, es müsse den Parteiführern mehr wie bisher die Möglichkeit gegeben werden, nach Absolvierung der Schule eine Anstellung zu erhalten. Die Parteiführer könne auf den Sonntag verlegt werden, weil die Arbeitserube mit zwielf Opfern verbunden sei. Genosse Müller bezweifelte die Erklärung der Vorgänger als lächerlich und meinte, es hätte mit denselben eine gründliche Auseinandersetzung stattfinden müssen. Genosse Gebert betonte, daß in Punkte Jugendbewegung und Frauenorganisation mehr wie bisher getan werden müsse. Nach einem Schlusssatz des Genossen Wessel gab Genosse Hue einen kurzen Bericht von der Kreisgeneralversammlung. Hierauf erfolgte noch die Erledigung einiger örtlicher Angelegenheiten sowie die Aufnahme von vier neuen Mitgliedern.

### Rossen.

Die Aufstellung der sozialdemokratischen Kandidaten zu den bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen erfolgte in einer am Sonnabend einberufenen Kommunalwählerversammlung. Nach einem sehr instruktiven Vortrage des Genossen Dr. Vorhards über: „Warum müssen wir Sozialdemokraten in die Stadtverordnetenversammlung wählen?“ und einer hierauf stattgefundenen lebhaften Diskussion wurden die Genossen Friedrich Saube, Buchdrucker, und Hermann Wilmann, Ladierer, einstimmig als Kandidaten für die dritte Wählerklasse nominiert. Am Schlusse der Versammlung wurden die Anwesenden aufgefordert, nun auch alles einzusehen, damit den sozialdemokratischen Kandidaten am Tage der Wahl zum Siege verholfen werde.

### Reinickendorf.

Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich gestern nachmittags 5 Uhr in der Gummiwarenfabrik von E. Köbler u. Co., Augusta-Viktoria-Allee 27/31. Dort stürzte der 39-jährige Fabrikarbeiter Karl Säuberlich, in der Treppenhofstraße 19 zu Hause wohnhaft, aus noch nicht aufgeklärter Ursache in einen Bottich mit fiedendem Wasser. Herbeieilende Kollegen zogen ihn zwar alsbald wieder heraus, doch war er am ganzen Körper tödlich verbrüht. In hoffnungslosem Zustande wurde er in einem Krankenwagen des Verbandes für erste Hilfe nach dem Paul-Gerhardt-Stift gebracht.

### Zegel.

Die Freie Jugendorganisation für Zegel und Umgegend feiert am Sonnabend, den 23. Oktober, abends 8 Uhr, in Trappes-Festhallen, Zegel, Waghoffstr. 1, ihr erstes Stiftungsfest, bestehend in Konzert, Rezitationen, Aufführungen und anschließendem Tanz. Eintrittskarten a 25 Pf. sind bei sämtlichen Funktionären und im Vereinslokal, bei Herrn Hofes, Brunowstr. 23, zu haben. In diesem Fest laden wir die Eltern, Verwandten und Bekannten unserer Kollegen und Kolleginnen herzlich ein.

### Bernau.

Achtung! Stadtverordnetenwahl! Der Magistrat macht bekannt, daß die Ergänzungswahl zur Stadtverordnetenversammlung am Montag, den 15. November cr., stattfindet, und zwar wählt die dritte Abteilung von vormittags 11 Uhr bis abends 7 Uhr; Wahllokal ist der große Saal des Restaurants „Elysium“. In verschiedenen Bezirksversammlungen haben sich die Parteigenossen bereits mit der Nominierung der Kandidaten beschäftigt, und zwar kandidieren als Hausbesitzer die Genossen Franz Salzman, Restaurateur, Theodor Pöhl, Maurer, und als Mieter Emil Schierz, Drechsler. Da im gegnerischen Lager von einer Wahlbewegung öffentlich noch nichts zu merken ist, liegt die Vermutung nahe, daß sie in aller Stille ihre Vorbereitungen treffen, denn es sind die drei letzten Mandate, welche noch in ihrem Besitz sind; sie werden daher keine Opfer und keine Mittel scheuen, dieselben zu behaupten. Um so rühriger müssen aber unsere Genossen die Agitation betreiben, damit auch die drei letzten Mandate zum sicheren Besitz der Sozialdemokratie werden.

### Spandau.

Ein aufregender Vorgang spielte sich am Sonntag kurz vor Spandau an dem Bahnübergang ab, wo die Bäche aus der Richtung der Charlottenburger Chaussee vorbeifahren. Eine Anzahl von Berlin kommender Radfahrer waren eben im Begriff, den Bahnübergang zu passieren, als ein Zug herangebraut kam. Einer der Radfahrer befand sich in diesem Augenblick bereits zwischen Bahnkrante und Schienen und es ist als ein besonderer Glücklichstand zu betrachten, daß derselbe nicht vom Zug erfasst und getötet wurde. Gerade als der Zug vorbeifuhr, wurde die Schranke geschlossen.

Dieser Bahnübergang verdient um so mehr die völlige Aufmerksamkeit der Beamten, als es den Passanten unmöglich ist, einen herannahenden Zug auch nur in ganz geringer Entfernung wahrzunehmen zu können.

### Nowawes.

Einen Antrag auf Verlängerung der Straßenbahnlinie durch die Großbreitenstraße bis Dretow, welcher vom Haus- und Grundbesitzerverein für den Neuendorfer Ortsteil gestellt war, brachte der Bürgermeister der letzten Gemeindevertretersitzung zur Kenntnis. Dem Antrage war auch eine Rentabilitätsberechnung beigelegt, nach welcher sich diese Linie sehr gut bezahlt machen würde. Der Bürgermeister erklärte, daß er dieser Berechnung sehr skeptisch gegenüberstehe; jedenfalls bedürfe der Antrag erst einer gründlichen Prüfung durch die Kommissionen, ehe darüber im Plenum verhandelt werden könne. Ein weiterer Antrag des genannten Vereins bezweckt die Gründung einer Feuerzögler durch die Gemeinde. Der Bürgermeister führte hierzu aus, daß er zwar mit dem Antrage im Prinzip sympathisierte, daß aber zur Durchführung desselben längere Vorarbeiten nötig seien. Die Vertretung nahm von einer Beschlußfassung über diese Anträge Abstand. Von der Finanzkommission wird die Anstellung eines weiteren Polizeiergeanten verlangt. Die neuen Polizeiergeanten und der Polizeiwachmeister haben am 1. Oktober ihr Amt angetreten. Es sind nunmehr von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends ständig zwei Polizeiergeanten auf Wache; ebenfalls steht während der Nachtzeit stets ein Polizeibeamter zur Verfügung. Nach kurzer Begründung des Antrags durch den Bürgermeister, in welcher er bemerkte, daß der Gemeindevorstand die Absicht habe, bei Ablauf des Vertrages mit der Wache- und Schließgesellschaft auch den Nachwachdienst durch Polizeibeamte versehen zu lassen, wurden die Mittel für einen weiteren Polizisten widerspruchlos bewilligt. Sodann erfolgte die Festsetzung des Kostenverteilungsplanes für die Pflasterung der Kirch- und Kreuzstraße. Die Regulierung der ersten hat 10 768 M. Kosten verursacht, wovon 5384 M. von den Anliegern aufzubringen sind, d. h. pro laufenden Meter der Grundstücksfront 18,73 M. Die Pflasterung der Kreuzstraße kostete 19 542 M., wovon 9771 M. auf die Anlieger verteilt werden, so daß diese 21,28 M. pro Meter zu zahlen haben. Die Vertretung erklärte sich hiermit einverstanden. Durch das Freiwerden von Wohnräumen im Rathaus ist es ermöglicht, die noch im früheren Neuendorfer Amtshause befindlichen Bureaus ins Rathaus zu verlegen. Die dadurch im Neuendorfer Amtshause frei werdenden Räume sollen mit einem Kostenaufwand von 1075 M. teils zu Schulräumen für die höhere Mädchenschule, teils zu einer Dienstwohnung für den Direktor derselben hergerichtet werden, wodurch die Gemeinde 1000 M. Wohnungsgeldzuschuss spart. Die Vertretung erklärte sich hiermit einverstanden. Den Schluß der öffentlichen Sitzung bildete die erste Sitzung der Wertzuwachssteuerordnung. Der Referent Nathan erklärte, daß zwar die Einführung dieser Steuer für die Gemeinde ein Sprung ins Dunkle, aber notwendig geworden sei, wenn die Entwicklung der Gemeinde weitere Fortschritte machen solle; es sei dies eine Steuer, die niemand verschmäht sei, zu zahlen und die auf diejenigen, der sie zahle, durchaus nicht drückend wirke. Genosse Gruß stimmte diesen Ausführungen zu und betonte, daß die Steuern so normiert werden müssen, daß die Steuer auch wirklich Geld einbringe. Herr Reiff, der Vorsitzende des Haus- und Grundbesitzervereins Neuendorf, sang ein Klage lied über die hohen Laiten, die der Grundbesitz in unserer Gemeinde zu tragen habe und gab der Befürchtung Ausdruck, daß diese Steuer lähmend auf die Entwicklung der Gemeinde wirken würde. Diese Einwände werden vom Genossen Reumann widerlegt, der erklärt, daß die Steuer nicht den Grundbesitz treffe, sondern denjenigen, der denselben mit Profit verkaufen wolle. Die Wertzuwachssteuer läge gerade im Interesse der Hausbesitzer; werde diese nicht eingeführt, würde sich eine Erhöhung der Personalsteuern notwendig machen, wodurch viele Mieter, die nicht gezwungen sind, in Nowawes zu wohnen, nach Orten mit niedrigeren Steuerzuschlägen ziehen und dadurch viele Wohnungen leer bleiben würden. Nachdem noch die Vertreter Döring, Schneider und Gruß die Notwendigkeit der Einführung der Wertzuwachssteuer betont hatten, wurde die Debatte bis zur nächsten Sitzung verlagert.

In der letzten Wahlvereinsversammlung referierte Genosse Reumann über den Schnapsdonkott des Leipziger Parteitages. In der lebhaften Diskussion, die dem Vortrage folgte, erklärten sich alle Redner mit dem Leipziger Beschluß einverstanden, doch wurde von den meisten derselben betont, daß der Referent eigentlich nicht zu seinem Thema gesprochen, sondern eine Abstimmungsrede gehalten habe, wobei er sich viele Uebertreibungen habe zuschulden kommen lassen. Hierauf teilte der Vorsitzende mit, daß die Parteitagprotokolle für 30 Pf. beim Vorstände zu haben seien, und daß im November der Genosse Jubel einen Vortragsplan über das Parteiprogramm abhalten werde, sowie daß auch in diesem Jahre wieder zu Weihnachten eine Jugenddiskussion ausgestellt werde. — Zur Kinderschulskommission für

Groß-Berlin wurde die Genossin Dröschler delegiert und an Stelle der bisherigen Bezirkskassierer Hasehoff und Klug, welche ihre Ämter niedergelegt haben, die Genossen Wandrei und Hermann gewählt. Nachdem noch 10 Neuaufnahmen vollzogen waren, streifte der Vorsitzende das Restantenwesen und forderte insbesondere die Gewerkschaftsvorstände auf, in ihren Mitgliederkreisen mehr als bisher auf die Wichtigkeit der politischen Organisation hinzuweisen.

### Potsdam.

Die letzte Stadtverordnetenversammlung stand im Zeichen großer Geldbewilligungen, galt es doch, die neue Lehrerbeförderungsordnung unter Dach zu bringen, welche der Stadt Potsdam für 1909 eine Ausgabe von 127 425 M. und für 1908 nachträglich eine solche von 13 500 M. verursacht. Für technische Lehrerinnen hat die Beförderungsordnung rückwirkende Kraft bis 1. April 1908, im übrigen bis 1. April 1909. — Vom Verein der städtischen Subalternbeamten lag ein Gesuch vor, nach welchem sie im Gehalt den staatlichen und Reichsbeamten gleichgestellt sein möchten. Vom Magistrat wurde die Berechtigung dieses Wunsches anerkannt. Auch die anderen Beamtengruppen sollen Aufbesserungen erhalten, u. a. die Stadträte, deren Bezüge nach der neuen Lehrerbeförderungsordnung an die der Oberlehrer nicht heranreichen. Diese Angelegenheit soll jedoch ins nächste Jahr verschoben werden. — Der Desinfektionskommission auf dem Feuerwehrgelände soll vergrößert werden. Man will einem von uns bereits vor Monaten gerügten Mißstande abhelfen, daß nämlich die Desinfektionskurse im Städtischen abgehalten werden, wodurch nicht nur die dort wohnenden Kranken den Gestank ertragen mußten, sondern auch gezwungen waren, aus ihren Zimmern zum Teil auszuquartieren, um zu mehreren in einem Zimmer zu wohnen. Die Vergrößerung erfordert die Summe von 1250 M., welche von der Regierung verzinst wird. — Die Vespaltung der Straßensaubermaschinen soll nunmehr mit städtischen Pferden ausgeführt werden, da man durch den Ankauf eines Grundstückes Stallungen erhalten hat. Hierdurch werden jährlich 750 Mark erspart. Da hier nur 4 Pferde in Betracht kommen, erscheint diese Ersparnis ziemlich hoch; es ist deshalb zu verwundern, daß man nicht schon früher hieran gedacht hat. — Ein Herr v. Wigleben-Schöneberg hat der Stadt 10 000 M. vermacht mit der Bedingung, daß sie die Unterhaltung von Gräbern übernimmt, welche bei einer Liegebauer von 75 Jahren 5525 M. betragen dürfte. — 3500 M. bewilligte man zur Herstellung einer massiven Ufermauer an der Freundschaftsinsel. — Die Schützenstraße verlangt teilweise eine besondere Tagewerkerabteilung, wofür man 6300 M. auswirft. — Das Grundstück Neue Luitensstr. 28 muß bauliche Veränderungen erfahren, welche 5500 M. kosten.

## Gerichts-Zeitung.

### Schöndung.

Ein trübes Sittenbild entrollte eine Verhandlung, welche die 4. Strafkammer des Landgerichts III befasste. Aus der Untersuchung wurde der frühere Gerichtsvollzieher Julius Jäger vorgeführt, welcher beschuldigt wurde, zu seiner eigenen Tochter in fräulichen Verkehr getreten zu sein. Dieses Verhältnis soll mehrere Jahre bestanden haben, bis es schließlich zur Kenntnis der Ehefrau des Angeklagten kam, die sofort Anzeige erstattete. Die Verhandlung, welche unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfand, endete mit einer Verurteilung des Angeklagten zu 1 Jahr und 6 Monaten Gefängnis. Der Staatsanwalt bat 2 Jahre Zuchthaus beantragt.

### Ein Kampf um die eigenen Kinder.

Die geschiedene Gräfin von Pfeil führt gegen ihren früheren Ehemann, den Hauptmann von Pfeil, seit vielen Jahren machte sie Kampf um ihre Kinder. Dem Vormundschaftsgericht machte sie glaubhaft, daß ihr früherer Ehemann eine ihr gehörige Hypothek von 50 000 M. flüchtig machen wolle und Drohungen ausgeföhren habe, seine Kinder zu töten. Das Vormundschaftsgericht zu Brandenburg beschloß darauf am Donnerstag, die Fürsorge für beide Kinder dem Vaters zu entziehen und ihrer Mutter zu übertragen. Ferner wies das Vormundschaftsgericht den bisherigen Pfleger der Kinder, Rittergutsbesitzer Freiherrn von Nächstofen und dessen Schweltern an, die Kinder der Mutter oder deren Bevollmächtigten herauszugeben. Die Polizeibehörde war ersucht, im Weigerungsfalle die Herausgabe der Kinder zu erzwingen. Trotzdem lehnte es der Freiherr von Nächstofen ab, den Beschluß des Vormundschaftsgerichts auszuführen. Auch die Polizei, verwaltet durch den Amtsvorsteher Gotthard von Nächstofen auf Groß-Nosen, einen Bruder des Pflegers der Kinder, verweigerte die Ausführung des amtsergerichtlichen Beschlusses. Das Amtsgericht hat darauf den bisherigen amtlichen Pfleger Ernst von Nächstofen seines Amtes entsetzt und die Behörden des Kreises Striegau bis zum Regierungspräsidenten von Breslau um Rechtshilfe ersucht. Der abgesetzte Pfleger ließ durch einen Arzt die Transportunfähigkeit der beiden Kinder wegen angeblich großer Nervosität attestieren. Der zuständige Amtsvorsteher von Nächstofen erklärte sich für besonnen und ersuchte seinen Onkel den Reichstagsabgeordneten Freiherrn von Nächstofen (Kohlhöhe bei Groß-Nosen) ihn zu vertreten. Auch dieser Freiherr von Nächstofen lehnte die Ausführung des amtsergerichtlichen Beschlusses ab. Sobald die angerufenen Beschwerdeinstanzen entschieden haben, dürfte gegen die genannten Mitglieder der Familie von Nächstofen ein Strafverfahren wegen Kindesentziehung auf Grund des § 235 des Strafgesetzbuches eingeleitet sein.

### Briefkasten der Redaktion.

Die hiesige Sprechstunde findet Lindenstraße 2, hinter Hof, betriebs Eingangs, vier Treppen, ~~10~~ ~~11~~ ~~12~~ wochentags abends von 7½ bis 9½ Uhr statt. Besucht 7 Uhr. Sonntags beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anrufer ist ein Nachhaken und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antworten wird nicht erteilt. Bis zur Beantwortung im Briefkasten können 14 Tage vergehen. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

G. O. 36. Der Bierhockoff dauerte vom Mai 1894 bis Dezember 1894. — W. 1. Fritz von Friedländer-Zuld, königl. preussischer Geh. Kommerzienrat, Generalkonsul, Berlin, unter den Linden 8. Sprechstunden von 10-1 Uhr. — F. W. 10. Sie stellen doch über eine Frage von solcher Bedeutung nur mit einem Vertrauensarzt sprechen. In der Regel bringen die Anpreisungen nur dem Anpreisere Erfolg. — J. R., Bremen, Bremen, Stadest. 67. — Wuth 16. Doppelpartien bei Berlin. — Verthold 2. Rombain ist ein solches Rätsel, Gelatine gereinigter Knochenleim (auch rot oder gelb gefärbt), Hausenblase die getrocknete und geläutete innere Haut der Schwämme des Hauses oder des Sids. Das Stärkemehl des Rombain quillt wie die Leimblase der Gelatine oder Hausenblase mit Wasser zu einem Gelell an, der zu Flüssigkeiten zugefügt wird, um sie halbfest (galaktartig) zu machen. Rombain verwendet man zu Mehlspeisen und Fruchtstücken, Gelatine oder Hausenblase zu Eiercremes. Ueber die Verwendung des Rombain erhalten Sie in den Verkaufsgeschäften ausführliches Rezeptbuch gratis. — G. B. 75. Wollen Sie gel. diese anfragen und so Ihre Bitte entsenden lassen. — J. U. 81. 1. Uns nicht bekannt. 2. „Die Biene“, Wollschänker. — J. U. 81.

### Witterungsübersicht vom 18. Oktober 1909, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer	Wind	Wolken	Temp. u. W.	Stationen	Barometer	Wind	Wolken	Temp. u. W.		
Emmenda	759	SE	2	heiter	11	Cabaranda	756	ND	4	bedekt	2
Damburg	759	S	2	halb bd.	14	Petersburg	759	SE	2	Regen	12
Breslau	761	SE	1	wolklos	9	Selby	751	SE	2	wolkig	13
Frankf. a. M.	761	SE	1	hebel	7	Werbau	752	NE	1	Regen	9
München	763	SE	2	wolklos	5	Wars	757	SE	2	heiter	11
Wien	764	N	1	hebel	10						

Wetterprognose für Dienstag, den 19. Oktober 1909. Zeitweise neblig, vielfach heiter und am Tage mild bei schwachen südlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge. Berliner Wetterbureau.



